

31. Jahrgang

Nr. 2

Juni 2020

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

Zur gesellschaftlichen
Dimension von Covid19

Corona-Krise, Gesundheits-
wesen und soziale Dreigliederung

Tausch-, Geld-
und Fähigkeitswirtschaft

Zur Lage
in den USA

Initiativen,
Termine, Literatur

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Die Krise als Chance – Zur gesellschaftlichen Dimension der Covid19-Pandemie (Gerald Häfner) _____	3
Gesundheitswesen, Corona-Krise und soziale Dreigliederung (Stefan Padberg) _____	10
Corona – der Beginn des Degrowth? (André Bleicher) _____	20
Tauschwirtschaft – Geldwirtschaft – Fähigkeitswirtschaft (Hans-Florian Hoyer) _____	22
Spiritueller Realismus (Roland Benedikter) _____	27
Relativismus, Pluralismus und das „Zeitalter nach der Wahrheit“ (Antti Hautamäki) _____	30
 <i>Zeichen der Zeit</i>	
Trumps USA: Ende des amerikanischen Experiments? (Interview mit R. Benedikter) _____	34
Corona: Die Urteilsbildung (Matthias Wiesmann) _____	36
Das Virus und die Demokratie _____	38
Sekem-Initiative Ägypten zur Pandemie _____	40
Brandbrief (Uwe Burka) _____	41
Krise als Chance und Gefahr (Peter Wassmer, Matthias Wiesmann) _____	43
 <i>Initiativen und Termine</i>	
Anders Wirtschaften jetzt! _____	44
Grundeinkommensdebatte jetzt (Aufruf) _____	45
Netzwerktreffen 2020: Freies Geistesleben? _____	46
Die Vorratskammer im Forum Kreuzberg (Michael Wilhelmi) _____	47
 <i>Porträt, Literatur</i>	
Plurale Ökonomie – Zu Rudolf zur Lippe (Helmut Woll) Florian Kaufmann: Gemeinsames Aufbrechen (Florian Hoyer) Wolfgang Nährig et al.: Eine Perspektive für das 21. Jahrhundert (Karl Dieter Bodack) Michaela Glöckler et al.: Corona – eine Krise und ihre Bewältigung _____	47
 <i>Kolloquium</i>	
Demokratie im Krisenmodus _____	51

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe, Stefan Padberg, Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 30,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Editorial

Kaum war unser Februar-Kolloquium über die Weltlage vorbei, kam Corona. Wir waren auseinander gegangen in dem Eindruck, dass die Weltlage sehr labil sei, aber sich auch ganz schnell in unvorhergesehene Richtungen entwickeln könne. Dass dies so schnell eintreten würde, hatten wir nicht geahnt, obwohl im Kolloquium schon die Corona-Krise in China thematisiert worden war.

Ist die Weltlage nun gekippt, könnten wir uns jetzt fragen, und wenn ja, in welche Richtung. Klar erkennbar ist es noch nicht, aber es scheint so, als würde das Charakteristikum der Labilität weiter fortbestehen. Wir sind in den letzten Monaten geflutet worden von Informationen, Meinungen, Zahlen, Gutachten und Initiativen, aber mehr Klarheit haben wir nicht gewonnen. Wir fahren „auf Sicht“ und müssen die Kriterien für unser Handeln ganz aus uns selbst schöpfen. „Objektive Wissenschaft“ oder „klare ethische Prinzipien“ helfen uns gerade nicht weiter. Es ist eine menschheitliche Luftprobe, die wir gegenwärtig durchmachen.

Zu jeder Initiative gibt es sofort eine Gegen-Initiative, zu jedem Gutachten ein Gegen-Gutachten. Einseitigkeiten verbrennen in den Debatten, und viele merken jetzt: Wir kommen nicht weiter, wenn wir die anderen Sichtweisen nicht integrieren. Ein starkes Gefühl der Verbundenheit wird von vielen Zeitgenossinnen und -genossen erlebt.

Dies ist nicht nur durch das Internet verursacht, das uns in einem nie vorher gekannten Ausmaß mit Informationen versorgt, sondern auch durch tieferliegende Ursachen in der seelischen Grundkonfiguration der gegenwärtigen Menschheit. Die autoritäre chinesische Führung demontiert sich gerade selbst durch ihr manipulatives Verhalten in der Bewältigung der Corona-Krise, aber das gleiche passiert auch jenseits des Pazifiks in den USA, wo die Trump-Administration gerade von einem Fettnäpfchen in das nächste stolpert. Es gibt offensichtlich Gegenkräfte in den Gesellschaften, die diese Einseitigkeiten ausbalancieren, ohne in eine alte dualistische Konfrontation zu gehen.

Verbundenheit heißt eben: Trump und Xi Jinping und Bill Gates und wie sie alle heißen gehören dazu. Eine ganzheitliche Sichtweise auf das soziale Ganze will sie nicht mehr ausgrenzen, sondern ausbalancieren. Die Situation bleibt labil. Und das ist gut so.

Die Polarisierungen und die Wellen des Schwarz-Weiß-Denkens, die auch in unsere eigene Szene schwappten, haben uns gehörig irritiert. Demgegenüber wollen wir mit diesem Corona-Heft Beiträge zu einer differenzierten und fairen Urteilsbildung leisten und den Blick für die sozialen und geistigen Gesamtzusammenhänge schärfen, in welche die Krise eingebettet ist. Wir sind erleichtert, dass viele unserer Kolleg*innen – von Info3, Goetheanum-Redaktion und NNA-Nachrichtenagentur – am gleichen Strang ziehen.

Am Anfang des Hefts stehen, um nur einige zu nennen, zwei große Beiträge von Gerald Häfner und Stefan Padberg, der nicht nur Mitautor dieses Editorials und seit einiger Zeit in der Reaktion tätig ist, sondern seit April auch als Co-Geschäftsführer des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart mit C. Strawe zusammenwirkt. Ein Beitrag des finnischen Philosophen Antti Hautamäki lag schon länger vor, seine Überlegungen zum Verhältnis von Pluralismus, Relativismus und Wahrheit gewinnen durch die Krise zusätzliche Aktualität. Der Text von Roland Benedikter über die Lage in den USA ging wenige Tage vor dem Drucktermin ein. ■

Wir wünschen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie/bleibt gesund!

Ihre/Eure **Christoph Strawe** und **Stefan Padberg**

Geschichte nach vorne verstehen

Die Krise als Chance

Zur gesellschaftlichen Dimension der Covid19-Pandemie

Gerald Häfner

(Dieser Artikel erscheint parallel in einer Broschüre der Goetheanum-Leitung mit rund 10 verschiedenen Texten zu Corona.)

Krisen synchronisieren – und individualisieren uns zugleich. Wir alle folgen den gleichen Vorgaben, dürfen alle die gleichen Dinge nicht mehr tun – und sind doch plötzlich Monaden, strikt voneinander getrennt. Es hat fast etwas Gespenstisches, wenn die Menschen, wie von einer fernen Choreographie gesteuert, von einem Tag auf den anderen in ihren Häusern bleiben, wenn das öffentliche Leben er stirbt, wenn sie nicht mehr aufeinander zu-, sondern einander gewissenhaft aus dem Weg gehen, nicht mehr zusammenströmen, sondern den größtmöglichen Bogen um den anderen machen. Was sich so von außen beobachten lässt, findet ein Pendant im Inneren. Denn was ich tue, tue ich für andere – und diese für mich. Ich mache es alleine, ganz für mich, aber es macht nur Sinn, wenn alle es tun.

Mit der Gesellschaft ist es eine merkwürdige Sache. Es gibt Zeiten, da scheint alles fest und unabänderlich, wie in Beton gegossen. Und es gibt Zeiten, da ändert sich alles, schlagartig, von einem Tag auf den anderen. So jetzt. Etwas nie für möglich Gehaltenes ist eingetreten: Die Schulen, Kindergärten und Theater geschlossen, die Kirchen, Museen und Sporthallen geschlossen, die Geschäfte, Hotels und Restaurants geschlossen, die Spielplätze und Parks, die Betriebe und sogar die Grenzen geschlossen. Die Menschen in den Wohnungen eingesperrt – und wenn sie sich vor die Tür wagen, dann höchstens alleine oder zu zweit, in großem Abstand und mit Mundschutz. Und das nicht für einen Tag, nicht für ein Wochenende, sondern zum Teil schon seit Monaten.

Kleine, mittlere und große, weltweit operierende Unternehmen, auch solche, die gerade noch zu den erfolgreichsten gehörten, verlieren fast ihren ge-

samten Wert, stehen am Abgrund, müssen Konkurs anmelden oder werden zur hilflosen Beute gieriger Finanzspekulanten. Flugzeuge bleiben am Boden, die Mitarbeiter zuhause, Reisen, Konferenzen, Kultur- und Sportveranstaltungen werden abgesagt. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeit, viele auch ihr Einkommen, nicht wenige verlieren dazu den Mut, den Sinn und den Kontakt zu ihren Lieben. Die Welt ist eine andere geworden. Und die Menschheit hat Angst.

Die Öffentlichkeit wird derzeit ganz überwiegend von zwei eng verwandten Reflexen bestimmt: Angst und Abwehr. Das Virus wird von den Regierungen weltweit als Feind ins Visier genommen und mit kriegsähnlichen Handlungen bekämpft. In Frankreich spricht der Präsident bewusst martialisch vom Krieg gegen das Virus. Der Präsident der USA stellt das Ganze gar als eine ausländische Invasion dar, gegen die das mächtige Amerika mit allen Mitteln kämpfe. Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich demnach im Kampf gegen das ‚Chinesische Virus‘ – und die Regierung verlangt sogar von den Vereinten Nationen, das offiziell so festzustellen. Die Reaktionsmuster sind nicht überall gleich, es gibt durchaus Nuancen, die viel über die Denkweise und den Charakter bestimmter Politiker, über die Kultur eines Landes und über den Reifegrad einer Gesellschaft erzählen, doch die aggressiv-kämpferische Denkweise überwiegt.

Darin zeigt sich ein Denk-, und Reaktionsmuster, das ein feindliches Verhältnis zur Welt kultiviert, eine Handlungsweise im Kampfmodus, in Abwehr-, Eroberungs- oder Herrscherverhalten. Alles, was nicht integriert werden kann in den Rahmen des vertrauten Weltbildes, wird ausgeblendet oder vernichtet. Was dabei geschieht, ist das Gegenteil dessen, was in einer aufbauenden Weise im Umgang mit der Situation getan werden könnte oder sollte. Menschen zu isolieren, auszugrenzen aus ihrer schaffenden Tätigkeit, sie einzuschränken in ihrem gewohnten Bewegungsdrang, all dies schwächt massiv die menschliche Fähigkeit, sich in gesunder Weise mit einer möglichen Bedrohung durch das Virus auseinanderzusetzen. Hilfreich wäre in dieser Hinsicht genau das Gegenteil, wären soziale Kontakte, Wärme, Nähe, Begegnung, aber auch Bewegung, Sonne, frische Luft, Freude und Sinn im Leben und im Tun. Inzwischen wird sogar öffentlich darüber gestritten, was letztlich die schlimmeren Folgen habe: Die Ansteckung vieler Menschen mit dem Virus oder die Maßnahmen zu seiner Abwehr.

Pandemie als Aufwacherlebnis für die Menschheit?

Der Blick auf die soziale Dimension des Geschehens richtet sich hier ganz bewusst nicht auf das Anprangern oder die Aufarbeitung von Fehlern und Versäumnissen, nicht auf eine Analyse des Geschehenen, sondern versucht vielmehr, vorsichtig und tastend, im Verständnis des Geschehens um die Corona-Pandemie einen Blick nach vorne.

Im Sozialen ist ein gänzlich abstraktes, neutrales Darstellen eine Illusion. Vielmehr ist die Art, wie wir etwas anschauen, verstehen und beschreiben, das noch im Geschehen ist, immer zugleich auch ein Stück Mit-Bewirken. Denn das Soziale bildet sich zwischen den Menschen; alle sind daran beteiligt. Wir sind dabei keine neutralen Zuschauer, sondern sind mit verantwortlich, etwa auch dafür, was daraus entsteht. Aus dieser Perspektive voller Mitverantwortung ist dieser Beitrag verfasst.

Eine Krankheit kommt immer ungelegen. Wir haben Wichtigeres zu tun als krank zu sein. Manchmal aber geht es nicht anders. Dann müssen wir der Krankheit Zeit und Raum geben. Wer dann aufmerksam in sich hineinhört, findet fast immer Gründe, warum er krank wurde. Denn jede Krankheit hat auch einen Grund – und einen spezifischen Sinn.

Könnte nicht, so wie jede Krankheit für den einzelnen Menschen einen biographischen Sinn hat, dies auch bei einer Pandemie der Fall sein – nur dann für die ganze Menschheit? Wie uns Krankheiten individuell oft darauf stoßen, dass wir etwas Bestimmtes in unserer Biographie nicht bewältigt haben, und uns zwingen, uns damit auseinanderzusetzen, so könnte eine Pandemie eine Art Trick der Natur sein, die ganze Menschheit mit bestimmten, bislang verdrängten Fragen zu konfrontieren und bisher versäumte Schritte zu tun. Meist muss der Patient begreifen, dass seine bisherige Lebensweise ungesund war und er sich eine andere angewöhnen muss, will er wieder gesund werden und noch länger leben.

Es ist unverkennbar, dass wir als Menschheit immer weiter in einen Modus geraten sind, durch den wir die Welt zerstören, ihr feindlich gegenüberstehen und versuchen, sie auszubeuten und zu beherrschen – und durch den wir selbst, um es sehr verkürzt zu sagen, von allem nur noch den Preis kennen und von nichts mehr den Wert. So haben wir zunehmend die Verbindung verloren: zu unseren Mitmenschen, zu uns selbst, viel mehr aber noch zur Natur und zu all den anderen Wesen, die mit uns diese Welt bevölkern und beleben.

Wissenschaft und Technik sind Realisierungen unseres Denkens und unseres Willens. Diese beide halten in rasendem Tempo die Welt in Atem. Zurückgeblieben sind dabei Beziehung oder Verbindung – die Qualitäten unseres Herzens, unserer Lunge, unserer Mitte. Dieses Virus wirkt ja insbesondere auf unsere Mitte, also auf das, was zwischen Denken und Gliedmaßen als menschliche Mitte die Verbindung zur Welt schafft. Hier, im Atem und im Herzschlag, bin ich bei mir und zugleich ganz verbunden mit der Welt. Ich nehme mit jedem Atemzug Welt in mich auf und verströme wiederum beim Ausatmen einen Teil von mir in die Welt. Aber gerade hier entfaltet das Virus seine krankmachende Wirkung.

Nicht nach hinten, sondern nach vorne begreifen

Alleine zuhause, und immer mehr auf das Internet angewiesen, verlieren wir zunehmend unsere Stüt-

zen in der äußeren Wirklichkeit. Wir verlieren unsere Sicherheit und unsere Gewissheiten – im Ökonomischen, im Sozialen, aber auch im Geistigen und Politischen. Wir wissen zunehmend weniger, was stimmt. Es gibt unendlich viele Narrative, Erzählungen und Einschätzungen, was hinter dem Ganzen steht. Stammt das Virus tatsächlich von einer Fledermausart, die in Wuhan auf einem Wildtiermarkt gehandelt wurde? Oder wurde es – absichtlich oder versehentlich – durch das nahe gelegene Bio-Labor freigesetzt, in dem mit eben solchen Viren geforscht wird? Nicht nur hierüber tobt ein erbitterter Streit.

Auch sonst werden die Auseinandersetzungen heftiger, und die Narrative so unterschiedlich, dass es scheint, als lebten ihre Vertreter in unterschiedlichen Wirklichkeiten. Auffallend ist dabei die Heftigkeit der Urteile. Viele Gespräche sind heute nach einem ersten Abtasten schnell schon wieder beendet – zu inkompatibel erscheint dem einen die Weltsicht des anderen. Die Gewissheit auf der einen und die Unfähigkeit, mit anderem Erleben umzugehen, auf der anderen Seite befremden. Es entsteht wie ein inneres Gefühl der Scheingröße diesem Geschehen gegenüber, weil man meint, es genau erklären und damit auch wie bannen zu können. Damit verbunden ist fast immer ein Denken in Kategorien von Gut und Böse bzw. Schwarz und Weiß, was dem geschichtlichen Werden, in dem wir uns befinden, überhaupt nicht mehr angemessen ist.

Eine Hochzeit der Kontrolle und Überwachung

Tatsächlich erleben wir eine Hoch-Zeit für Erfassung und Kontrolle, etwa mittels Überwachungs-Apps oder durch den Plan, Chips zu implantieren, die anzeigen, ob jemand geimpft ist und ob jemand Antikörper hat oder nicht. In China muss man bereits heute eine App auf dem Handy haben, die das Ansteckungs-Risiko des Besitzers permanent in den Farben Rot, Gelb oder Grün anzeigt. Über die Zuordnung entscheiden die Behörden ohne Anhörung oder Einspruchsmöglichkeit des Besitzers. Diejenigen, bei denen das Handy rot leuchtet, dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Sie dürfen auch öffentliche Gebäude sowie die meisten Räume oder Geschäfte nicht mehr betreten. Sie werden aufgrund einer maschinellen Entscheidung daran gehindert. Und das ist nur ein erster Vorgeschmack. Wir werden uns in Zukunft mit noch weitergehenden Gefahren und Tendenzen auseinandersetzen müssen.

Das Weltgeschehen hat heute sehr viele Schichten und ist höchst komplex. Der gewöhnliche Verstand sucht nach einer einzigen, nach *der* Erklärung. Es muss immer die *eine* Ursache, den *einen* Grund geben, aus dem sich alles Folgende ableiten lässt. In diesem Verständnis verläuft Geschichte in Form von Ursachen und Folgen linear von A nach B. In der Wirklichkeit aber sind die Dinge meist ungleich komplexer und vielschichtiger. Selten genügt eine einzige Erklärung, um ein geschichtliches Ereignis umfassend verstehen und einordnen zu können. Die meisten Erklärungen treffen nur eine Schicht, einen Aspekt des Ganzen. Simple, reduktionistische Erzäh-

lungen wie die Überzeugung, das ganze Geschehen sei als Plan von einer bestimmten Person oder Stelle ausgeheckt und dann weltweit durchgeführt worden, gehen so fast immer fehl. Anthroposophische Geschichtsbetrachtung untersucht daher geschichtliche Tatsachen nicht nur in ihrer kausalen Folge, sondern belässt ihnen ihre Besonderheit und partielle Unverfügbarkeit und versucht eher, sie als Symptome zu verstehen: wie Verdichtungen bzw. sinnvolle Äußerungen einer umfassenderen Wirklichkeit, die sich dem Verstehen nicht entzieht, aber auch nicht vollständig enthüllt, die eher wie eine Sprache gelesen werden kann, bei der wir, je nach Fähigkeit und Horizont, immer noch weitere, zunächst verborgene Verständnisebenen erschließen können.

Deshalb sei ganz bewusst nach der soeben genannten noch eine andere, ebenso wahre, Sicht des Geschehens hier wenigstens kurz noch angedeutet: Wenn man einigermassen auf das vertrauen darf, was sich an politischen Vorgängen und Äußerungen durch diverse Medien und persönliche Kontakte zu involvierten Personen verfolgen lässt, dann war, jedenfalls in den meisten Ländern, das zentrale Motiv der ergriffenen Maßnahmen nicht, Kontrolle, Überwachungen und Impfungen zu implementieren, sondern vielmehr: Menschen zu schützen und Menschenleben zu retten. Wenn das stimmt, so ist es eine überaus bemerkenswerte Tatsache, dass wir als Gesellschaft heute an einem Punkt angekommen sind, an dem wir nicht mehr bereit sind, eine größere Zahl von Menschenleben zu opfern, sondern an dem wirklich versucht wird, um jedes Menschenleben zu ringen. Das ist eine neue Stufe in der Menschheitsentwicklung. Und eine neue Erfahrung. Wir üben dabei, Solidarität zu leben, Verantwortung füreinander zu übernehmen. Ute Hallaschka nennt das: „Die physische Distanz wahren aus innerer Nähe zum Nächsten“¹. Wir alle sind verbunden. „Wir sind ein Organismus. Ein Menschheitskörper.“²

In diesem Zusammenhang scheint mir noch etwas wichtig: Natürlich kann man allen Mutmaßungen, Indizien und Beweisen nachgehen, um den Verursacher eines historischen Geschehens zu identifizieren. Doch führt das am Ende kaum oder gar nicht zu einer Lösung. Öfter, als man denkt, verhält es sich sogar umgekehrt. Wer auf jemanden mit dem Finger zeigen kann und sagen: „Der war’s“, hat das Problem noch lange nicht gemeistert.

Ich möchte es so formulieren: Immer weniger können wir die Situationen, in denen wir leben, nach hinten verstehen. Wir können diese Situationen vielmehr nur noch nach vorne begreifen.

Die Rätsel, die die Geschichte uns stellt, können wir nicht nach hinten, sondern nur noch nach vorne lösen. Nach vorne begreifen und lösen heißt: Der „Haltet den Dieb!“-Gestus ist bei den großen Prüfungen, in die die Menschheit geht, nicht mehr interessant und nicht mehr relevant. Denn es hilft uns nichts, einen (oder viele) Schuldige benennen zu können.

¹ Ute Hallaschka, „Menschheit“, in: *Gegenwart – Zeitschrift für Kultur, Politik, Wirtschaft*, Nr. 2/2020, S. 26.
² a.a.O.

Es hilft nichts, mit den Fingern auf andere zu weisen und sich selbst einen schlanken Fuß zu machen. Drei Finger meiner Hand weisen dabei immer auf mich zurück. Die Frage lautet nicht nur: Wie kann ich das Geschehen nach möglichst vielen Ebenen und Seiten hin verstehen, sondern auch: Was kann ich, was können wir beitragen? Was, zum Beispiel, kann ich künftig anders machen?

Richtig ist: Krisen dienen immer auch als Gelegenheit, politische Ziele im Rahmen vermeintlicher Sachzwänge durchzusetzen und dabei grundlegende öffentliche Diskussionen zu vermeiden.

Richtig ist aber auch: Krisen bergen in sich immer auch die Möglichkeit, falsche Verfahrensweisen und Entscheidungen zurückzunehmen, nicht fortzusetzen, und die öffentliche Diskussion über und Unterstützung für neue, bessere Wege zu suchen.

Es ist offen. Nach beiden Seiten. Es ist eben nicht vorherbestimmt, was daraus wird. Was aus einer Krise entsteht, liegt in unserer Hand. Die Art, wie wir eine Krise verstehen, sowie die Entschlüsse, die wir in ihrem Angesicht fassen, entscheiden mit darüber.

„Follow the science“

Ein markantes Charakteristikum der mit dem weltweiten Auftreten des neuartigen Corona-Virus einhergehenden Krise ist, dass sämtliche politischen Maßnahmen den Vorgaben einer vergleichsweise überschaubaren Zahl von Wissenschaftlern folgen. Es sind im wesentlichen Virologen und Epidemiologen, die den Kurs bestimmen. Ihr Handwerkszeug sind Modelle, Diagramme, Prognosen und Wahrscheinlichkeiten. Doch schon Intensivärztinnen, Lungenfachärztinnen oder ganzheitlich orientierte Mediziner kommen oftmals zu anderen Auffassungen. Nähme man noch Menschen aus anderen Fachdisziplinen und Berufen hinzu, vielleicht auch ein Paar Eltern oder Künstlerinnen, so wären differenziertere, abgewogenere Ergebnisse denkbar. So aber führt das manchmal schon belächelte Diktat des „herrschenden Virologiats“ zu einer Engführung der Politik.

Unter dem Druck der Krise entstand unmerklich eine Herrschaftsform, wie sie zuvor schon öfter gefordert worden war. Die Herrschaft der Wissenschaftler – oder Technokratie.

„Follow the science“ war wie selbstverständlich zu einem Schlagwort zahlloser Klimaschützer geworden. Ist das nicht richtig? Gilt es nicht denjenigen zu folgen, die wirklich Ahnung haben?

Nein. Die Forderung ignoriert das Wesen des Geisteslebens und verkennt (bzw. verwechselt) Geistes- und Rechtsleben. Die „Haltung“ oder „Anweisung“ des Geisteslebens ist auch nie einheitlich oder klar. Dieses spricht nicht mit einer einzigen, einheitlichen Stimme. Es hat keinen kollektiven Charakter. Und keinen bestimmenden. Vielmehr ist es ein Ort permanenten Ringens – oft auch Streits – um die rechte, die bestmögliche Erkenntnis. In jedem Individuum,

jedem Begriff, jedem Gedanken, jeder Entscheidung, jeder bewussten Handlung wird Erkenntnis, wird Geistesleben präsent und wirksam. In und durch uns – das Individuum.

Wenn aber eine bestimmte Ansicht allgemeine Geltung verlangt oder gar Herrschaft über alle, wenn sie glaubt, vorschreiben zu können, was für die Menschen richtig ist und was falsch, was man glauben, denken, sagen oder tun darf, dann wird es gefährlich – oder sogar böse. Was in Form von Recht und Gesetzen für alle gelten soll, das kann heute nicht (mehr) einseitig verordnet, das muss vielmehr miteinander ausgehandelt und demokratisch entschieden werden. Anderenfalls träte an die Stelle des Rechts das Diktat, an die der Demokratie die Diktatur.

Die Tendenz zur Technokratie oder Expertokratie stellt eine immer größere Gefahr für die Demokratien dar. Die von wissenschaftlichen Erkenntnissen bestimmte Politik wird blind gerade für das Eigentliche der Politik, die Menschen. Sie neigt dazu, Alternativen auszublenden und sich gegen gesellschaftlichen Widerspruch zu immunisieren. Sie unterdrückt und zensiert Debatten, schließlich kann man sich ja nicht gegen die Wissenschaft stellen. Wer eine solche Politik vertritt, verkennet, dass die Wissenschaft selbst plural ist. Jedenfalls, solange sie noch Wissenschaft ist. Wo sie ihre Pluralität aufgibt, wo sie neue Erkenntnissen und andere Zugänge ausschließt, hat sie diesen Charakter und Geltungsanspruch bereits verloren. Denn Wissenschaft ist kein feststehender Inhalt, sondern ein offenes, plurales Verfahren.

In der Demokratie kann nie nur *eine* Sichtweise gelten. Vielmehr müssen verschiedene gegeneinander abgewogen werden. Wo das nicht oder nicht ausreichend der Fall ist, lehnen sich die Menschen dagegen auf. Das ist verständlich und berechtigt. Gefährlich aber ist der Unwillen, andere Sichtweisen anzuerkennen. Diese Haltung nimmt auf beiden Seiten zu. Wie in einem spiegelbildlichen Misstrauens-Überbietungswettbewerb weigern sie sich, das Berechtigte der anderen Sicht anzuerkennen. Wer so denkt, vergiftet und zerstört den demokratischen Diskurs. Er baut mit an einer undemokratischen Welt aus unbeirrbar vertretenen einseitigen Welt- und verzerrenden Feindbildern, die mehr und mehr Menschen beherrschen.

Was zunächst angesichts der prognostizierten Gefahr einer dramatischen, das Gesundheitssystem überfordernden Pandemie zum Schutz der Bevölkerung als richtig erachtet wurde – akut und zentral verordnete Beschränkungen – das fängt an, im Empfinden einer zunehmenden Zahl von Menschen umzuschlagen. Sie klagen über Repression von oben und protestieren gegen die Einschränkung ihrer Freiheits- und Bürgerrechte. Grund ist ein dramatisches Versäumnis der Politik: Die betroffenen Menschen werden nicht einbezogen, nicht gehört, nicht gefragt. Sie fühlen sich nicht ernst genommen. Wie anders wäre es gewesen, wenn nach einer kurzen Zeit, in der die Prognosen und Modellrechnungen einiger Virologen fast allein das Handeln bestimmten, bald schon offene, dialogische und demokratische

Verfahren entwickelt worden wären? Runde Tische mit Ärzten und Pflegekräften unterschiedlicher Fachgebiete und Sichtweisen zum Beispiel – oder Runde Tische zu den Kindern mit Erziehern, Lehrern, Eltern, Jugend- und Sozialämtern und freien Trägern! Wenn im Sinne funktionaler Gliederung und demokratischer Selbstverwaltung mehr miteinander als übereinander gesprochen, vereinbart und entschieden worden wäre!

Auszeit – Die Krise als Chance

„Time out“ nennt sich etwa im Sport eine Unterbrechung des Spiels, in der beide Mannschaften sich sammeln, Zeit nehmen und neu überlegen können, wie sie fortan das Spiel gestalten wollen. Corona offeriert uns die Möglichkeit, aus dem Abstand der erzwungenen Quarantäne auf unsere Welt und unser Leben zu schauen. Wir können in uns hineinhorchen und uns fragen, was uns wirklich wichtig ist, wie wir in den nächsten Jahren arbeiten und leben, wo wir die Schwerpunkte setzen und was wir in Zukunft anders machen wollen.

- Können wir, zum Beispiel, ein anderes Verhältnis zur Erde finden?
- Können wir lernen, mit den Tieren anders umzugehen?
- Können wir anders wirtschaften, ganzheitlicher, nachhaltiger und in Kooperation statt in Konkurrenz?
- Können wir Gesellschaft anders gestalten, freiheitlicher, demokratischer und solidarischer? Können wir Entscheidungen anders treffen, demokratisch und mit- statt gegeneinander?

Wir lernen gerade, dass es möglich ist, neu zu denken und Dinge ganz anders zu machen als bisher. So kann jede Krise zur Chance werden für eine gründliche Neu-Besinnung unseres Verhältnisses zur Erde, denn die gegenwärtige Pandemie hat bewiesen, zu welch großen Veränderungen wir fähig sind, wenn es uns notwendig erscheint. Dann gelingen uns in kürzester Zeit Veränderungen, die vorher über Jahre nicht möglich schienen. Das ist vielleicht die wichtigste Erfahrung der letzten Wochen und Monate. Wir dürfen sie nicht vergessen.

Ertrinken im Meer der Schulden?

Ich glaube, dass die Zeit nach Corona die politischste sein wird, die wir je erlebt haben werden. „Politisch“ meine ich hier im besten Sinne. Denn es geht um unsere Polis, um das Gemeinwesen. Es werden fundamentale Entscheidungen anstehen und gefällt werden müssen. Und ich hoffe, Sie sind dabei! Denn die Zeit ist vorbei, in der fundamentale Entscheidungen für das Ganze hinter verschlossenen Türen von einer Handvoll Menschen gefällt werden konnten. Wir brauchen für all die anstehenden Fragen eine transparente und öffentliche Debatte, das Abwägen unterschiedlicher Wege und am Ende die größtmögliche Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen selbst. Das wird nicht von selbst kommen. Vielmehr muss man dafür kämpfen. Bereiten Sie sich gerne schon einmal darauf vor.

Die großen und schweren Fragen, die nach der Pandemie zu klären sein werden, beginnen schon mit dem Problem der Schulden. Die Folgekosten der Pandemie werden täglich unkalkulierbarer. Nur ein Beispiel: 1,2 Billionen Euro beträgt bislang (Stand: Mitte Mai 2020) alleine das von der deutschen Regierung aufgelegte Hilfsprogramm für die deutsche Wirtschaft. Hinzu kommen weitere Ausgaben für europäische und bilaterale Hilfen. Es ist das größte Hilfsprogramm der deutschen Geschichte. Das reißt tiefe Löcher in ohnehin schon leere Kassen. Hinzu kommt eine Verringerung des Steueraufkommens alleine im Jahr 2020 um voraussichtlich weitere 100 Milliarden Euro.

Wer soll diese Schulden tragen? Wie – und von wem – sollen sie je zurückgezahlt werden? Im Augenblick buchen wir sie ungefragt auf die nach uns kommenden Generationen. Damit belasten wir deren Zukunft schwer. Und es sind ja nicht die einzigen Schulden. Vielmehr erhöhen sie in aller Regel nur einen vorher schon bestehenden gigantischen Schuldenstand. Unser Geldsystem ist heute schon von dauerhaft nicht hinnehmbaren Disparitäten bestimmt. Das Gemeinwesen, die öffentliche Hand, Staaten, Regionen und Gemeinden versinken in einem Meer von Schulden, während andere Vermögensbesitzer zugleich maß- und sinnlosen Reichtum anhäufen. Unabhängig von ökonomischen und politischen Fehlern, die ganz zweifellos hier und da das Problem verschärft haben, verweisen diese Symptome auf ganz grundsätzliche Defekte unseres Geldsystems.

Die aktuelle Krise könnte Anlass sein, diese ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und über eine grundlegende Geldreform als einzig dauerhaften Weg zur Lösung des Problems nachzudenken. In der Sektion für Sozialwissenschaften und den weltweit angegliederten Arbeitskreisen und Instituten arbeiten wir seit vielen Jahren an Ansätzen und Bausteinen hierzu. Eine Grundlage hierfür ist der Nationalökonomische Kurs Rudolf Steiners, in dem dieser als einer der ersten dieses Problem erkannt, durchdacht und Wege zur Gesundung des Geldes entwickelt hat.³ In Deutschland organisiert die bei ihrer Entstehung aus dem anthroposophischen Sozialimpuls inspirierte GLS-Bank jährlich einen großen „Geldgipfel“, auf dem Experten und Interessenten gemeinsam über einen zeitgemäßen Geldbegriff und Elemente zu seiner Durchsetzung sprechen.⁴ Auch am Goetheanum, dem Sitz unserer Hochschule, widmen wir uns diesem Themenfeld – zuletzt etwa im November 2019 bei der Tagung „Ökonomie der Brüderlichkeit – Geld im Lichte von Freiheit und Karma“.⁵ Zu dieser so dringenden und überfälligen Reform unseres Geldwesens ist also schon viel gearbeitet worden. Nicht nur auf der Grundlage des Werks Rudolf Steiners⁶, auch auf anderen Wegen.

3 Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, Aufgaben einer neuen Wirtschaftswissenschaft I, Gesamtausgabe Band 240, Dornach, 2002

4 <https://www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel/geldgipfel-2020/>

5 https://www.confodera.ch/assets/uploads/files/confodera/Aktuelles_Archiv/Archiv/Veranstaltungen/Programm_Ökonomie%20der%20Brüderlichkeit.pdf

6 Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, GA 23, Dornach 1976

Und doch kommen die hiermit Befassten zu ganz ähnlichen Ansätzen. Es wäre also zu wünschen, dass die Diskussion dazu endlich beginnt. Wie wäre es, wenn die Regierungen, anstatt z. B. zu einem weiteren „Autogipfel“ mit dem fragwürdigen Ziel der Rettung einer in der Vergangenheit verhafteten Industrie einzuladen, nun erstmals breit zu einem offiziellen „Geldgipfel“ einladen – mit dem Ziel, das Geldwesen umfassend im Sinne von mehr Nachhaltigkeit, Angemessenheit, Solidarität und Freiheit zu reformieren?

Demokratie und Charakter

Corona zieht den Schleier weg, bringt an den Tag, konkretisiert, macht klar, was und wieviel sich auf dieser Erde ändern muss, damit wir nicht von einer bedrohlichen Krise in die nächste taumeln. Diese Krise lässt wie unter einem Brennglas zahlreiche geistig-kulturelle, ökonomische und politische Entscheidungen, die in den letzten Jahrzehnten unbedacht, unvernünftig und mit einem zu geringen Bewusstsein unserer Verantwortung für das Ganze der Schöpfung und der Erde getroffen wurden, nun überdeutlich zu Tage treten. Sie zeigen sich in ihren oft fatalen Auswirkungen klarer als zuvor. Mit der großen Corona-Pause hätten wir die unerwartete Möglichkeit bekommen, unsere wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Systeme zu reformieren und umzubauen. Es ist keineswegs ausgemacht, wie es ausgeht – aber es liegt in unseren Händen.

In Bezug auf Demokratie und Recht hat die Pandemie die meisten Länder und Gesellschaften wie mit einem Fußtritt zurück in die Vergangenheit befördert. Von einem Tag auf den anderen fand man sich in längst überwunden geglaubten Verhältnissen. An die Stelle gründlich diskutierter Parlamentsbeschlüsse und Gesetze traten eilig zusammengeschriebene Verordnungen. Grundrechte – vom Allgemeinen Persönlichkeitsrecht über die Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Bewegungsfreiheit, Berufsfreiheit, Eigentumsgarantie und die Freiheit der Religionsausübung – wurden in einem Maße eingeschränkt, wie das sonst nur in Kriegszeiten der Fall war.

Ausmaß, Weg und Form waren in den verschiedenen Ländern unterschiedlich. So erlaubt der Umgang mit dieser Herausforderung auch einen Kulturen- und Systemvergleich. Und er demonstriert die Stärken und Schwächen der uns Regierenden. Interessant und lehrreich ist zum Beispiel ein Blick auf Neuseeland, Finnland, Dänemark, Island und Deutschland. Diese Länder sind bislang relativ erfolgreich durch die Pandemie gekommen. Sie haben vergleichsweise niedrige Infektionsraten und/oder wenige Todesfälle. Und sie werden alle von weiblichen Staatsoberhäuptern regiert! Auch hierin können wir, vor dem Hintergrund, dass Regieren jahrhundertlang als männliche Domäne galt, einen Hinweis sehen auf die neuen Qualitäten, die in der Politik und Gesellschaftsgestaltung in Zukunft unverzichtbar werden.

Umgekehrt sehen wir mit großer Sorge und extremem Schmerz: Wo die Regierung von Männern

geführt werden, die sich gerne als besonders starke Typen, als unbesiegbare Gewinner, als Machos oder als Populisten gerieren, herrscht derzeit zumeist nicht nur heftige, oft unüberwindliche Konfrontation und gegenseitige Schuldzuweisung, sondern meist auch erschütternde Inkompetenz. Das Ausmaß der Gefahr für die Bürger hängt eben ganz wesentlich mit ab vom System, in dem sie leben, und von der Qualität ihrer Repräsentanten. Leugnen, Vertuschen, Selbstinszenierung, Unterdrückung, Einschüchterung, staatliche oder polizeiliche Brutalität: antidemokratische Systeme werden in Corona-Zeiten noch rigorosier – polarisieren ihre Gesellschaft und haben schlechtere Ergebnisse. In einer solch unsicheren, präzedenzlosen Situation hängt letztlich alles von der Frage ab: „Kann ich den Menschen, die jetzt entscheiden, vertrauen? Wem schulden sie Rechenschaft? Was treibt sie? In wessen Namen und Interesse handeln sie?“ Und davon, dass sich diese Leute ständig der Diskussion und Beurteilung stellen müssen: im Parlament, in der Öffentlichkeit, in direkten Abstimmungen und schließlich auch in den politischen Wahlen. Die Tendenz, in der Krise nach dem „starken Mann“ zu rufen, oder Demokratie durch Technokratie ersetzen zu wollen, ist hochgefährlich. Demokratie ist gerade in Situationen der Bedrohung noch wichtiger als sonst. Und die Qualität von Demokratien bemisst sich auch daran, ob ihre Verfahren offen und flexibel genug sind, auch in extremen Fällen auf demokratisch legitimiertem Wege zu angemessenen und maßvollen Entscheidungen zu kommen.

Politik vom Kopf auf die Füße stellen

Auch wenn die Situation von Land zu Land verschieden ist, so lässt sich doch sagen: Zu Beginn verständigten sich die Menschen fast überall darauf, sich um der Schwächsten willen solidarisch zu verhalten und trugen angeordnete Maßnahmen mit. Das aber ändert sich. Denn am Anfang, als die Gefahr immens schien und noch wenig belastbare Informationen und Erfahrungen im Umgang mit der Krise existierten, konnte der Staat nicht anders reagieren als mit massiven Einschränkungen und pauschalen Anordnungen von oben. Inzwischen aber ist das anders. Inzwischen haben wir ein weit differenzierteres Bild und sehr viel genauere Kenntnisse der Lage. Jetzt ist ein anderes, weit weniger massives und pauschales Vorgehen gefragt. Damit aber tun sich die Verantwortlichen schwer. Und so, wie es zu Beginn eine Tugend war, zur Vermeidung von Gefahr für andere den Anordnungen präzise zu folgen, wäre es Monate später geradezu unheimlich, ja erschreckend, wenn eine Gesellschaft im Ausnahmezustand weiterhin einfach lammfromm der Obrigkeit folgte. Meinungsunterschiede, Diskussion und in begründeten Fällen auch Widerstand gehören zu den essentiellen Bedingungen und Notwendigkeiten einer Demokratie. Wir sind nicht Untertanen, sondern freie, selbstbestimmte Individuen.

Es ist unverkennbar: Bestimmte umsatzstarke Unternehmen und mächtige Verbände haben großen Einfluss auf die Politik. Wenn ich Deutschland als Beispiel nehme, so sind das dort etwa die Automobilhersteller, die Lufthansa oder auch der Deutsche Fußballbund. Sie bekamen sehr früh Gehör – und

großzügige Unterstützung oder Erleichterungen bei den Einschränkungen. Aber andere Gruppen und Individuen, die möglicherweise viel dringender das Ohr und die Aufmerksamkeit der Politik bräuchten, tun sich schwerer. Die gegenwärtigen Maßnahmen gehen zum Beispiel völlig an den Lebensrealitäten von Eltern, Kindern, Kindergärten und Schulen vorbei. Kinder, die am wenigsten gefährdet sind und am meisten Luft und Licht, Spiel, Bewegung und Begegnungen brauchen, über Monate in engen Wohnungen und Häusern einzusperrt, ist wenig zielführend und pädagogisch und sozial untragbar. Dass diese Beschränkungen zu den letzten gehören, die aufgehoben werden, zeigt, wie wenig kindgerecht und kinderfreundlich unsere Gesellschaften noch immer sind. Das Wissenschaftlergremium, das sich in Deutschland sehr wirksam zu dieser Frage geäußert hat, die Nationale Akademie der Wissenschaften, besteht seinerseits aus Akademikern, von denen niemand jünger als 50 ist und nur zwei von 24 Mitgliedern weiblich sind.

Ich nehme das als Beispiel dafür, wie unser Staat und Gemeinwesen sich verändern müssen. Denn die Menschheit selbst hat sich geändert und wird das weiter tun. Sie befindet sich auf diesem Weg an einem entscheidenden Übergang: Von der Fremd- zur Selbstführung. Strebte sie „im Anfänge der Kulturzustände nach der Entstehung sozialer Verbände“, denen das Interesse des Individuums untergeordnet wurde, so führt „die weitere Entwicklung [...] zur Befreiung des Individuums von dem Interesse der Verbände und zur freien Entfaltung der Bedürfnisse und Kräfte des Einzelnen“, schreibt Rudolf Steiner im sogenannten „Soziologischen Grundgesetz“⁷.

Im Mittelalter etwa erlebte die Menschheit das Recht noch als etwas, das wie von außen und von oben kam. Es lag in den Händen einiger weniger: Könige, Landesherrn, Fürsten. Heute hat sich das Bewusstsein der Menschen und damit das Verhältnis des Einzelnen zum Recht gewandelt. Wir sind freier geworden. Und damit auch individueller. Das heißt aber auch: verantwortlicher. Der „Souverän“ ist heute nicht mehr der Fürst oder König, sondern die Gemeinschaft freier und gleicher Bürger. Wir Menschen bringen das Recht gemeinsam hervor. Damit kann nur heute noch dasjenige als Recht angesehen werden, bei dem jede/r die Möglichkeit hatte, mitzuwirken. Der Obrigkeitsstaat muss abgelöst werden von einem von allen Bürgern gemeinsam gestalteten und verantworteten demokratischen Rechtsstaat.

Selbstverwaltung und Bürgerräte

Dafür braucht es neue Formen von Demokratie. Je vielfältiger die Meinungen und Perspektiven sind, die in politische Entscheidungen einfließen, desto besser sind am Ende auch die Entscheidungen selbst. Gerade jetzt, als Konsequenz aus den widersprüchlichen Erfahrungen in der Corona-Pandemie, geht es darum, neue Formen der Beteiligung und

⁷ Rudolf Steiner: Gesammelte Aufsätze zur Kultur- und Zeitgeschichte 1887 - 1901, GA 31 (1966), S. 255, erstmals veröffentlicht in: Rudolf Steiner: Freiheit und Gesellschaft, Magazin für Literatur 1898, 67. Jg., Nr. 29 und 30

Entscheidung zu schaffen. Es müssen alle wichtigen Stimmen einfließen können. Bei den Entscheidungen zur Reaktion auf eine Pandemie stellen sich ja bei weitem nicht nur medizinische Fragen. Die Mitwirkung der Sozialwissenschaften, der Ethik, der Ökonomie, der Rechts- und Politikwissenschaft sind zum Beispiel ebenso unverzichtbar. Sie sollten in den entsprechenden Beratungsgremien der Regierungen angemessen vertreten sein.

Noch wichtiger aber ist es, nicht nur Experten, sondern die Betroffenen und die Bürger selbst einzubeziehen. Eine Möglichkeit dazu wäre, auf den verschiedenen Ebenen Runde Tische zu etablieren, an denen sich die verschiedenen Sichtweisen treffen und zu einem Ausgleich gelangen. Eine andere wären repräsentativ zu besetzende Bürgerräte. Auf allen Ebenen, im Stadtviertel bzw. der Gemeinde, auf Stadt-, Landkreis-, Regions- und Länderebene, können während dieser schwierigen Zeit solche partizipativen Beteiligungsgremien geschaffen werden. Die Folge wäre eine wesentlich bürgernähere Politik. Ich bin mir sicher: Sobald die Menschen selbst miteinander zu sprechen anfangen, wie sie in ihren Vierteln das Leben mit den Kindern oder die Versorgung von Älteren, Einsamen und Risikogruppen organisieren wollen, entstehen weitaus lebenspraktischere und wirklichkeitstauglichere Vorschläge, als wenn dies weit weg in einer Behörde geschieht.

Dieser Schritt lässt sich noch weiterdenken. Denn wir brauchen für die großen Aufgaben, die vor uns liegen, ein wirklich starkes und leistungsfähiges, selbstbestimmtes, demokratisches und solidarisches Gemeinwesen. Heute entscheidet ein und dieselbe Regierung zentral und von oben über die denkbar unterschiedlichsten Fragen – von Theater- und Schulschließungen oder der Einschränkung von Gottesdiensten bis hin zu Kaufprämien für Automobilkunden oder strategischen Entscheidungen für den künftigen Betrieb einer Fluggesellschaft. Ginge das nicht auch besser, sachkundiger, bürgernäher und demokratischer? Stellen wir uns also einmal vor, wir hätten nicht eine Regierung, die über alle noch so unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche hinweg bis in die kleinen Details hinein entscheidet, sondern wir hätten eine Form von Politik, in der die Aufgaben selbstverwaltet, dezentral und näher bei den Menschen besprochen und gelöst werden.

Ent-Machtung und Gliederung der Gesellschaft

Nehmen wir, um es konkreter zu machen, als Beispiel die Schulen. Sie wurden zuletzt monatelang durch zentralistische staatliche Anordnung geschlossen, vollständig, ohne auch nur die kleinste Ausnahme, genauso wie Spielplätze und Parks, Kindergärten und andere Beratungs- und Betreuungseinrichtungen. Eltern fanden sich in der Folge mit ihren Kindern zuhause festgesetzt, Kinder waren in dunklen und engen Räumen für endlose Zeiträume sich selbst überlassen oder manchmal dem Einfluss alkoholisierten, verzweifelter, unbeherrschter Erwachsener ausgeliefert. Die Jugendämter, die Betreuerinnen, die Lehrer wussten von diesen Fällen. Aber sie konnten,

ja sie durften nichts tun! Die riesigen Schulanlagen standen derweil gähnend leer. Das war eine von Virologen erdachte Verordnung, nicht eine von Pädagogen oder betroffenen Eltern. Ich bin sicher, wenn man den Rahmen deutlich gemacht und dann die Verantwortung in die Selbstverwaltung der mit Schule und Erziehung befassten Menschen gegeben hätte, und nicht in die einer von Virologen beratenen Bürokratie, wäre es zu wesentlich sinnvollerem und besseren Lösungen gekommen.

Der Staat müsste nur sagen: Das sind die Gesichtspunkte, die ihr nicht aus den Augen verlieren dürft – und jetzt schaut mal, ob ihr es besser schafft, ob ihr eine Art und Weise findet, mit euren Kindern umzugehen, die beidem gerecht wird: Dem Ansteckungsschutz wie dem Spiel- und Bewegungsbedürfnis der Kinder. Dann könnte es weiterhin sein, dass manche Schulen schließen, aber an anderen findet vielleicht trotzdem Schule statt – nur anders, in Bewegung, an verteilten Orten, im Freien oder in Formen, auf die vorher keine/r gekommen wäre. Es geht dabei um die Kraft der Selbstorganisation, darum, dass und wie Menschen miteinander den geeigneten Weg finden, aus der Kenntnis der zu beachtenden Gesichtspunkte sowie des jeweiligen Bereiches und der konkreten Kinder.

So könnte, auch auf den anderen Gebieten, nach und nach Selbstverwaltung entstehen. Sinnvoll wäre dabei, neben dem Aspekt der Selbstverwaltung selbst, eine Gliederung nach den kategorial unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereichen der Kultur (mit Bildung, Kunst, Wissenschaft und Religion), des Rechtlich-Politischen und der Wirtschaft.

Die Zeit, in der Gesellschaft einheitlich und zentralistisch von oben nach unten geordnet und regiert wurde, ist vorbei. Eine neue Zeit ist angebrochen. Die Menschen wollen nicht übersehen und nicht übergangen, sie wollen gefragt, gehört und beteiligt werden. Sie wollen erleben, dass ihr Wort und ihre Stimme zählt. Wenn die Regierungen diesen Ruf überhören und die Menschen immer weiter unmündig halten und übergehen, dann wird sich die schon jetzt weltweit zu beobachtende Empörung und Ablehnung der bisherigen Formen und ihrer Protagonisten noch steigern. Diese Ablehnung hat ihren Ursprung in dem manchmal auch unbewussten inneren Wunsch, als Mensch ernst genommen zu werden – auch wenn dieser sich oft eher in Anklage, Wut und Empörung äußert.

Wenn diese Kraft nicht ihre sinnvolle Betätigung und ihren angemessenen Ausdruck findet, droht sie, destruktiv zu werden. Rudolf Steiner wies darauf hin, wie die sich emporringende Kraft der Individualität zunehmend in Egoismus, Vereinzelung und Zerstörung führen muss, wenn wir uns nicht entschließen, die Gesellschaft dementsprechend neu einzurichten und die soziale Ordnung auf die Kraft menschlicher Selbstverwaltung zu bauen. Mit dem Weg in neue Formen funktionaler Gliederung und Selbstverwaltung aber wächst eine neue Fähigkeit und Kraft. Diese entfaltet sich aus der konkreten Erfahrung aktiver Teilhabe – und zwar in zwei Richtungen zur gleichen

Zeit: nach innen als eine das Individuum stärkende Erfahrung und Kraft der Selbstwirksamkeit und Selbstbestimmung – und nach außen als wachsende Fähigkeit zur Anerkennung und Rücksichtnahme auf andere, zum Verständnis und Einbezug größerer Zusammenhänge und schließlich zur Empfindung der Verantwortung für das Ganze.

Von der Herrschaft zur Beziehung

Lange haben wir die Erde wie ein beliebiges Objekt betrachtet. Wir haben sie mit Füßen getreten, geplündert, vergiftet, zerstört. Ganz ähnlich haben wir gegenüber den Tieren gehandelt. Was wir diesen wunderbaren Wesen noch heute täglich antun – etwa in der industriellen Massentierhaltung oder durch die Zerstörung ihrer Lebensräume und die Ausrottung unzähliger Arten, ist kaum zu ertragen und erfüllt uns mit Schuld und Scham. Wir haben auch Menschen zu Objekten gemacht und tun das noch immer. Wir haben sie ausgebeutet, verfolgt, unterworfen, versklavt. Nun werden wir durch eine dramatische Folge von Krisen darauf hingewiesen, dass es so nicht mehr weitergeht. Wir müssen ein anderes Verhältnis gewinnen zu den Menschen, die vor, mit, um und nach uns leben – und die mit uns verbunden und für uns da sind, genau wie wir für sie –, ein anderes Verhältnis zu den Pflanzen, denen wir so unendlich viel verdanken, nicht zuletzt all die Schönheit, unser Leben und unsere Gesundheit, ein anderes Verhältnis zu den Tieren, die unsere Begleiter und Gefährten sind und ein anders Verhältnis zu der Erde, die uns trägt und erträgt – und ohne die wir nicht wären.

All diese Wege sind zugleich Wege ins Spirituelle. Wir überschreiten die engen Grenzen unseres Vorstellungsbewusstseins zum Spirituellen hin, wenn es um ein neues Verhältnis zur Tierwelt geht, um ein solches zur Pflanzenwelt oder zur Erde. Denn dieses Verhältnis meint Beziehung, Verbindung zu etwas, dem ich nur begegnen kann, wenn ich die engen Grenzen abstrakten Denkens und leibgebundenen Erlebens bewusst und aktiv übersteige. Genauso ist es bei der Begründung einer anderen Ökonomie, die nicht zuvörderst auf den Profit achtet, auf den materiellen, den monetären Verdienst, sondern auf das, was wir für die Erde und für die anderen Menschen tun können. Und wir sind auch im Spirituellen, wenn wir im Politischen nicht mehr in Dekreten, in Anordnung und Ausführung denken, sondern wenn wir gemeinsam versuchen, durch Gespräch, durch Dialog und durch gemeinsame Entscheidung die uns von der Zeit und dem Schicksal gestellten Fragen zu lösen. Immer geht es um die Überschreitung der eigenen Grenzen und um die Öffnung für das je andere Wesen. Dies – und nicht mehr Macht und Beherrschung – ist der neue Ur-Gestus des Sozialen. ■

Gerald Häfner,

geboren in München, war Mitgründer der Grünen, Begründer der Organisationen Mehr Demokratie e.V., Democracy International sowie der Petra Kelly Stiftung und wirkte viele Jahre als Abgeordneter im deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament. Seit Oktober 2015 ist er Leiter der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum.

Gesundheitswesen, Corona-Krise und soziale Dreigliederung

Stefan Padberg

„Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Früchte derselben zu genießen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“

Wilhelm von Humboldt, „Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, [...]

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. [...]

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Art. 2

Im Licht der aktuellen Corona-Krise machen wir gerade die Erfahrung, dass das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und das auf körperliche Unversehrtheit miteinander in Widerspruch geraten können. Die zuständigen Behörden müssen, wenn sie das Recht auf körperliche Unversehrtheit für die Bürgerinnen und Bürger sichern wollen, in das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit eingreifen, indem sie z.B. Quarantänemaßnahmen verhängen oder Distanzregeln festlegen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen.

Das Recht auf Leben

Man könnte jetzt die Frage stellen, warum der Staat überhaupt das Leben seiner Bürgerinnen und Bürger schützen soll. Ist das nicht Privatsache? Kein Mensch wird sich doch freiwillig in Gefahr begeben. Wir müssen für so vieles mittlerweile gerade im Gesundheitsbereich eigenständig Vorsorge treffen. Das fängt bei der Wahl der Krankenversicherung und diverser Zusatzversicherungen an, geht über die Wahl der Therapie bzw. des Arztes oder Therapeuten und endet meist nicht mit der Patientenverfügung und der Vorsorgevollmacht. Der Besuch einer Arztpraxis oder eines Krankenhauses gleicht heute oft einem Crashkurs in Juristik, wenn man Dutzende von Merkblättern und Formularen durchlesen und abzeichnen muss. Und alles nur, weil unsere Rechte als Patienten respektiert werden müssen.

Und jetzt das! In der Corona-Krise dürfen wir auf einmal nicht mehr selbst entscheiden, welche Risiken wir eingehen wollen und welche lieber nicht. Das ist für viele von uns eine völlig neue Erfahrung. Wir

empfinden das schnell als verdammungswürdige Eingriffe in garantierte Grundrechte. Die Formulierungen in GG Art. 2 legen aber nahe, dass diese Grundrechte sich gegenseitig begrenzen und dass wir hier zu komplexen Abwägungsentscheidungen aufgefordert sind.

Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat in unserem Grundgesetz Ewigkeitscharakter bekommen, und das mit Recht, wenn man bedenkt, vor welcher historischen Erfahrung es formuliert wurde. Der Parlamentarische Rat hatte es unter dem Eindruck der systematischen staatlichen Tötungen während des Nationalsozialismus in den Grundrechtskatalog aufgenommen. Es verpflichtet alle staatliche Gewalt in Deutschland. Seiner Wirkung sind z.B. die langjährigen und immer wieder aufflammenden Debatten über Schwangerschaftsabbruch, Präimplantationsdiagnostik, In-Vitro-Fertilisation, Klonverbot, Verbot der Sterbehilfe und Hirntod zu verdanken. Dies bedenke derjenige, der sich darüber beklagt, dass Grundrechte beschränkt würden.

Abwägungsprozesse

Es ist von niemandem bestritten worden, dass in der Corona-Krise die Ausübung gewisser Grundrechte vorübergehend eingeschränkt werden musste. Welche das sein dürfen, ist im Infektionsschutzgesetz genau aufgeführt: Freiheit der Person, Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Postgeheimnis und Unverletzlichkeit der Wohnung sowie ein berufliches Tätigkeitsverbot. Andere dürfen demnach nicht eingeschränkt werden. In den entsprechenden Verordnungen muss das Grundrecht, das mit ihnen konkret eingeschränkt wird, explizit genannt werden, sonst sind sie nicht rechtsgültig.

Innere und äußere Sicherheit

Dem staatlich garantierten Recht auf Leben verdanken wir nicht nur den Infektionsschutz, sondern vor allem den Katastrophenschutz, die Polizei und die Streitkräfte. Es handelt sich um Kernaufgaben des staatlich-politischen Lebens. Das geht – mit unterschiedlicher Begründung – aus den entsprechenden Schriften von so gegensätzlichen Denkern wie Thomas Hobbes (Stichwort: „Homo homini lupus“), Jean-Jacques Rousseau (Stichwort: „Gesellschaftsvertrag“) oder Wilhelm von Humboldt hervor. Rudolf Steiner steht hier in der Humboldt'scher Tradition und entwickelt sie in Richtung sozialer Dreigliederung weiter, wie sich z.B. in folgendem Zitat zeigt:

*„...keine Vorwärtsentwicklung von der Gegenwart aus in die nächste Zukunft wird kommen, ohne daß diese dreigliedrige Unterscheidung gemacht wird. Da handelt es sich darum, daß erstens einmal [...] irgendeine soziale Gruppe so gestaltet sein muß, daß darinnen in bezug auf **Sicherheit des Lebens** und **Sicherheit nach außen** Ordnung herrscht. Der Sicherheitsdienst im weitesten Umfange gedacht [...], das ist das eine Glied. Dieser Sicherheitsdienst ist aber auch das einzige Glied, welches in das Licht der Idee der Gleichheit gelenkt werden kann. Dieser Sicherheitsdienst, alles Polizeilich-Militärische ... ist auch das einzige, was im Sinne zum Beispiel eines demokratischen Parlamentes behandelt werden kann. Mitbestim-*

ment an diesem Sicherheitsdienst kann jeder Mensch sein.“

Rudolf Steiner, Dornach, 24.11.1918 (GA 185a, Dornach 2004, S. 216f.) (Kursiv- und Fettsetzungen, auch im Folgenden, durch den Verfasser)

Hier wird das mittlere Glied des Rechtslebens als „Sicherheitsdienst“ bezeichnet, der demokratischer Regelung zugänglich gemacht werden sollte. Sicherheitsaufgaben, sprich innere oder äußere Sicherheit, gehören naturgemäß weder zu den Aufgaben des Geisteslebens noch zu denen des Wirtschaftslebens. Hier fasst er es noch etwas konkreter:

„Nicht wahr, wenn man so sagt, wie ich immer gesagt habe, daß sich der ehemalige Staat nicht fortsetzen sollte, sondern nur sein mittleres Glied fortsetzen sollte, so daß sich also jene Regierung, die den bisherigen Staat übernimmt, als Liquidierungsregierung konstituiert und nur noch zuständig ist für öffentliche Sicherheit, die Hygiene, das Rechtsleben und dergleichen, dann bleibt das Wirtschaftsleben, bleibt das Geistesleben abgegliedert.“

Rudolf Steiner, Stuttgart, 23.7.1919 (GA 331, Dornach 1989, S. 280)

Hier wird ausdrücklich der Bereich der „Hygiene“ erwähnt. Darüber wird noch zu sprechen sein. Andere Aufgaben, die der Staat damals wahrnahm und die auch heute zu seinem unhinterfragten Aufgabenbereich gehören, wollte er im Wirtschaftsbeziehungsweise im Kulturleben regeln lassen. Aber „öffentliche Sicherheit“ und „Hygiene“ gehörten für ihn völlig selbstverständlich in den Bereich des politischen Staats- und Rechtslebens.

Die Hygienedebatte im 19. Jahrhundert

Welcher Zusammenhang besteht nun zwischen Sicherheit und Hygiene bzw. Gesundheits- und Infektionsschutz? Hierzu sollte man sich daran erinnern, wie die durch die Industrialisierung und die Landflucht rasch angeschwollenen Städte in Deutschland im 19. Jahrhundert ausgesehen hatten. Es gab kein frisches fließendes Wasser, Abfall und Abwasser wurden auf die Straße geschüttet, weil es noch keine Kanalisation gab, oder Fäkalien wurden oft an großen Plätzen gesammelt und von den Bauern der Umgebung auf deren Felder transportiert. Die Menschen hausten auf engstem Raum und waren schlecht ernährt: also ideale Bedingungen für Epidemien aller Art. Cholera, Typhus, Diphtherie und Tuberkulose grassierten immer wieder in den Slums des 19. Jahrhunderts und bedrohten auch die Wohngebiete der Reichen.

Die Lösung war, dass die Städte sauberer werden mussten. Ärzte schlugen verschiedene hygienische Maßnahmen vor: u.a. zentrale städtische Abwasserkanalisation, zentrale Trinkwasserversorgung und zentrale Schlachthöfe. Sie sahen die Städte in der Pflicht, sich um eine Verbesserung der hygienischen Situation zu kümmern.

Diese Ärzte waren Pioniere dessen, was später Sozialmedizin, Sozialhygiene oder Gesundheitsfürsorge genannt werden sollte. Einer ihrer Hauptexponenten war Rudolf Virchow. Er setzte sich Zeit seines

Lebens für eine medizinische Grundversorgung der Bevölkerung ein.

Max Pettenkofer wirkte in München und gilt als Pionier der Hygieneforschung und Präventivmedizin. Er trat für eine breit angelegte Gesundheitserziehung der Bevölkerung ein und propagierte Sauberkeit, regelmäßiges Baden, eine vernünftige Ernährung, warme Kleidung, frische Luft und Vermeidung alkoholischer Getränke. Er wollte dies nicht durch Zwangsmaßnahmen erreichen, sondern durch Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen. Die aufgrund seiner Vorschläge gebaute Trinkwasserversorgung und Abwasserkanalisation führte dazu, dass in München ab 1870 die Epidemien zurückgingen und schließlich verschwanden.¹

Medizin als totaler Krieg gegen Parasiten?

Nun muss man sich eines klar machen: Es gab damals noch kein Wissen um Bakterien oder Viren. Viele Ärzte erklärten sich das Auftreten der Epidemien mit sog. „Miasmen“. Man stellte sich krankheitsverursachende faulige Prozesse in Luft, Wasser oder Erde vor, die die Seuchen verursachen sollten. Die Miasmenlehre geht zurück auf Hippokrates und gehörte noch im Beginn des 19. Jahrhunderts zum Kanon medizinischen Wissens.

Aber sie passte nicht mehr in die moderne Zeit. Man wollte lieber materielle Ursachen für die Krankheiten haben. Da kamen die Forschungen von Louis Pasteur gerade recht. Er hatte 1857 Mikroorganismen als Verursacher verschiedener Gärprozesse identifiziert. 1861 konnte er nachweisen, dass Mikroorganismen durch die Luft übertragen werden können. Er wurde zum Begründer der Mikrobiologie und entwickelte u.a. ein Verfahren zur Haltbarmachung von Milch durch kurzzeitige Erwärmung auf 60° C (die nach ihm benannte Pasteurisierung), wodurch die Milchsäurebakterien abgetötet werden.

Er hatte eine paranoide Angst vor Keimen und war zu der Überzeugung gelangt, dass Infektionskrankheiten durch auf Staubpartikeln gleitende Mikroben verursacht werden. *„Pasteur glaubte, dass das Zellgewebe von gesunden Organismen bakteriologisch steril ist und dass Bakterien in einem gesunden Körper nicht nachgewiesen werden können.“*²

Der preußische Landarzt Robert Koch war fasziniert von Pasteurs Theorien und erforschte die Welt der Mikroben eigenständig weiter. Er benutzte das Mikroskop und erlernte extra das Fotografieren, um seine Forschungsergebnisse besser dokumentieren zu können. Er konnte so den Milzbranderreger bei Schafen identifizieren und gesunde Mäuse durch Übertragung des Erregers auf sie mit Milzbrand anstecken. *„Der Nachweis, dass ein Erreger für das Entstehen einer Krankheit verantwortlich war, war erbracht. [...] In Zukunft wird man es im Kampf gegen diese schrecklichen Plagen des Menschengeschlechts*

*nicht mehr mit einem unbestimmten Etwas, sondern mit fassbaren Parasiten zu tun haben‘, triumphierte Robert Koch“.*³

Bert Ehgartner berichtet weiter: *„Und natürlich war Koch ein Anhänger der strengen Quarantäne. Ein Keim sollte bis in den letzten Winkel verfolgt und dort vernichtet werden. Auf die Spitze trieb Koch diese Art von Medizin bei seinen Auslandsaufenthalten in Afrika, wo er mit schwer toxischen Mitteln Zwangsbehandlungen an Einheimischen durchführte. Als seine Patienten reihenweise die Flucht ergriffen, empfahl er die Einrichtung von streng bewachten ‚Konzentrationslagern‘“.*⁴

„Ambientisten“ versus „Kontagionisten“

Wir sehen hier zwei unterschiedliche medizinische Paradigmen. Die Sozialhygieniker fanden die Erforschung der Keime zwar interessant, aber letztendlich irrelevant. Berühmt geworden ist in diesem Zusammenhang der Satz von Claude Bernard: *„Der Keim ist nichts, das Milieu ist alles.“* Damit wollte er sagen, dass Keime erst krankmachend wirken, wenn der Organismus geschwächt ist. Viele Mediziner hingen damals der Miasmentheorie an. Deshalb erschien ihnen die Idee völlig absurd, dass Bazillen Krankheiten übertragen können. Sie bewirkten vor allem den Auf- und Ausbau der medizinisch-hygienischen Infrastruktur und der hygienischen Bildung der Bevölkerung. Im Zusammenhang dieser Darstellung möchte ich sie „Ambientisten“⁵ nennen.

Die „Kontagionisten“⁶ hingegen sahen in den Mikroben die Ursache von Krankheiten und in der Bekämpfung der Mikroben die Zukunft der Medizin. Sie wirkten vor allem durch die Erforschung der Mikroben und versuchten, anti-mikrobielle Stoffe zu entdecken oder herzustellen. Von Anfang an war dieser Ansatz aber auch verquickt mit wirtschaftlichen Interessen, denn die **Patentierung der Herstellungsmethoden** und die **Vermarktung der Medikamente** machte sie oft reich. Außerdem scheuten sie sich nicht, auf **staatliche Zwangsmaßnahmen** zurückzugreifen, da ihre Bekämpfungsstrategien nur erfolgreich sein konnten, wenn sie in der ganzen Breite der Gesellschaft konsequent angewendet würden.

Ausgelöst durch die Hamburger Cholera-Epidemie 1892 prallten diese beiden Strömungen aufeinander. Robert Koch riet zu Ausgangssperren, Veranstaltungsverbots und massiven Desinfektionsmaßnahmen (Einsatz von Karbidgas, die Stadt soll wochenlang danach gestunken haben). Max Pet-

3 a.a.O., S. 62

4 a.a.O., S. 66

5 Ambientismus, von lat. ambientia, Milieu. Im Zusammenhang dieses Artikels bezeichne ich mit diesem Begriff die Anhänger der Auffassung, dass das „Milieu“ die alleinige Ursache für Krankheiten ist. Milieu kann hierbei vieles sein: Umwelt, Lebens- und Arbeitsbedingungen, psychologisch-biographisch schwierige Entwicklungsbedingungen, Schicksalsschläge, usw.

6 Kontagionismus, von contagium, Ansteckung. Bis ins 19. Jh. gebräuchliche Bezeichnung für die Anhänger der Ansteckungstheorie. Erst durch die Entdeckung der Mikroben konnte nachgewiesen werden, dass es so etwas wie Ansteckung tatsächlich gibt. Bis dahin war dies eine bloße Theorie. Im Zusammenhang dieses Artikels meine ich mit diesem Begriff die Anhänger der Auffassung, dass Keime die alleinige Ursache für Krankheiten sind.

1 Nach Bert Ehgartner, „Die Hygiene-Falle“, Ennsthaler Verlag 2016, S. 63

2 a.a.O., S. 61

tenkofer bestritt auf einer medizinischen Konferenz in Berlin nach dem Ende der Epidemie, dass diese Maßnahmen eine Besserung bewirkt haben könnten, denn der Verlauf der Epidemie war genauso wie die Verläufe früher ohne die Bekämpfungsmaßnahmen. Er riet wie immer dazu, die hygienischen Verhältnisse insgesamt zu verbessern. Und zur Bekräftigung trank er vor Zeugen Wasser, das mit Cholera Bazillen hochkontaminiert war. Außer einem Durchfall passierte ihm dabei nichts. Den Versuch wiederholte ein paar Tage später auch sein Assistent, mit dem gleichen Resultat: Durchfall, sonst nichts.⁷

Später hat man festgestellt, dass der Choleraausbruch durch verseuchtes Trinkwasser verursacht war. Das Trinkwasser wurde der Elbe oberhalb von Hamburg entnommen und ungefiltert in die Stadt geleitet. Das Abwasser wurde unterhalb in die Elbe geleitet. Bei den besonderen meteorologischen Bedingungen im extrem heißen Sommer 1892 wurde das Abwasser durch die Flut zur Trinkwasserentnahmestelle zurückgespült und gelangte so ins Trinkwasser der Stadt. Pettenkofer bestritt aufgrund seiner anti-kontagionistischen Überzeugung, dass Mikroben Krankheitsüberträger seien. Er trank das verseuchte Wasser in dem Glauben, dass dies völlig ungefährlich sei. Dass er und sein Assistent Durchfall bekamen, zeigt aber, dass doch ein gewisses krankmachendes Potenzial in dem Cholerawasser vorhanden war. Dass die Krankheit bei ihnen aber nicht zum Ausbruch kamen, wird an der Stärke ihres Immunsystems gelegen haben. Eigentlich ist damit gezeigt worden, dass „der Keim“ schon eine Rolle spielt, aber genauso auch „das Milieu“.

Medizinisch gesehen ergänzten sich also die beiden Ansichten gut. Krankheiten lassen sich durch Keime übertragen, wenn der potenzielle Wirtsorganismus durch die sozialen Verhältnisse oder durch Vorerkrankungen oder was auch immer geschwächt ist. Die Stärkung der Gesundheit und der Abwehrkräfte ist deshalb genauso eine legitime Strategie wie die Untersuchung der Keime, ihrer Lebensbedingungen und Übertragungswege. Geschichtlich haben sich aber Ende des 19. Jahrhunderts die Kontagionisten (Robert Koch, Emil Behring u.a.) durchgesetzt. Der Kampf gegen die „krankmachenden Keime“ erschien als DIE große Zukunftsaufgabe einer wissenschaftlichen Medizin.

Die Debatte in der Corona-Krise

Es ist erstaunlich, wie stark sich die Debatten damals und heute gleichen. Als hätte sich seit 128 Jahren medizinischer Forschung nichts verändert! Auf der einen Seite die Verhängung von Ausgangssperren

⁷ Vgl. Bert Ehgartner, a.a.O., S.68ff, der diese Episode mit ambientistischer Färbung referiert. Die gleiche Episode, kontagionistisch gefärbt, zeigt Pettenkofer als jemanden, der einer „vorwissenschaftlichen Anschauung von Krankheitsentstehung“ anhing. Damit würde die forschende Leistung Pettenkofers zu sehr geschmälert. Er hatte in verschiedenste Richtungen „ermittelt“ und urteilte aus einer breiten Übersicht von Untersuchungen, während sein Antipode Koch sich mit nichts anderem als mit Mikroben beschäftigt hatte. Ihn ernst zu nehmen, war ihm wahrscheinlich aus Eitelkeit nicht möglich. Vgl hierzu die Darstellung seines Forschungsweges bei Gregor Raschke, „Die Cholera Theorie Max von Pettenkofers im Kreuzfeuer der Kritik“, Dissertation TU München 2007, abrufbar unter: <http://mediatum.ub.tum.de/doc/646039/document.pdf>

und Veranstaltungsverbots sowie die Anordnung von Desinfektionsmaßnahmen und Quarantäne, amtlich befohlen und polizeilich überwacht. Auf der anderen Seite das Bestreiten der Gefährlichkeit des Virus und der Wirksamkeit der Epidemiebekämpfungsmaßnahmen und das Setzen auf Freiwilligkeit. (Es fehlt eigentlich nur noch jemand, der sich SARS-CoV-2 spritzen lässt, um dessen Ungefährlichkeit zu beweisen.) Ist denn in den letzten 100 Jahren nichts passiert, was zur Klärung hätte beitragen können?

Die kontagionistische Strömung

Der eigentliche Durchbruch der kontagionistischen Medizin erfolgte erstaunlicherweise erst in den 1950er Jahren. Maßgebend hierfür war die Entdeckung der Antibiotika. 1941 konnte damit erfolgreich ein erster Patient behandelt werden. Seine sehr schnelle Heilung kam den Beteiligten wie ein Wunder vor. In der Folge wurden Antibiotika in immer größerer Menge hergestellt, sodass sie immer billiger wurden und immer häufiger eingesetzt werden konnten. Heute werden sie in einer Menge und Breite eingesetzt, die beispiellos ist.⁸

Die Antibiotika betreffen den Kampf gegen akute bakterielle Infektionen. Ein anderer Behandlungsansatz ist das Impfen. Anders als bei Antibiotika oder ähnlichen Stoffen, die die Erreger direkt attackieren, wird beim Impfen das Immunsystem (= „das Milieu“) durch einen relativ ungefährlichen Impfstoff vor einer möglichen Infektion so geprägt, dass es im Falle einer echten Infektion den Erreger schneller bekämpfen kann. Hierfür muss natürlich zuerst der Erreger identifiziert und dann ein Impfstoff gefunden oder künstlich hergestellt werden. Ende des 19. Jh. wurden die ersten Impfstoffe gegen Tollwut, Cholera, Typhus und die Pest gefunden, und in den 1920er Jahren folgten Impfstoffe gegen Keuchhusten und Diphtherie.

Nun könnte man sagen, dass die Impfung so etwas ist wie eine Stärkung des Immunsystems des Wirts, somit also dem ambientistischen Paradigma entspricht. Dies ist aber nicht der Fall. Die Frage ist: **Was ist der Unterschied zwischen einer Versorgung mit sauberem Trinkwasser, dem Bau einer hygienischen Abwasserbeseitigung, der Schaffung von gesunden und stressfreien Arbeits- und Lebensverhältnissen, der Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln einerseits und dem Impfen andererseits?**

Die ersten Maßnahmen stärken das Immunsystem des Einzelnen wie der Gesellschaft insgesamt. Sie

⁸ Die Problematik des übermäßigen Antibiotika-Einsatzes ist bekannt. Die WHO empfiehlt hier deutlich mehr Zurückhaltung. Es besteht die Gefahr von Resistenzen, sodass diese wertvollen Medikamente im Ernstfall nicht mehr wirken. Auch das Problem der multiresistenten Keime in den Krankenhäusern, dem jährlich 15 – 30.000 Menschen zum Opfer fallen, steht hiermit in Zusammenhang. Vgl. z.B. Thomas Hardtmuth, „Tiermast, Mikroorganismen und die Biologie der Moral“, die Drei 3/2015, S. 11.: „Laut Gesundheitsministerium sterben in deutschen Kliniken 7.500 bis 15.000 Menschen an multiresistenten Keimen. Walter Popp, Vizepräsident der deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene, spricht von einer Million Infektionen und 30.000 bis 40.000 Todesfällen pro Jahr.“ Daran zeigt sich deutlich, dass die Keimbekämpfung nicht alles ist. Bakterien sind keine toten Klötze, die man durch Antibiotika einfach aus dem Körper hinausschieben kann. Es sind sehr anpassungsfähige Lebewesen, die sich an ihre neue, Antibiotika enthaltende Umgebung anpassen und lernen können, darin zu überleben.

kommen allen zugute und schaffen eine soziale Resilienz nicht nur gegen **einen** Erreger. Eine Impfung hingegen kommt zunächst nur dem Geimpften zugute und schützt nur in Bezug auf einen einzigen Erreger. Will man eine ähnliche Immunität erreichen wie mit sozialhygienischen Maßnahmen, so muss man massenhaft impfen und zwar mit möglichst vielen Impfstoffen, um die Immunisierung gegen möglichst viele Erreger zu erreichen.

Der kontagionistische Ansatz betreibt also eine mechanische Immunisierung, die letztendlich auf die Bekämpfung eines Erregers orientiert ist. Es ist die Fortsetzung des „Krieges gegen die Parasiten“ mit anderen Mitteln.

In den 1980er Jahren erhielt die Impfstoffentwicklung einen starken Aufschwung durch die These, dass letztendlich alle Erkrankungen virenverursacht sein sollten. Eine erste Probe aufs Exempel wurde mit AIDS gemacht. Seit der Entdeckung des HI-Virus spricht man nicht mehr von AIDS, sondern von HIV-Infektion. Auch Krebs, so eine schon sehr früh geäußerte Vermutung, soll durch Viren verursacht sein. Hat man ein Virus gefunden, dem man die krankheitsauslösende Rolle zuschreiben kann, geht die Suche nach Nachweisverfahren los, denn Viren findet man ja nicht unter dem Mikroskop. Und dann beginnt das Wettrennen um die Herstellung von Impfstoffen.

Hier zeigt sich eine weitere Ähnlichkeit mit klassisch kontagionistischen Behandlungsverfahren: die wirtschaftliche Lukrativität. Dieser medizinische Ansatz bietet reichlich Gelegenheit für Patentierungen von Nachweisverfahren und Herstellungsverfahren von Impfstoffen. Mit sozialhygienischen Maßnahmen lässt sich in der Regel kein Geld verdienen. Die öffentliche Hand muss hier aus Steuermitteln aktiv werden. Das Ergebnis kommt dann aber auch allen zugute.

Sozialhygienische Maßnahmen sind nicht so zuverlässig wie Impfungen, könnte man einwenden. Richtig ist, dass sie keine hundertprozentige Sicherheit gewähren. Das tun Impfungen aber leider auch nicht. Impfungen wirken nicht bei jedem und verlieren nach ein paar Jahren ihre Wirksamkeit, sodass sie wiederholt werden müssen.

Antibiotika und Impfungen sollen hier nicht verteufelt werden. Sie gehören in das Behandlungsrepertoire einer modernen Medizin. Was schwierig ist, ist ihre ideologische Überhöhung. Als wenn NUR mit ihnen eine gesellschaftliche Gesundheit geschaffen werden könnte. Diese Vereinseitigung ist gefährlich.⁹

⁹ Auf die problematische Seite von Impfungen, aber auch von prinzipieller Impfgegnerschaft kann hier nicht umfassend eingegangen werden. Kurz gefasst werden Impfungen oft in viel zu jungen Lebensjahren verabreicht, wenn das Immunsystem noch nicht stabil genug ist. Meistens sind Wirkverstärker beigemischt, die hochtoxisch sind. Außerdem gibt es das Problem der Mehrfachkombinations-Impfstoffe. Impfschäden lassen sich schwer nachweisen. Insofern ist die immer stärker um sich greifende abwertende Bezeichnung „Impfgegner“ für Menschen, die eine informierte Impfscheidung treffen wollen, bedenklich. Siehe mehr unter: <https://www.individuelle-impfscheidung.de/>

Wiederbelebung ambientistischer Ansätze

Im Gefolge des 1968er-Impulses entstand weltweit eine breite Umweltbewegung, die verschiedene Aspekte der Industriegesellschaft kritisch thematisierte, u.a. auch die immer industriellere Formen annehmende Medizin und die radikal auf Gewinn orientierte pharmazeutische Großindustrie.¹⁰ Eine sozialpsychiatrische Bewegung formierte sich, die die pharmazeutischen Behandlungsmethoden scharf kritisierte.¹¹

In dieser Alternativbewegung gab es auch eine große Offenheit naturheilkundlichen Verfahren gegenüber. Behandlungsmethoden aus der Naturheilkunde, Homöopathie und der anthroposophisch erweiterten Medizin gewannen ebenso an Boden wie traditionelle Medizinsysteme. Aber auch neue soziale Formen entstanden: Gemeinschaftspraxen und Therapeutika wurden gegründet. So verdankt das Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke seine Entstehung dieser untergründigen gesellschaftlichen Strömung.

Zusammen mit der Umweltschutzbewegung und dem Entstehen einer ökologischen Landwirtschaft kann man dies auch unter dem Gesichtspunkt eines Wiederauflebens sozialmedizinischer Handlungsansätze sehen, die ja, wie wir gesehen haben, nicht nur auf die Behandlung einzelner Menschen, sondern auf die Gesundung der sozialen Verhältnisse und menschlicher Lebensräume ausgerichtet waren.

Es ist seitdem aber auch eine Therapielandschaft entstanden, die jenseits schulmedizinischer Verfahren eine breite Vielfalt an alternativen individuellen Behandlungsangeboten bereitstellt. Es ist offensichtlich, dass viele Patienten sie gerne nutzen.

Charakteristisch für diese Impulse war oft aber auch ihre scharfe, teilweise überzogene Kritik an der „Schulmedizin“ gepaart mit Heilungsversprechen, die nicht immer eingelöst werden konnten. Man könnte sagen, dass die kontagionistische Einseitigkeit eine ambientistische Einseitigkeit angezogen hat.

Die Debatte zwischen der Schulmedizin und diesen komplementären Behandlungsansätzen kommt nicht vom Fleck. Der große Streit geht um den Wissenschaftlichkeitsbegriff, darum, was „evidenzbasiert“ genau bedeutet und darum, wie Salutogenese in die Praxis umgesetzt werden kann. Es ist bis jetzt auch noch nicht gelungen, diese Angebote wirklich gleichberechtigt in die öffentliche Gesundheitsversorgung zu integrieren.¹²

¹⁰ Vgl. z.B. Ivan Illich, „Medical Nemesis. The Expropriation Of Health“, Random House 1976, im Internet abrufbar unter: <https://ratical.org/ratville/AoS/MedicalNemesis.pdf>

¹¹ Paradigmatisch hierzu der Film „Einer flog über das Kuckucksnest“ von 1975

¹² In diesem Artikel wird das Gesundheitswesen vor allem aus dem Blickwinkel der Infektionskrankheiten betrachtet. Eine umfassende Betrachtung müsste in den Blick nehmen, dass medizinische Tätigkeit drei verschiedene Aspekte hat: den körperlichen, den sozialen und den individuellen. Gerade der letztere hat sich in den letzten 40 Jahren stark entwickelt. Das Gesundheitswesen hat sich mit der Individualisierung gewissermaßen ins Geistesleben hinein erweitert. Es kann heute nicht mehr allein vom Staat mit demokratischen Mehrheitsentscheidungen organisiert werden. Der körperliche Aspekt – Körper im Sinne von: das, was uns allen gemeinsam ist – lebt sich heute vor allem im technologischen Bereich aus

Krankheit oder Vireninfektion?

Ein Streitpunkt ist u.a. auch, welche Rolle Virusinfektionen eigentlich spielen. Die Kontagionisten sagen, das Virus sei der Krankheitserreger, aber es gebe eine teilweise sehr lange Zeit, bis sich Krankheitssymptome entwickelten. Bei HIV beträgt diese angeblich bis zu 20 Jahre, bei Hepatitis C sogar 30 Jahre. Ein Infizierter könne den Erreger weiterverbreiten, auch wenn er selber symptomfrei bleibt. Krank ist, bei wem das Virus nachgewiesen ist, egal, ob Krankheitssymptome aufgetreten sind oder nicht.

Einige Ärzte und Forscher mit ambientistischer Ausrichtung ziehen die „Virusstheorie“ in Zweifel. Bei vielen Erkrankungen sei der Wirkmechanismus zwischen der Infektion mit dem Virus und der symptomatischen Erkrankung nicht gesichert. Gerade im Falle der AIDS-Erkrankung komme es immer wieder vor, dass Patienten Symptome zeigen, ohne HIV-Träger zu sein, während andererseits unbehandelte HIV-Infizierte teilweise über Jahrzehnte keine Symptome entwickeln. Dieser Verdacht, dass es keine gesicherte Verbindung zwischen Vireninfektion und Krankheitssymptomen gibt, wurde auch immer wieder in Bezug auf die Virenepidemien der letzten 20 Jahre geäußert. Neuere Forschungen haben ergeben, dass unser gesamter Organismus von Unmengen von Bakterien und Viren besiedelt ist.¹³

Es wundert nicht, dass sich je nach Sichtweise auch die Behandlungsmethoden drastisch unterscheiden. Die einen bekämpfen weiterhin den Erreger, die anderen arbeiten an der Stärkung des Immunsystems. Und so sind wir wieder bei der alten Debatte: „Krieg gegen die Parasiten“ versus „Der Keim ist nichts, das Milieu ist alles“.

Der Epidemiefall

Im Normalfall können wir als Gesellschaft damit gut leben. Jeder kann sich ja den Arzt und die Therapie wählen, die ihm angemessen erscheinen. Aber im Epidemiefall geht das auf einmal nicht mehr. Hier setzt sich die kontagionistische Methodik durch. Wie kommt das?

Die kontagionistische Sichtweise ist die vorherrschende, nicht nur bei den Medizinerinnen und Medizinern, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie ist für die bakteriellen Infektionen und die klassischen Virusinfektionen (Pocken, Tollwut, Polio) gesichert. An den Erfahrungen mit epidemischen Verläufen dieser Krankheiten richten sich die WHO und die Gesundheitssysteme in aller Welt aus. In Deutschland gibt es ein „Infektionsschutzgesetz“, es gibt Gesundheitsämter, es gibt das Robert-Koch-Institut als nationale Behörde, das

und wird schnell übergreifig, wenn er nicht durch die beiden anderen Bereiche begrenzt wird. Weitere Hinweise siehe Christoph Strawe, „Was sind die Grundlagen eines solidarisch finanzierten modernen Gesundheitswesens?“, Sozialimpulse 1/2006, S. 9, https://www.sozialimpulse.de/fileadmin/pdf/Therapien_fuer_das_Gesundheitswesen.pdf

¹³ Vgl. Thomas Hardtmuth, „Anmerkungen zum Corona-Syndrom“, S. 8ff, https://www.anthroposophische-meditation.de/fileadmin/media/Coronakrise/Corona-Syndrom_Dr.Thomas-Hardtmuth.pdf, sowie dergl. „Tiermast, Mikroorganismen und die Biologie der Moral“, dieDrei 3/2015, S. 11

einen „Nationalen Epidemieplan“ erarbeitet hat und ein ständiges Monitoring aller Infektionskrankheiten durchführt. Sobald Auffälligkeiten im Infektionsstatus der Bevölkerung auftreten, wird dieser nationale Epidemieplan abgearbeitet.

Für die Klassifizierung einer Epidemie ist u.a. der R_0 -Wert wichtig. Er wird zu Beginn einer Epidemie gemessen, solange noch keine Abwehrmaßnahmen ergriffen worden sind. Mit ihm kann die Ausbreitungsgeschwindigkeit sowie die Herdenimmunität bestimmt werden, die angibt, ab wann mit einem Abklingen der Epidemie zu rechnen ist.

Wenn man mit Hilfe dieses erprobten kontagionistischen Instrumentariums auf das SARS-CoV-2-Infektionsgeschehen Ende Februar/Anfang März schaute, dann musste man trotz einer gewissen Unzuverlässigkeit der bis dahin vorliegenden Zahlen zu dem Ergebnis kommen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Epidemie drohte, die unser Gesundheitssystem überlasten würde. Die Politik musste sich entscheiden. Was danach passierte, ist im Wesentlichen den gesetzlich festgelegten Abläufen geschuldet, die aus der klassischen Epidemiebekämpfung bekannt sind und die letzten Endes auf der Verpflichtung des Staates zum Schutz des Lebens seiner Bürger beruhen, wie oben dargestellt.

Keinesfalls kann man die Entscheidung der Politik mit dem Wissen kritisieren, das wir **jetzt** über das Virus und seine Ausbreitung haben. Eine solche Kritik aus der Rückschau ist nicht hilfreich, weil solche Katastrophenlagen immer unerwartet kommen und wir bei ihrem Eintreten immer ein hohes Maß an Unwissenheit haben werden. Wir müssen in so einer Situation erst einmal darauf vertrauen, dass wir die richtigen Leute in diese Entscheidungspositionen gewählt haben.

Lernprozesse organisieren

Wenn wir jetzt langsam in eine Situation kommen, wo wir erste Bilanzen ziehen können, dann sollten wir dies als sozialen Lernprozess auffassen. Was können wir das nächste Mal besser machen? Aus einem solchen Prozess müsste sich eine **Reform des Infektionsschutzgesetzes und des nationalen Epidemieplans** ergeben, denn das ist sozusagen „die Bibel“ des Epidemienmanagements. Es wäre sinnvoll, für diesen Prozess einen **Bürgerrat „Infektionsschutz“** durchzuführen. Insbesondere sollten folgende Fragestellungen berücksichtigt werden:

Gesundheitsämter stärken

In jedem Staat hat die Corona-Krise unterschiedliche Schwächen des jeweiligen Gesundheitssystems offenbart. Bei uns war es meiner Ansicht nach weniger eine zu niedrige Zahl von Beatmungsgeräten, sondern mehr eine zu schlechte Ausstattung der Gesundheitsämter.

Der Bereich der Gesundheitsvorsorge und -verwaltung hat durch die Ökonomisierung in den letzten Jahrzehnten sehr gelitten. U.a. sind viele Kommunen als Folge der Hartz-IV-Gesetze seit vielen Jahren

überschuldet und können ihren Aufgaben in diesen Bereichen nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck nachkommen. Nur ein aktuelles Schlaglicht aus Ärztesicht für NRW: *„Um die Personalbesetzung in den NRW-Gesundheitsämtern stand es schon vor der Corona-Pandemie nicht gut. Geschätzt können in zwei Dritteln der Gesundheitsämter **nicht alle Arztstellen** besetzt werden. Schon ohne Corona mussten viele Gesundheitsämter daher aufgrund von Personalmangel Abstriche bei den Pflichtaufgaben machen. Im vorletzten Jahr gab es bundesweit 2.519 Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern, **rund ein Drittel weniger als vor 25 Jahren**‘, beklagt Dr. Ute Teichert, Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V. [...] ‚Obwohl wir auch ohne Pandemie ein **stetig wachsendes Aufgabenspektrum** zu bewältigen haben, wenn wir beispielsweise das Masernschutzgesetz umsetzen sollen, die Prävention in Kitas und Schulen voranbringen, zur Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beitragen oder die Sozialpsychiatrische Versorgung gewährleisten.‘¹⁴ Diese Situation ist in den anderen Bundesländern wohl ähnlich.*

In der Pandemiebekämpfung haben die lokalen Gesundheitsämter eigentlich eine hervorragende Stellung. Sie legen die Quarantänemaßnahmen vor Ort fest. Mustergültig lief dies noch in Heinsberg ab und hat dort auch im Großen und Ganzen keine sozialen Friktionen verursacht.¹⁵ Insgesamt waren die Gesundheitsämter in vielen Kommunen aber überfordert.

Man muss auch bedenken, dass die Gesundheitsämter für von ihnen verhängte Quarantänemaßnahmen regresspflichtig sind. Doch dafür waren in vielen überschuldeten Kommunen nicht genügend Gelder vorhanden. Das ist der Grund, weshalb in Deutschland sehr schnell der Ruf nach der Bundesebene kam.¹⁶

Die „Nationalisierung“ der Krise war insofern eine pragmatische Lösung, nicht nur, um die Intensivstationen, sondern auch um die Gesundheitsämter zu entlasten. Dies sollte für die Zukunft überprüft werden. Der ursprüngliche Gedanke, die Epidemiebekämpfung durch die Gesundheitsämter vor Ort durchführen zu lassen, erscheint aus heutiger Sicht, angenehmer zu sein. Dringend notwendig ist mit Sicherheit eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Ämter.

14 Rheinisches Ärzteblatt, Heft 6/2020, S. 12, Hervorhebungen von S.P.

15 Zum vorbildlichen Charakter des Krisenmanagements in Heinsberg siehe: Christina Goßner, „Heinsberg: Vom schwarzen Schaf zum deutschlandweiten Vorbild“, Euractiv 23.4.2020, <https://www.euractiv.de/section/gesundheits-und-verbraucherschutz/news/heinsberg-vom-schwarzen-schaf-zum-deutschlandweiten-vorbild/>

16 Christian Drosten hat in dem Blog-Beitrag vom 10.3.2020 auf diese Situation hingewiesen und die Lösung angeregt, „dass bestimmte Fonds geschaffen werden für diesen Zweck“. Für ihn war völlig klar, dass die Entscheidungen über Quarantänemaßnahmen vor Ort „die Bundespolitik in dieser Strenge nicht treffen“ darf. „Die Entscheidungskompetenz liegt einfach woanders, und das wird man auch nicht schnell ändern.“ (<https://www.ndr.de/nachrichten/info/10-Coronavirus-Update-Grossveranstaltungen-absagen,podcastcoronavirus124.html>) Da hatte er sich getäuscht – was übrigens ein Indiz von vielen dafür ist, dass Gesundheitsminister Spahn tatsächlich nicht sklavisch auf die Experten gehört, sondern eine eigene Agenda verfolgt hat.

Internet, Wissenschaft und Zivilgesellschaft miteinbeziehen

Dies war die erste weltweite Krise im Zeitalter des Internet. Informationen aus allen Teilen der Welt waren innerhalb von wenigen Stunden verfügbar. In einem klassischen Katastrophen- oder Epidemieszenario geht die Regierung sehr sparsam mit Informationen um, um keine Panik zu verbreiten. Panik heißt: bank run und unkontrollierte Fluchtbewegungen, Plünderungen usw. Das hat sie anfangs auch in der Coronakrise versucht.¹⁷

Die Erfahrung hat gezeigt, dass eine solche Politik heutzutage nicht mehr möglich ist. Die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Expertinnen und Experten aller Couleur sind in der Regel über alles informiert gewesen, nur nicht über die Entscheidungsgrundlagen der Politik. Ihre teilweise kritischen Anmerkungen konnten deshalb auch nicht greifen, weil man gar nicht wusste, an wen sie zu richten waren und auf welcher Faktenbasis die Regierung Entscheidungen traf.

Daraus ist für die Zukunft zu lernen:

- Top down-Prozesse funktionieren auch in Krisenlagen nicht mehr. Es ist davon auszugehen, dass selbst in extrem bedrohlichen Lagen, wie z.B. ein Kometeneinschlag oder eine Flutwelle, die Menschen versuchen werden, Informationen aus dem Internet zu beziehen, um eigene Entscheidungen zu treffen. Eine Krise auch großen Ausmaßes trifft heutzutage auf eine gut informierte, an selbständiges Denken und Handeln gewöhnte Bevölkerung. Dies ist nicht als Erschwernis, sondern als Ressource zu begreifen, und muss in den Epidemiplänen angemessene Berücksichtigung finden.
- Transparenz ist vor diesem Hintergrund extrem wichtig, weil sie Glaubwürdigkeit vermittelt. Die Regierung muss die Faktenbasis, auf der sie Entscheidungen trifft, öffentlich machen.
- Es muss auch klar sein, wer in den Krisenstab berufen wird. Dies kann nicht von der persönlichen Vorliebe des Gesundheitsministers abhängen. Wir brauchen entsprechende Aussagen im Epidemieplan.
- Es muss bekannt sein, wann Maßnahmen wieder zurückgenommen werden. Die Exit-Strategie

17 Der Krisenberater der Regierung Frank Roselieb äußerte in einem Interview des Tagesspiegel: „[...] bestimmte Informationen sollte die Bundesregierung besser für sich behalten. Die Bevölkerung muss nicht alles wissen.“ Zum geleakten Strategiepapier des Bundesinnenministeriums kommentierte er: „Ich war ganz froh, dass nur dieses Papier nach draußen gedrungen ist – da gibt es in den Behörden noch deutlich düsterere Szenarien.“ Was er unter Dialogorientierung versteht, schildert er hier: Die Regierung „geht [...] durchaus dialogorientiert vor. Sie hat versucht, die Maßnahmen langsam hochzufahren und den Menschen die Chance zu geben, sich richtig zu verhalten. Das ist eine ganz andere Art der Krisenkommunikation als in den 1970er und 1980er Jahren, wo man die Menschen nach Befehl und Gehorsam behandelt hat. Da hätte man gleich gesagt: Ab morgen gilt die Ausgangssperre und wer sich nicht daranhält, zahlt 1.000 DM.“ Konkret rät er noch: „Die Bundesregierung ist natürlich gut beraten, ihre vorher definierten Kippunkte nicht zu benennen. Kürzlich hat sich die Kanzlerin allerdings verplappert. [...] Da hat sie als ein Kriterium für eine Lockerung der Maßnahmen eine Verdopplungszeit der Infiziertenzahlen von mindestens 14 Tagen genannt. Das würde man normalerweise nicht verraten.“ Tagesspiegel, „Die Bevölkerung muss nicht alles wissen“, 9.4.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/wie-gut-ist-die-krisenkommunikation-der-regierung-die-bevoelkerung-muss-nicht-alles-wissen/25730000.html>

muss in die Epidemieplanung in Zukunft mit aufgenommen werden.

- Dazu gehört auch, dass Beratergremien auf einer breiten fachlichen und übergreifenden Basis zusammengestellt werden. Es reicht nicht, wenn nur Virologen, Impfexperten und Tiermediziner¹⁸ an der Ausarbeitung solcher Maßnahmen beteiligt werden.¹⁹

Gerade jetzt in der Exitphase zeigt sich, dass man Maßnahmen auch lokal und regional differenzieren und auf die Einsichtsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger bauen kann. Das Beispiel Schweden zeigt aber, dass die Freiwilligkeit in der Befolgung der Distanzregeln auch Schattenseiten hat. In dem Maße, wie ihre Befolgung in die individuelle Entscheidungsfreiheit gestellt wird, können unschöne Situationen zwischen den Bürgern entstehen, wenn z.B. in der Schule, im Sportverein oder am Arbeitsplatz Menschen mit unterschiedlicher Bedrohungswahrnehmung oder Risikobereitschaft aufeinander treffen. Die schwedische Erfahrung gilt es unter diesem Gesichtspunkt genau auszuwerten.²⁰ Ein weiteres Problem ist das des sozialen Ausgleichs von wirtschaftlichen Folgen der Distanzierung. Wenn der Staat sie anordnet, ist er regresspflichtig. Wer aber ist für den Ausgleich zuständig, wenn der Staat nichts angeordnet hat?

Demokratie endet nicht im Krisenfall

Hierzu haben ja die Verfassungsgerichte in verschiedenen Bundesländern Entscheidendes gesagt.²¹ Auch Demokratieorganisationen und -experten haben sich hierzu klar geäußert.²² Dies muss in Zukunft von vorneherein Beachtung finden.

18 „Der Veterinär an der Spitze des RKI, Professor Dr. Lothar H. Wieler, ist Sohn einer Landwirtin, promovierter Fachtierarzt für Mikrobiologie und Professor für Tierseuchenlehre.“ Olaf Arndt, „Ich bin des Marktes überdrüssig. Ich bin des Staates überdrüssig“, Telepolis, 10.4.2020, <https://www.heise.de/tp/features/Ich-bin-des-Marktes-ueberdruessig-Ich-bin-des-Staates-ueberdruessig-4700140.html>

19 Siehe z.B. die hervorragende Arbeit von Dr. Ellis Huber, „Das Virus, die Menschen und das Leben“, https://www.praeventologe.de/images/stories/Aktuelles/2020/_Corona_14.5.2020_n.pdf, der das Geschehen als Sozialmediziner viel entspannter bewerten kann. Auch aus Sicht der anthroposophischen Mediziner Prof. Dr. Harald Matthes und Dr. Friedemann Schad vom Krankenhaus Havelhöhe gibt es im Vorfeld einer Intensivbehandlung noch viele medizinische Optionen, die überhaupt nicht in das Gesamtbild einbezogen worden sind: „Die Angst geht um“, <https://www.themen-der-zeit.de/die-angst-geht-um/>

20 Das Problem der hohen Sterbeziffern in den Pflegeheimen in Schweden hat wohl andere Ursachen, wie die schwedische Gewerkschafterin Enna Gerin überzeugend dargelegt hat. Hier spielt die neoliberale Aushöhlung der Pflegeversorgung wohl eine größere Rolle: Enna Gerin, „Schluss mit lustig“, IPG-Journal 28.5.2020, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/schluss-mit-lustig-4387/>

21 Nur ein Beispiel unter vielen: „Corona-Urteil des Verfassungsgerichts: Watschen für Ministerpräsident Tobias Hans“, Saarbrücker Zeitung, 29.4.2020, https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/corona-urteil-des-verfassungsgerichts-watschen-fuer-ministerpraesident-tobias-hans_aid-50314005

22 Vgl. „Demokratie in Krisenzeiten“ von Mehr Demokratie (<https://www.mehr-demokratie.de/themen/corona-und-demokratie/unsere-forderungen/>) (s.a. S. 38ff. in diesem Heft), „Speerpunten voor democratie en rechtsstaat in coronatijden“ von Meer Democratie (<https://www.mer-democratie.nl/onze-speerpunten-voor-democratie-en-rechtsstaat-corona-tijden>) und die Stellungnahme von Prof. Tamara Ehs „Coronakrise und die Demokratie“ (https://science.apa.at/site/natur_und_technik/detail.html?key=SCI_20200401_SCI87296249653983748).

Wie wird der Epidemiefall ausgelöst und wann endet er?

Das ist die wichtigste und gleichzeitig schwierigste Frage. Es wird nötig sein, eine **Debatte zwischen den verfeindeten Lagern** in der Medizin zu organisieren, die die Virusinfektionen zum Thema hat. Ich finde, die Öffentlichkeit, die viele Forschungsprojekte in diesem Bereich finanziert, hat ein Recht darauf, dass die Ärzte und Wissenschaftler diesen Diskurs transparent, ergebnisoffen und ergebnisorientiert führen.

Epidemiebekämpfung bei modernen Virusepidemien

Es gibt Indizien dafür, dass die Epidemieverläufe bei den „modernen“ Virusepidemien (Vogelgrippe 1997, SARS-CoV 2002/03, Schweinegrippe 2009/10, MERS-CoV 2012/13, Ebolavirus 2014/15, Zikavirus 2015/16, SARS-CoV-2 2020) nicht so sind, wie bei klassischen Epidemieverläufen zu erwarten. Wie sieht der genaue Wirkungszusammenhang zwischen Virus und Symptomen aus? Der Zusammenhang zwischen Infektion und Symptom ist sehr schwer vorhersehbar. Es gibt z.B. beim aktuellen SARS-CoV-2 eine hohe Zahl symptomloser Infektionen, viel höher als ursprünglich angenommen.²³

In einer klassischen Epidemie würde jeder Infizierte über kurz oder lang schwere Krankheitssymptome entwickeln (abgesehen von den „stillen Feigungen“, die in jeder Epidemie auftreten). Kontaktbeschränkende oder gar Quarantänemaßnahmen wären unmittelbar einleuchtend. Bei den „modernen“ Viruserkrankungen ist dies anders. Wie verlaufen die Infektionswege dort? Eine Auswertung der Münchener Kohorte zeigt, dass SARS-CoV-2 einen außerordentlich unberechenbaren Übertragungsmechanismus hat. Menschen, die zusammen in einer Familie leben, wurden nicht angesteckt. In einem anderen Fall ereignete sich die Übertragung in der Kantine, während man sich einen Salzstreuer reichte.²⁴

Hoffen auf den Impfstoff?

Des weiteren muss die **Frage der dauerhaften Immunität** geklärt werden. Es gibt Indizien dafür, dass diese nicht gegeben ist. Es gibt Fälle von Re-Infektionen schon nach wenigen Monaten. Es sieht gegenwärtig so aus, dass gerade im Bereich der Coronaviren, die sowieso eine hohe Veränderungsrate haben, eine Immunität zu erwarten ist, die ähnlich ist, wie bei normalen Erkältungskrankheiten.²⁵ Wenn aber dauerhafte Immunität nicht gegeben ist, dann ist alles Hoffen auf Herdenimmunität einerseits, aber

23 In der vom Imperial College organisierten Modellrechnung von Mitte März 2020, die dazu geführt hatte, dass die britische Regierung vom Konzept der Herdenimmunität Abstand nahm, ging man von einer Zahl von 33 Prozent symptomloser Infektionen aus. Heute sieht es so aus, dass es 80 – 90 Prozent symptomlose Verläufe gibt.

24 Vgl. NZZ, „Die Aufarbeitung der ersten Corona-Fälle in Deutschland zeigt, wie anspruchsvoll die Tracing-Strategie ist“, <https://www.nzz.ch/visuals/coronavirus-kette-der-ersten-ansteckungen-in-deutschland-ld.1557166>

25 Vgl. NZZ, „Einmal krank, dauerhaft immun? – erste Hinweise sprechen dagegen“, 13.05.2020, <https://www.nzz.ch/wissenschaft/hinweise-auf-nachlassende-immunitaet-gegen-sars-cov-2-ld.1555515>

auch auf Impfstoffe, Immunitätsnachweise und TracingApps vergeblich.²⁶

Die modernen Epidemien endeten im Wesentlichen genauso spontan, wie sie entstanden sind. Wir werden sehen, ob dies bei SARS-CoV-2 genauso sein wird, wie einige Forscher meinen. Auch die bekannten Grippeepidemien endeten ja bekanntlich jedes Jahr.

Dies alles sollte eigentlich dazu zwingen, andere soziale Umgangsweisen mit diesen Epidemien zu entwickeln. Insbesondere das Hoffen auf den Impfstoff könnte sich als Sackgasse erweisen, wenn sich die Politik darauf versteift, die Kontaktbeschränkungen erst zurückzunehmen, wenn ein Impfstoff gefunden ist.²⁷ Stattdessen werden wir uns darauf einstellen müssen, dass dieses Virus immer wieder auftaucht. So wie früher die Handhygiene eingeübt werden musste, müssen wir nun einen flexiblen Umgang mit den neuen Distanzregeln einüben.

Perspektiven

Zum Schluss möchte ich Handlungsperspektiven aufzeigen. Diese sind hier nur als skizzenhafte Anregungen zu verstehen und müssten von Initiativen aufgegriffen und weiter ausgearbeitet werden.

Methodenpluralismus

Ich halte es für vordringlich, dass die kontagionistische Diskurshegemonie beendet wird. Ambientistische Sichtweisen haben ihre Berechtigung und müssen im gesellschaftlichen, fachlichen und politischen Diskurs gleichberechtigt teilnehmen. Die gesamte Gesellschaft hätte etwas davon, wenn wir beide Sichtweisen parallel nutzen würden. **Ohne eine energische Arbeit in dieser Richtung fürchte ich, dass sich im Epidemiefall immer wieder streng kontagionistische Sichtweisen durchsetzen werden.**

Gesundheit ist keine Ware!

Nach der Krise muss die Stärkung des Gesundheitssystems und die Rückabwicklung privatwirtschaftlichen Denkens zum Thema gemacht werden. Stichworte wären:

- Reform oder gar Abschaffung des Fallpauschalensystems
- bessere Bezahlung der Pflegekräfte und Einstellung von mehr Pflegekräften
- Rekommunalisierung der Krankenhausversorgung und Verwaltung der Gesundheitsinfrastruktur durch Gesundheitsräte aus Ärzten, Pflegekräften und Bürgern.

²⁶ Zur problematische Seite von Impfungen vgl. S. 14, Anmerkung 9.
²⁷ „Eine zeitnahe Immunität in der Bevölkerung gegen SARS-CoV-2 ohne Impfstoff zu erreichen, ist ohne eine Überforderung des Gesundheitswesens und des Risikos vieler Todesfälle nicht möglich. Deshalb kommt der Impfstoffentwicklung eine zentrale Bedeutung zu. [...] Ein Impfstoff ist der Schlüssel zu einer Rückkehr des normalen Alltags.“ Bund-Länder-Konferenz 15.4.2020, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973812/1744452/b94f2c67926030f9015985da586caed3/2020-04-16-bf-bk-laender-data.pdf?download=1>

Integrierte Versorgung

Wenn es richtig ist, dass das staatlich-politische System für die Organisation des Gesundheitswesens in seiner Gesamtheit zuständig ist, dann kann dies nur bedeuten, dass das Gesundheitswesen ideologiefrei eine integrierte Versorgung aller Patientinnen und Patienten mit den verschiedenen therapeutischen Angeboten organisieren muss. Dies betrifft die Aufnahme komplementärer Behandlungsmethoden und Medikamente in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Wünschbar wäre auch die Integration komplementärer Angebote in die Krankenhausversorgung.

Öffentlich finanzierte Forschungsförderung

Daraus lässt sich dann ableiten, dass die Forschungsförderung nicht nach ideologischen Kriterien zu erfolgen hat. Medikamente, die aus öffentlich finanzierter Forschung entstanden sind, dürfen nicht patentiert und privatwirtschaftlich vermarktet werden. Preisgestaltung und Verteilung, vor allem bei Impfstoffen, müssen nach sozialen Kriterien erfolgen.

Pandemien auf europäischer Ebene bekämpfen

Eine Pandemie in Europa sollte nicht als nationale, sondern als europäische Krise angesehen werden. Regionale Hotspots sollten im Sinne einer europäischen Solidarität nach allen Regeln der verfolgenden Epidemiekunst quarantänisiert und von außen mit allem Lebensnotwendigen sowie mit Medikamenten und Schutzausrüstungen versorgt werden. Nationalen Lockdowns und Grenzsicherungen sind unnötig.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsbehörden auf europäischer Ebene im Epidemiefall sollte verstärkt in Angriff genommen werden. Hierzu gehören u.a.: gemeinsame Medikamentenbeschaffung, integrierte Lagerhaltung, nach gemeinsamen Kriterien aufbereitete Statistiken usw.

WHO reformieren

Die Wiederbelebung ambientistischer Handlungsansätze in den 1970er Jahren hatte zu einem geänderten Gesundheitsbegriff in der WHO geführt: Mit der Alma-Ata-Deklaration 1978 erklärte die WHO eine angemessene Gesundheitsversorgung zum Menschenrecht, und in der Ottawa-Charta 1986 gab sie sich das Leitbild der weltweiten integrativen Gesundheitsförderung durch Prävention, Aufklärung, Beratung und andere Schritte zur Patientenmündigkeit. Ralf Oberndörfer kommentiert: „*Damit wurde die WHO politischer.*“ Es ging vermehrt um strukturelle Veränderungen, denn das Gesundheitsniveau einer Gesellschaft und ihre Resilienz gegen Infektionskrankheiten basiert unter anderem auch auf Umweltschutz, arbeitsrechtlichen Garantien und staatlicher Infrastruktur.²⁸

Auf Betreiben der Clinton-Administration wurden 1993 die Pflichtbeiträge der WHO-Mitgliedstaaten nicht mehr regelmäßig an das BIP angepasst,

²⁸ Ralf Oberndörfer, „Unterfinanziert in der Pandemie“, ITO 7.4.2020, <https://www.ito.de/recht/feuilleton/f/who-geburtstag-verfassungsgesundheit-definition-krankheit/>

sondern eingefroren. Das führte zu massiver Unterfinanzierung. *„Während in den 1970er Jahren noch etwa 80 Prozent des WHO-Haushaltes aus den Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten finanziert wurden und freiwillige Zuwendungen lediglich 20 Prozent ausmachten, hat sich heute dieses Verhältnis in etwa umgekehrt.“*²⁹

Dies hat langfristige Konsequenzen für die Fähigkeit der WHO ihre Ziele umzusetzen. *„Ein Großteil der freiwillig geleisteten Beiträge ist zweckgebunden oder an bestimmte Tätigkeitsfelder der WHO geknüpft, sodass die WHO in diesen Fällen über die Verwendung ihrer Mittel nur eingeschränkt entscheiden kann. Dies führt teilweise dazu, dass weniger Mittel für langfristig angelegte Projekte wie etwa die Unterstützung von nationalen Gesundheitssystemen zur Verfügung stehen, wohingegen bestimmte, für Geber augenscheinlich attraktivere, Programme regelmäßig gut finanziert sind.“*³⁰

Dies gilt in ähnlicher Form übrigens für die FAO und UNICEF. Sie seien komplett abhängig von milden Gaben, urteilte der kritische Gesundheitsaktivist Amit Sengupta. *„Wenn Bill Gates morgen sagt: Ich habe kein Interesse mehr an Gesundheit, ich investiere mein ganzes Geld in Erziehungsfragen zum Beispiel, wäre die WHO am Ende. Er könnte es machen. Niemand könnte ihn daran hindern.“*³¹

Die WHO ist in dem Dilemma, dass sie, um an Spendengelder zu kommen, den privaten Investoren ein Stück weit entgegenkommen muss. Das Risiko ist ihr bewusst. So verabschiedete die Gesundheitsversammlung 2016 ein „Rahmenwerk für das Engagement mit nicht-staatlichen Akteuren“, um für mehr Transparenz und Kontrolle zu sorgen.³²

Wenn das Problem der politisch gewollten Unterfinanzierung aber nicht gelöst wird, werden solche Transparenzverpflichtungen nichts helfen. Profitorientierte Akteure werden dann immer stärkeren Einfluss auf die Maßnahmen der WHO erlangen. Hier liegt ein wichtiges Aktionsfeld für die Zivilgesellschaft vor allem für die Zeit nach der Corona-Krise. Das, was in der WHO diskutiert und beschlossen wird, hat definitiv eine Auswirkung auf die nationalen Gesundheitssysteme, wie wir jetzt lernen konnten.

Anzustreben ist eine gesicherte öffentliche Finanzierung der WHO. Sicherzustellen ist, dass die Empfehlungen der WHO auf breiter fachwissenschaftlicher Basis und unter Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen. Der Einfluss mächtiger privatwirtschaftlich

orientierter Organisationen sollte stärker begrenzt werden.³³

Dass wir es in Zukunft mit sehr unberechenbaren Zoonosen zu tun bekommen können, wird von vielen Biologen und Virologen schon seit längerem angekündigt und mit unserer Industriekultur und insbesondere mit der Massentierhaltung in Zusammenhang gebracht. Auch wenn der Kampf gegen Massentierhaltung jetzt auf die Tagesordnung gebracht werden muss, wird das kurzfristig keine Entlastung im Bereich der Zoonosen bringen. Es wäre hochwillkommen, wenn sich nicht nur Leute wie Bill Gates mit dem Problem befassen würden, wie wir als Gesellschaft mit diesen Zoonosen umgehen können.

Die Debatten um Pandemie-Planungen müssen deshalb raus aus den Hinterzimmern der WHO und in der Öffentlichkeit unter breiter Beteiligung von Experten aller relevanten Fachrichtungen geführt werden. Die Pandemie-Richtlinien der WHO dienen weltweit als Muster für nationale Regelungen. Es besteht die Gefahr, dass hierüber Impfstoffe als die einzige Lösung festgeschrieben werden. Es braucht gleichermaßen eine bessere Vorsorge, wie z.B. das Einlagern von Ausrüstung und Medikamenten, und eine umfassende weltweite Präventionsstrategie gegen Pandemien wie z.B. die weltweite Ächtung der Massentierhaltung oder das Verbot des Wildtierhandels.

Dazu gehört aber auch die langfristige Verbesserung der Immunstabilität der Bevölkerung durch den Kampf gegen Armut, Entstressung der sozialen Verhältnisse und die Integration und Wertschätzung traditioneller und alternativer Heilverfahren in den Gesundheitssystemen.

Dipl.-Ing. Stefan Padberg (Wuppertal)

* 31. Oktober 1959 in Neuenburg. In den 1970er und 1980er Jahren politisches Engagement in Freiburg/Brsg. im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung und anderer sog. Basisbewegungen. In Hamburg Studium der Nachrichten-, Regelungs- und Informationstechnik 1982-87, Entwicklungsingenieur in der Schiffsanlagenautomatisierung. Berufliche Umorientierung, in Wuppertal Ausbildung zum Sozialtherapeuten und Arbeit in der psychiatrischen Nachsorge 1993-2012. Waldorfpädagogische Zusatzqualifikation und Informatikunterricht 2002-2007. Freiberuflicher Internetprogrammierer seit 2012. - Seit 1998 tätig für Mehr Demokratie e.V., Moderator des AK Europa und Welt. Seit 2019 Redakteur der Zeitschrift „Sozialimpulse“ und engagiert im Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, seit 2020 Co-Geschäftsführer des Instituts. Kontakt: stefan.padberg@sozialimpulse.de

29 Deutscher Bundestag, Sachstand Weltgesundheitsorganisation, 14.3.2019, <https://www.bundestag.de/resource/blob/645812/e382539acdd205358b958cb7a9e8ba53/WD-2-013-19-pdf-data.pdf> 30 a.a.O.

31 Thomas Kruchem, „Das Dilemma der WHO“, Deutschlandfunk Kultur 16.5.2017, https://www.deutschlandfunkkultur.de/weltgesundheitsorganisation-am-bettelstab-das-dilemma-der.976.de.html?dram:article_id=385853

32 Karolin Seitz, „FENSA – a fence against undue corporate influence?“, in: Miseror et al. (Hrsg.), Briefing, September 2016, S. 1, abrufbar unter: https://www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0916_FENSA.pdf

33 Ein Wort zur Bill & Melinda Gates-Stiftung: Für Bill Gates ist die Bedrohung durch eine tödliche Virenepidemie ähnlich der Spanischen Grippe 1918 gegenwärtig die größte Bedrohung der Menschheit, größer noch als die atomare Gefahr und der Klimawandel. Er hat deshalb schon sehr früh angefangen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Dies umfassend zu bewerten, ist hier nicht der Ort. Er ist mit Sicherheit nicht der Dämon, als der er oft dargestellt wird. Mit seiner Stiftung hat er nicht nur Schlechtes bewirkt. Seine Sichtweise ist technikzentriert und investorenorientiert. Das ist hochproblematisch, damit steht er aber nicht alleine. Vgl. „Bill Gates – ein moderner Prophet“, in Info3 05/2020 oder Barbara Unmüßig, „Wohlwollende Alleinherrscher?“, 20.11.2017, <https://www.boell.de/de/2017/11/20/milliardaere-bestimmen-globale-agenda>

Corona – der Beginn des Degrowth?¹

André Bleicher

Die Corona-Krise erweist sich als eine schwerwiegende Wirtschaftskrise und als eine Krise, die nicht auf eine ökonomische Ursache zurückzuführen ist, sondern auf einen exogenen Schock. Das Virus erfordert einschneidende Maßnahmen – es geht um Leben und Tod – die in ökonomischen Kategorien normalerweise nicht fassbar sind. Wir haben es mit gesellschaftlichen und ökonomischen Verschiebungen zu tun. Um welche Prozesse geht es?

- Das Aussetzen von Produktion und Wertschöpfung aufgrund von Verboten oder mittels politischer Regulation zwecks Eindämmung der Pandemie.
- Die Reduktion des Konsums: Ausgehverbote und Ladenschließungen schränken Einkaufszeiten und -volumina ein. Selbst elektronisch getätigte Einkäufe werden aufgrund von Kapazitätsgrenzen zumindest gestört.
- Home office: Unternehmen restrukturieren sich im laufenden Betrieb, der klassische Tagesablauf eines Angestellten / Arbeiters gerät in Unordnung, Management und Organisation müssen sich neuen Gegebenheiten anpassen.
- Die Globalisierung – Errungenschaft der letzten 70 Jahre – ist radikal eingebrochen; Unternehmen werden sich, was die Ausgestaltung ihrer Wertschöpfungsketten betrifft, umstellen und versuchen, den Produktionsablauf mit mehr Resilienz zu versehen.
- Die Freizeitkultur (Restaurants, Kneipen, Clubs, Events, Sportveranstaltungen etc.) ist stillgelegt, der Feierabend, das Wochenende sind sozial ‚ausgetrocknet‘.
- Sämtliche Kulturangebote werden ausgesetzt, die Sendeanstalten greifen auf Konserven zurück, da auch Neuproduktionen nicht mehr möglich erscheinen.
- Das Ende des Tourismus steht gleichsam als Menetekel an die Wand geschrieben – Reisen, Flüge, Hotels, Airbnb, all diese Angebote stehen auf absehbare Zeit nicht zur Verfügung.
- Autokäufe brechen ein, denn wer sich nicht bewegen kann, denkt nicht über neue Statussymbole nach, die dann in der Garage geparkt werden müssen.

Abstrahiert man von den einzelnen Prozessen, so zeigen sich vier große Tendenzen:

(1) Mobilität bleibt nachhaltig beschränkt und zwar auf allen Ebenen: International werden die Flüge gestrichen und regulieren Einreiseverbote den persönlichen Austausch zwischen Ländern und Kontinenten. National wird der Reiseverkehr durch Einschränkung der benötigten Infrastrukturen (Hotels) auf ein Minimum reduziert und lokal beschränken funktionale Äquivalente, die gleichsam wie Ausgehverbote wirken, die üblichen Interaktionen. Das öffentliche Leben verschiebt sich aus den realen Räumen in die Virtualität (Social Media und TV).

(2) Gesellschaftlich hat sich eine Halbierung der Arbeit entwickelt, viele Unternehmen, ja Branchen, sind vorläufig geschlossen. Neu entdeckt wird die Bedeutung der Daseinsvorsorge: Krankenhäuser, Lebensmittel, Polizei, Feuerwehr und Altenpfleger arbeiten an der Grenze der Belastungsfähigkeit, gleichsam im Dienst an der Gesellschaft.

(3) Das Wachstum – ohnehin schon stagnierend – ist einstweilen beendet, die Ökonomie schrumpft, Szenarien rechnen mit Einbrüchen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im hohen einstelligen Bereich. Bei einem BIP von 3,44 Billionen Euro in 2019 kann jeder ermesen, was der Verzicht auf nur ein Prozent Wirtschaftsleistung bedeutet.

(4) Die Emissionsbilanzen – im Zuge der Klimakrise ins Bewusstsein gerückt – verändern sich zum Positiven.

Im Grunde schlittert die Welt in einen Zustand hinein, welchen die kapitalismuskritischen Vertreter der Postwachstumstheorie in den Diskussionen der letzten beiden Jahrzehnte als Alternative vorgeschlagen haben: Degrowth, Décroissance oder Postwachstum ereignet sich ungeplant und vollkommen überraschend, mit einer Vielzahl von Aspekten: Beendigung des globalen Kapitalismus mit seinem aggressiven Wettbewerb, Verschiebungen in der Konsumkultur (weniger kaufen, Grundnahrungsmittel höher bewerten), Eindämmung der globalen Tourismusschwemme, klimatologische Erholung durch Verzicht auf Flüge und Autoverkehr. Aber, wohlgeachtet, dieses Corona-Postwachstum hat seinen Preis, der mit Insolvenzen, Arbeitslosen und mit einem damit einhergehenden sinkenden Wohlfahrtslevel zu entrichten sein wird. Und, Postwachstum ist schlagartig eingetreten, by disaster, not by design, wie es sich die Vertreter des Konzeptes eigentlich wünschen. Postwachstum ist aber im Falle Corona nicht das Ergebnis eines geänderten Bewusstseins, sondern einfach das Ergebnis starker antiepidemischer Maßnahmen. Die Einsicht dafür kommt nicht aus der Reflektion der Wachstumsfolgen, sondern aus der Furcht vor hohen Sterberaten.

Unabhängig davon, ob man den Postwachstumsvorstellungen anhängt oder diese eher skeptisch sieht, die Welt ist unverhofft in ein Großexperiment eingetreten mit der Fragestellung, welche Veränderungen Gesellschaften ertragen können. Veränderungen, die ohne den Virus-Schock nicht denkbar gewesen wären. Zu beantworten bleibt die bedeutsame Frage, was davon post coronam erhalten bleibt. Begrifflich könnte dieses Experiment

¹ Ein Vorabdruck dieses Textes Ende April entstandenen Textes erschien bei NNA News for Civil Society (<http://www.nna-news.org/de>)

dergestalt beschrieben werden, dass sich jenseits aller materiellen Maximierung eine ‚Ökonomie der Sorge‘ entfaltet, die das Leben in der Gesellschaft, die Formen des Sozialen, der Geselligkeit, und die Nachfrage nach Gütern aus der Angst vor dem Tod in eine Form extremer Vorsicht presst. Eines steht allen klar vor Augen: Die Gesundheitssysteme müssen erheblich saniert und reorganisiert (aus der Privatisierung erlöst) werden. Des Weiteren wird deutlich: Die Digitalisierung wird einen großen Sprung machen, wenn man bedenkt, dass Institutionen und Unternehmen sich auf home working einstellen, dass Schulen, Behörden und Hochschulen künftig viel stärker digital arbeiten werden. Wie weit das home working, mit seiner relativen Autonomie, die Hierarchien und Organisationen der Unternehmen nachhaltig wandeln wird, bleibt genauso zu beobachten wie die neuen Verknüpfungen globaler Wertschöpfungsketten und ein ganz anderer Umgang mit Rohstoffen.

Ob wir später noch so viel fliegen müssen (weil die digitalen Konferenzen einfacher sind), ob der Tourismus wieder die alten Massendimensionen einnehmen wird, ob wir die Freiheiten, die wir im globalen Verkehr hatten, aufrechterhalten, ob die Finanzmärkte wieder eine dominante Dimension einnehmen dürfen – alles offene Fragen, aber mit Sicherheit werden Spuren der Postwachstumsphase, die wir gerade durchlaufen, erhalten bleiben und eine andere Gesellschaft und Wirtschaft ausbilden. In welchem Maße sich das ereignen wird, ist einstweilen nicht abzusehen. Es wird auch davon abhängen, wie weit der Stress in der Gesellschaft anwachsen wird, inwieweit Insolvenzen und Arbeitslosigkeiten politische Phänomene hervorbringen, über die man eigentlich gar nicht genau nachdenken möchte. Denn Krisenmanagement kann ja auch schiefgehen, weil es selber experimentell und erfahrungslos sein muss.

Corona-Krise und Hochschule – am Beispiel Biberach

Zu der offenen Situation passt es gut, dass die Hochschule Biberach² sich seit geraumer Zeit mit dem Thema Bioökonomie befasst, in dem Sinne, dass an das Konzept zwei Hoffnungen geknüpft sind. Erstens die Hoffnung, dass dieses Konzept es ermöglicht, die globale Ökonomie auf einem moderaten Wachstumspfad zu halten und zweitens, dass Bioökonomie die Option eröffnet, gleichzeitig wichtige ökologische Ziele zu erreichen. Kurz gefasst, es geht also darum, den fossil basierten Kapitalismus in einem Transformationsprozess in einen nachhaltig organisierten Kapitalismus zu verwandeln. In diesem Zusammenhang entwickelt die Hochschule – obwohl die krisenbedingte Umstellung der Lehre auf digitale Formate eine erhebliche Konzentration auf diese Aufgabe erfordert – einen Studiengang mit dem Arbeitstitel industrielle Bioökonomie, in enger Kooperation mit der Universität Ulm, und versucht gleichzeitig, das Thema auch in der Bauwirtschaft, einer Kernkompetenz der HBC, zu platzieren. Unter

anderem auf dem Wege, dass gegenwärtig wettbewerblich die Finanzierung eines bioökonomischen Forschungsbaus für den Hochschulcampus erkämpft wird. Die Ankündigung der HBC, sich als Transferhochschule zu verstehen, steht vor dem Hintergrund der Corona-Krise vor einer Bewährungsprobe. ■

André Bleicher,

geb. 13. November 1963 in Hannover; Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie, Gründungsmitglied des Lorenz Oken Instituts, Herrischried, und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart, Tätigkeit als Organisations- und Kooperationsentwickler in Netzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BTU Cottbus und der Universität Leipzig, Gastprofessor für Comparative Institutionalism an der Universität Lumière II Lyon, Professor für Business Development and Economics an der FH Salzburg, seit 2012 an der Hochschule Biberach, Lehrgebiete: Unternehmensführung und Organisation, seit 2017 Rektor.

² Der Verfasser ist Rektor der Hochschule, vgl. die Autorennotiz.

Tauschwirtschaft – Geldwirtschaft – Fähigkeitswirtschaft

Hans-Florian Hoyer

Versucht man, die Entwicklung des Wirtschaftens der Menschen so zu beschreiben, dass seine organisierende, schöpferische Gestaltung darin deutlich wird, liegt es nahe, dies mit einer Reihung von charakterisierenden Begriffen zusammenzufassen. In der Reihung „Tauschwirtschaft – Geldwirtschaft – Kreditwirtschaft“ wird das jeweils neu Hinzukommende aufgeführt, ohne zu behaupten, das Alte sei damit verschwunden.¹

Die alten Arten zu wirtschaften bleiben bestehen, werden aber von den neuen überflügelt. Ein Blick auf die letzten 5000 Jahre macht deutlich, dass wir in Keilschrifttexten schon von Kreditverträgen, Zinsen und Zinseszinsen oder Schuldverschreibungen auf den Inhaber lesen können.² Es vergeht aber noch viel Zeit, bis sie die heutige Bedeutung erreichen.

Rudolf Steiner charakterisiert den Dreischritt im Nationalökonomischen Kurs etwas anders: „Es hat sich unsere Volkswirtschaftswissenschaft so entwickelt, dass sie nicht mitgemacht hat in ihren Anschauungen dasjenige, was sich vollzogen hat **von der Tauschwirtschaft zu der Geldwirtschaft und zu der Fähigkeitswirtschaft**. Sie bandelt in ihren Begriffen immer noch herum in der Tauschwirtschaft und betrachtet immer das Geld noch so, als ob es nur eine Art von Stellvertreter wäre für den Tausch.“³

In der Dreigliederungszeit hatte er zum Verständnis des Geldes gesagt: „Das Geld verkennt man eben heute vollständig. Geld begreift man nur dann, wenn man es fassen kann als den vollen Gegensatz zu der alten Naturalwirtschaft.“⁴

Von einem Wertetausch kann heute bei einem Kaufvorgang nicht mehr die Rede sein. Die Münze mit eigenem Materialwert ist nicht mehr im Umlauf. Die Scheine mit Recht auf einen Bezug von Gold sind Geschichte. Die Buchforderungen auf Zentralbankgeld werden am Geldautomaten mit der Ausgabe

von Scheinen erfüllt. Haben wir die Tauschwirtschaft nicht schon längst verlassen?

Das gegenwärtige gemischte System

Der Kern des Wirtschaftens ist immer noch das Arbeiten zur Deckung von materiellen Lebensbedürfnissen durch Produktion und Handel. Die nötigen Güter sind dem Wert nach überflügelt von den weiteren Produkten und den Diensten, die die arbeitsteilige Gesellschaft bereitstellt. Auch die Nutzungsrechte für Infrastrukturen gehören dazu. In den nördlichen Dienstleistungsgesellschaften leben die Menschen real als fremdversorgte Fremdversorger. Die Teilhabe an der Versorgung ist durch „Geld“ geregelt. Beim Geld sind wir daran gewöhnt worden, uns als Selbstversorger anzusehen.

Wir stehen heute einem sehr diversen Angebot von Zahlungsmitteln gegenüber. Materiell wertloses Bargeld ohne Deckung durch oder Bezug auf einen bestehenden materiellen Wert (Fiat-Money) leistet zusammen mit geschriebenen Informationen in Büchern oder Datenbanken die Funktion, den Eigentumsübergang von Commodities⁵ zu ermöglichen. Eigentumsübergänge bringen in Wertschöpfungsketten die Güter zum End-Verbraucher, der einen Preis zahlt. Entlang dieser Ketten läuft der Preis in der Gegenrichtung. Letztlich wird er Einkommen oder Ertrag bei Händlern, Produzenten, Unternehmern und Geldgebern.

Dabei ist „Geld“ als gesetzliches Zahlungsmittel für den Bürger nur als Bargeld verfügbar. Auf den Konten von Banken werden seine Ansprüche auf gesetzliche Zahlungsmittel verwaltet. Die gesetzlichen Zahlungsmittel werden von der Zentralbank in Umlauf gebracht. Geschäftsbanken erzeugen Buchgeld. In den Verkehrsgewohnheiten ist Buchgeld dem Bargeld gleichgestellt. Sichtguthaben werden von den Geschäftsbanken bei der Kreditvergabe, beim Zahlen der Gehälter, beim Kauf eines Wirtschaftsgutes bei einer Nichtbank eingeräumt. Wegen der Gleichstellung mit Bargeld im Verkehr wird dies als „Geldschöpfung“ bezeichnet. Es ist aber letztlich eine Kreditaufnahme der Bank beim Kunden, ohne dass dieser das so auffasst. In der Bankbilanz werden die Sichtguthaben folgerichtig als Verbindlichkeit geführt. Nach dem Bürgerliches Gesetzbuch fallen sie unter § 700, die unregelmäßige Verwahrung.⁶

Wie ist es dazu gekommen?

Während der Natural-Tauschwirtschaft von weitgehend selbstversorgenden Akteuren wurde Geld eingesetzt als Zwischenware zum Tausch vorhandener Produkte zwischen zwei Menschen. Heute, in durch

¹ Bruno Hildebrand: Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft und Creditwirtschaft. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1864

„Diese drei Wirtschaftsstufen sind nun allerdings nicht streng chronologisch von einander geschieden, sondern entwickeln sich durch allmähliche Übergänge auseinander. Es geht mit ihnen wie mit allen grossen historischen Ideen. Während die eine im Absterben begriffen ist, beginnt die folgende bereits in immer grösseren Kreisen Macht zu gewinnen. Jede bildet einen Gegensatz zur vorhergehenden und die vollständige Verwirklichung derselben ist das Resultat eines geschichtlichen Kampfes, in welchem das Alte allmählich von dem Neuen besiegt wird.“

² David Graeber: Schulden: Die ersten 5000 Jahre. Deutsche Ausgabe 2012

³ Achter Vortrag in GA 340

⁴ Proletarische Forderungen und deren künftige praktische Verwirklichung. Öffentlicher Vortrag in Basel, 2. April 1919 in GA 329

⁵ Neben Gütern sind damit auch immer Dienstleistungen und das Recht zur Nutzung von Infrastrukturen gemeint.

⁶ § 700 (1) Werden vertretbare Sachen in der Art hinterlegt, dass das Eigentum auf den Verwahrer übergehen und dieser verpflichtet sein soll, Sachen von gleicher Art, Güte und Menge zurückzugewähren, so finden bei Geld die Vorschriften über den Darlehensvertrag [...] Anwendung

und durch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften, ist es ein Organisationsmittel der Teilhabe des Einzelnen am zukünftigen Ergebnis der Fähigkeiten der anderen, wird aber immer noch im Tauschmodus verwendet.

Die folgenden Momentaufnahmen in der Geschichte sollen darstellen, wie die gemeinsame Entwicklung von Zivilisation, Wirtschaft und Geld sich gegenseitig gefördert haben. Nach Lösungen für Handelshemmnisse ergaben sich neue Schwierigkeiten mit wiederum neuen Lösungen. Die Lösungen gehen teilweise schon über die Tauschwirtschaft hinaus ohne dass bereits von deren Überwindung gesprochen werden kann.

Um die Zeitwende

Münzen sind als Zwischenwaren mit eigenem Tauschwert in Gebrauch. Der Tempel war kein sicherer Verwahrort mehr, die Geldwechsler wurden aus dem Tempel geworfen. Somit trat die Notwendigkeit ein, die Lagerung der wertvollen Münzen in sicheres fremdes Haus, etwa das des Geldwechslers, zu verlegen. Der Bequemlichkeit des individuellen Zugriffs auf die Einlage wurde durch das Umschreiben des Geldinventars im Buch des Verwahrers Rechnung getragen. Dabei verzichtete der Einleger auf die Rückgabe derselben Münzen, die er eingelegt hatte.

Handel und Produktion vor Ort und über Land sowie über See blühten durch die Münzen auf, aber auch betrügerischen Menschen kam das neue Mittel entgegen.

Im ptolemäischen Ägypten war das Umschreiben von Lagerbeständen in verschiedenen Städten das Mittel, die Zwischenware Korn transportlos zu übertragen⁷. Diese Verkehrsgewohnheit wurde auf die neue Zwischenware übertragen. Korngiro und Münzgiro existierten nebeneinander.

Nach den Kreuzzügen

Die Stadt Venedig hatte während der Kreuzzüge reichlich Erfahrungen im Transfer von Geld gesammelt. Schriftliche Verfügungen in die Ferne kamen zum Giralverkehr vor Ort dazu.

Senator Tomaso Contarini schreibt⁸ 1584: *„Es sind für verkaufte Waren soviel Zahlungen zu machen, dass, wenn man die Münzen von der einen Seite auszahlen, von der anderen annehmen wollte, der größte Teil der Handelsgeschäfte unmöglich wäre.“* Mit Hilfe der Bank bewege sich die Feder über die Bücher und mache alles möglich.

Die Wechsler hatten sich in Venedig zu Beginn des 14. Jhdts. zu „*bancherii scriptae*“ entwickelt, die auch das Depotgeschäft betrieben. Dazu mussten

sie 5.000 Lire Bürgschaft stellen. Die Bücher der Bank hatten Urkundencharakter.

Nur Lyon und Antwerpen waren vergleichbar mit Venedig. In Lyon hatten zwei Personen die Aufgabe, die Bücher aller Handelsherren zu untersuchen, um soviel wie möglich zu kompensieren. In Antwerpen wurde anscheinend das Instrument der Delegation gepflegt, bis sich jemand fand, der bar bezahlte.

Durch die Duldung des Gebrauchs der eingelegten Münzen durch den Verwahrer wird dem chronischen Geldmangel in der Wirtschaft etwas abgeholfen und die Einleger erhalten einen Teil des Ertrags, die Zinsspanne.

Die Umschreibungen in den Büchern wurden so vorgenommen, als ob alle Münzen im Tresor wären. Durch die Verwendung war das aber nicht der Fall. Damit war das Prinzip „Fractional Reserve“ eingeführt. Die Liquidität der Einleger war gegeben, solange der Verwahrer selbst ihnen gegenüber liquide blieb. Das bezog sich nur auf die Auszahlungen. Die Umschreibungen konnten im rechnerischen Rahmen der Zahlen vorgenommen werden.

Der Schritt vom Zählen zum Rechnen wurde später gebührend gelobt:

„Durch dieses Preißwürdige Inventum seynd alle diejenige / die Rechnung in Banco haben / des verdrießlichen Geld=Zehlens in Einnehmen und Auszahlen überhoben / sie dürfen keine Finger desfalls schwarz machen / keine kostbare Diener oder Cassierer halten / auch sich nicht besorgen / daß sie sich im Auszahlen verzehlen / oder im Einnehmen zu wenig empfangen / oder gar mit falschem Geld betrogen werden.“⁹

Am Ende der großen Handelsmessen

Neben dem Zugriff auf die Kasse im fremden Hause, musste der Zugriff im fremden Lande ermöglicht werden. Zu den Messen in der Champagne trafen sich Kaufleute aus Nord-, Mittel- und Südeuropa. Die Geldwechsler zogen als ambulante Banken von Messe zu Messe mit. Das Transportrisiko wurde klein gehalten, indem Forderungen überörtlich verbrieft und dann verrechnet wurden. Der Handels-Wechsel entwickelte sich mit den Messen, genauso wie die betrügerische Wechselreiterei und Kellerwechsel. Die Durchsetzbarkeit der Forderungen wurde in den Messeordnungen und später im weitgehend europäisch harmonisierten Wechselrecht gesichert. Der Wechsel wurde auch zum Mittel gemacht, das Zinsverbot der Kirche zu umgehen. Die zu einer Messe anwesenden Kaufleute rechneten als Gemeinschaft am Ende der Messe miteinander ab, indem sie sich die Bücher offenlegten und nach Möglichkeiten suchten, durch Kompensation und Skontration die Restzahlungen in bar möglichst klein zu halten. Das nannte sich „Zahlen mit geschlossenem Beutel“. Dabei war die Kompensation als Mittel

⁷ Friedrich Preisigke: Girowesen im griechischen Ägypten. Enthaltend Korngiro, Geldgiro, Girobanknotariat mit Einschluss des Archivwesens.

⁸ E. Nasse: Das venetianische Bankwesen im 14., 15. und 16. Jahrhundert. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 1879

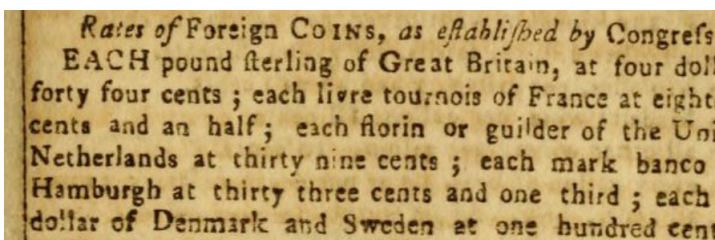
⁹ Paul Jacob Marperger: Beschreibung der Banquen. Halle und Leipzig 1717

der Gegenseitigkeit zwischen Zweien noch dem Tausch verwandt. Mit der Skontration aber tritt ein Mittel auf, die Verbindlichkeiten einer Personengesamtheit durch den Blick auf das ganze Netz der Verbindungen zu lösen. Diese Technik lebte später im Clearing-House London wieder auf.

Die großen Wechselbanken

Das Wachsen von Bevölkerung, Handel und Industrie brachten es mit sich, dass sich Händler und Produzenten nicht mehr persönlich kannten. Die Münzverhältnisse bargen erhebliche Risiken aus dem Wechselkurs, dem Gewichtsverlust durch Abnutzung und der Ummünzung durch die Fürsten. Die zentralen Handelsstädte Amsterdam und Hamburg richteten städtische Banken ein, die eine interne Recheneinheit aus dem reinen Metallgehalt der Einlage in Barren oder Münzen konstruierten. Die Verwendung der Depositen war ihnen verboten. Man könnte die Hamburger Mark Banco oder den Amsterdamer Gulden als Vollgeld bezeichnen.

Mit ihnen konnte weltweit gerechnet werden, wie dieser Almanach¹⁰ aus Boston zeigt:



Adam Smith schildert¹¹ die Geschäftsbedingungen der Amsterdamer Bank 1776 ausführlich und äußert sich (als es erwiesenermaßen¹² noch stimmte) skeptisch dazu: „Indessen steht in Amsterdam kein Glaubensartikel so fest, als dass für jeden als Bankgeld umlaufenden Gulden, sich ein demselben gleichsam entsprechender Gulden in Golde oder Silber, in dem Schatze der Bank befinde.“ Mit der heimlichen Vergabe von blanko Darlehen an die Niederländische Ostindien-Kompanie besiegelte sie aber später selbst ihr Schicksal und wurde 1820 geschlossen.

Die Hamburger Bank bekam in der Nacht vom 4. auf den 5. November 1813 französischen Besuch. Napoleons Marschall Davoust nahm 6.209.655 Mark mit. Bei dieser Gelegenheit wurde festgestellt, dass in den Kellern mehr Geld lagerte, als in den Büchern verzeichnet.¹³ Sie bestand weiter bis 1875 und wurde von der Reichsbank zur Girozentrale gemacht. Die Vorzüge der Bank wurden 1851 so beschrieben: „Das eingelieferte edle Metall liegt in der Bank sicher verwahrt, ohne Abnutzung zu erleiden, u. wird nach vernünftigen Grundsätzen verwaltet; frei-

lich bringt dasselbe aber auch keine Zinsen ein, was indessen ebenso wenig als ein Verlust zu betrachten ist, wie das gleiche Lagern einer Geldsumme in der eigenen Kasse, während dort noch die große Sicherheit einen Vorzug mehr gewährt, und der Grundsatz, von allen Speculationen entfernt zu bleiben, auch vor Schwankungen und Schwindeleien schützt.“¹⁴

Eine Geldwende 1810?

In den Wechselbanken kumuliert gewissermaßen die bis dahin stattgefundene Entwicklung des Bankwesens, das dem Handel, dem Handwerk und der aufkommenden Industrie verpflichtet war. Rudolf Steiner weist auf eine Wende in der Zeit um das Jahr 1810:

„Es hat so den Anschein, weil wir seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, seit 1810 etwa, eine besondere Wirtschaftsmetamorphose dadurch haben, dass das Geld, also der Geldverkehr und das Geldleihen und der damit im Zusammenhang stehende Kredit, zum wirtschaftliche Herrschenden wurde, während früher, also vor dem Jahre 1810, in Wirklichkeit das wirtschaftliche Leben in Bezug auf seine Produktion das Herrschende war.“¹⁵

Die sichere Aufbewahrung für den Einzelnen war mit dem Depot zur Nutzung zur Nebensache geworden, die gesellschaftlichen Aufgaben der Banken traten in den Vordergrund, wie Zahlungsverkehr und Kreditvergabe sowie zunehmend auch die private Spekulation an der Börse.

Geldpapier und Papiergeld

Der Schwerpunkt des Welthandels war nach London¹⁶ gewandert. Der gesamte Geldverkehr des Landes konzentrierte sich dort auf der Lombard Street. Die Banken übernahmen mit dem Inkasso mehr Service für ihre Kunden. Das Notenmonopol der privaten Bank von England, einer Joint Stock Bank,¹⁷ umging die Konkurrenz durch Ausgabe von Scheckbüchern, was Herr Peel in seinem Bank Act von 1844 vergessen hatte zu regulieren. Es bürgerte sich ein, mit Scheck zu zahlen. Die Bank sorgte dann dafür, dass in derselben Bank umgeschrieben, oder von einer anderen Bank klingende Münze eingeholt wurde. Der Erfolg dieses Geschäftsmodells führte zu einem Anwachsen des Geldtransports in der City. Der Legende nach trafen sich die „walking clerks“ zur Abkürzung des Verfahrens im Hinterzimmer

10 A pocket almanack, for the year 1790, Boston, Massachusetts <https://archive.org/details/pocketalmanackfo1790amer/page/41>

11 An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Buch IV, Kapitel 3 Deutsch 1799.

12 J. G. van Dillen (Hrsg.): History of the Principal Public Banks, London 1934, p 109

13 Heinrich Sieveking: Die Hamburger Bank 1619-1875. in: Festschrift der Hamburgischen Universität. 1933

14 Friedrich Eduard Noback und Christian Noback: Vollständiges Taschenbuch der Münz-, Maß- und Gewichts-Verhältnisse, der Staatspapiere, des Wechsels- und Bankwesens und der Usanzen aller Länder und Handelsplätze. Leipzig 1851 Permalink: <http://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb10710466-2>

15 Rudolf Steiner, Dornach, 13. September 1920. Wirtschaftliche Konjunkturen und Krisen GA337b, Achter Diskussionsabend

16 Ein ungeheurer Vorteil, der für das kleinstaatlich zersplitterte Deutschland noch undenkbar war.

17 Die Liste der Aktionäre umfasst 1.520 Namen mit Beiträgen von 25£ bis 10.000£

einer Kneipe und konsolidierten die gegenseitigen Forderungen. Nach anfänglicher Skepsis konnten die Bankdirektoren nicht anders, als das Verfahren in geordnete Bahnen zu lenken. 1775 mieteten sie einen Raum zum Clearing, dem 1833 ein eigenes unscheinbares Gebäude folgte. Die Effizienz des Verfahrens sorgte für eine Ausbreitung der Clearinghäuser in den Ländern, die Scheckverkehr hatten.

Mit einem minimalen Bruchteil von Reserven wurden täglich Transfers in Millionenhöhe abgewickelt. Als die Bank von England Mitglied des Clearing-Houses wurde und diesem ein Konto einräumte, war das Aufrechnen vollends durch Schreiben erledigt.

Goldtransport zwischen Nationen

Die Banken eines Währungsraumes hatten den Metalltransport untereinander eliminiert. Im internationalen Verkehr verlangte die „Deckung“ der bargeldlosen Zahlungsmittel durch Edelmetall den Ausgleich von Export und Import durch Metalltransport. Die „Clearing Union“ von Keynes scheiterte an der Verhandlungsmacht der neuen führenden Handelsnation. Der goldgedeckte Dollar wurde in Bretton Woods eingesetzt, seine Deckung aber 1971 von Richard Nixon aufgekündigt. Als letztes Land verabschiedete sich die Schweiz 1998 vom Goldstandard.

Von Zahlungsverprechen (IOU) zur Buch-Forderung auf Geld

An die Stelle von papiernen Versprechen auf Zahlung von „Geld“ traten immer mehr Buchforderungen auf „Geld“ an Banken. Der vom Geld vermittelte Eigentumsübergang eines Gutes hat nur noch einen Arm mit Wert für den Käufer, der ihn zur Endverwertung erhält. Der Verkäufer erhält zur Weiterverwendung einen zukünftigen Wert, einen Kredit. Die Rechtsfigur ist nicht mehr der Tausch von Werten, sondern die Delegation von Schuld, bzw. nach heutiger Diktion die Anweisung. In der Anweisung zahlt ein Dritter für den Käufer beim Verkäufer. Die Schuld des Dritten beim Käufer wird dadurch verringert. Ist der Dritte eine Bank und der Verkäufer hat ein Konto bei ihr, wird seine Forderung an sie erhöht. Kommt eine zweite Bank ins Spiel, gleichen sich beide über das Clearing aus. Dieses Buchgeld können Geschäftsbanken innerhalb regulatorischer Leitplanken selbst erzeugen. Schließen sie etwa einen Kreditvertrag mit einem Kunden ab, so vermerken sie die Tilgung in Zukunft als ihre Forderung an den Kunden auf der Aktivseite ihrer Bilanz. Ihre Verbindlichkeit, dem Kunden jetzt die Zahlungsmittel bereitzustellen, erfüllen sie, indem sie dem Kunden das Forderungsrecht einräumen, ab sofort von ihr Geld verlangen zu dürfen.

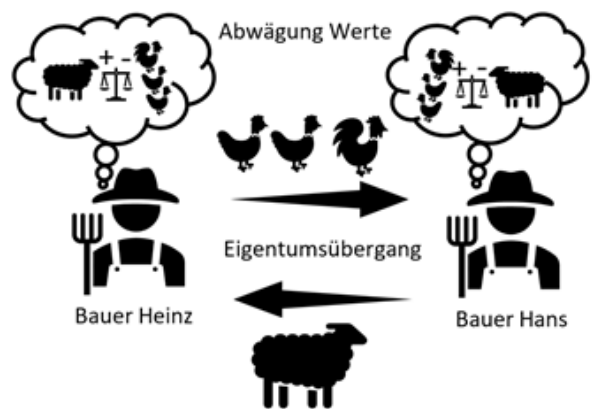
Niklas Luhman hat das in seiner Art so beschrieben: „Diese Leistung kann auf zwei verschiedene Weisen dargestellt werden. Man kann sagen, die Banken gewähren Kredit, schaffen also Zahlungsfähigkeit in einem Umfang, der weit über

ihre Eigenkapital und ihre Einlagen hinausgeht, und können dann auf der Grundlage ihrer Außenstände ihrerseits bei der Zentralbank Kredit aufnehmen. Sie sind kreativ tätig. Dies ist die offizielle Darstellung, die zwar ein Risiko, aber keine Paradoxie mehr erkennen lässt. Sie ist mit dem Rechtssystem abgestimmt, das heißt juristisch korrekt.

Ebenso gut kann man aber auch sagen:

Die Banken haben das Zentralprivileg, ihre eigenen Schulden mit Gewinn verkaufen zu können, also Zahlungsunfähigkeit „kapitalistisch“ verwerten und in Zahlungsfähigkeit verwandeln zu können. Sie sind parasitär tätig.“¹⁸

Vollständige Überwindung der Tauschwirtschaft



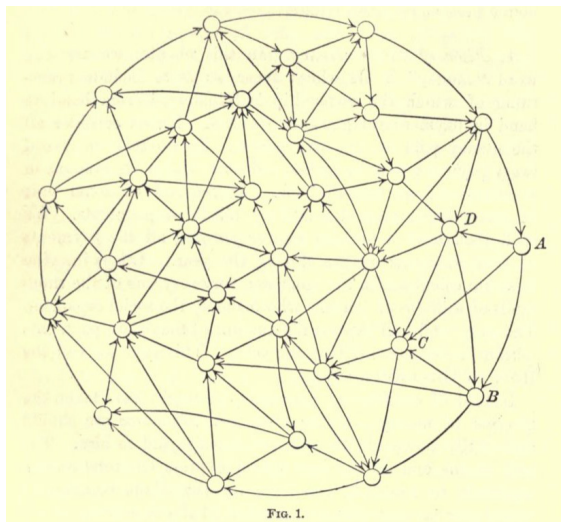
Der Tausch ist eine Beziehung zwischen zwei Personen. Ebenso Kauf und Verkauf. Mit der Zwischenware „Geld“ kommt ein dritter Akteur dazu. Sei es der Fürst, der die Münzen prägen lässt, oder der Verwahrer der Münzen, der Buch führt oder Papier als fliegende Buchführung ausgibt. Auch mit Aufgabe des materiellen Tauschwertes des Geldes bleibt die Bank als dritter Akteur im Spiel und verdient daran.

Die Bank wäre als Unternehmen sui generis mit ihrem Dienst für die Gesellschaft ein wichtiger Akteur, wenn sie nicht dabei stehen bliebe, die Kunden an der kurzen Leine der Vermittlung von bilateralen Ausgleichen in einer verkappten Tauschwirtschaft zu halten. Damit steht sie nicht nur zwischen jeweils

¹⁸ Niklas Luhmann: Die Wirtschaft der Gesellschaft. suhrkamp taschenbuch Wissenschaft 1152



zwei Kunden, sie lässt so auch das Bewusstsein eines gesellschaftlichen Verwobenseins gar nicht erst aufkommen, wie es Simon Newcomb¹⁹ als „societary circulation“ beschreibt. Mit der GLS Gemeinschaftsbank, der Bank der integrierten Gemeinde in München sowie der Ökobank, die sich als Gesellschaftsbank verstand, wurden aus unterschiedlichen Anfangspositionen erste Schritte aus der bilateralen Tauschwirtschaft hin zum gesellschaftlichen Ausgleich²⁰ gemacht. Alle drei haben neben den Unterschieden die Rechtsform der Genossenschaft gemeinsam. Heute sind sie aus unterschiedlichen Gründen in der Bochumer GLS zusammengefasst.



In welcher Richtung läge das Geld einer Fähigkeitswirtschaft?

Der Tauschvorgang zwischen zwei Menschen hier und jetzt hat sich zeitlich und räumlich zerlegt. Wir kaufen noch auf dem Markt, gehen noch in die Bude an der Ecke, haben einen Bäcker, Metzger, Blumenladen in der Nähe. Es gibt aber auch die Supermärkte und Kaufhäuser, die Einkaufszentren und das Internet, über das wir 24/7 weltweit Waren bestellen können, die uns dann Paketdienste ins Haus liefern.

Aus dem Kaufvertrag folgt, dass es von jedem Partner jeweils eine Verbindlichkeit gibt, die der andere fordern kann. Ich mache mich verbindlich und kann dafür fordern, was der andere leisten will. Die doppelte Buchführung ist das Instrument des Individuums, sich ein Bewusstsein davon zu verschaffen, wie seine Verbindlichkeiten zu anderen wirtschaftenden Akteuren sind. In diesem System gibt es keine Buchung ohne Gegenbuchung. Eine Ware muss aus dem Lager entfernt werden, um bei mir einzugehen. Eine Menge Bargeld muss aus meiner Geldbörse entnommen werden, um in die Kasse des Lieferanten eingelegt werden zu

können. Diese Art des Geldes sei Plusminus-Geld genannt.

Mit diesem Typ Geld können Eigentumsüberhänge zwischen zwei Akteuren bewerkstelligt werden. Dieses Geld wird solange weiterbestehen, wie Eigentumsübergänge nötig sind.

Eine Technische Errungenschaft, wie etwa die Kryptografie und die damit verbundenen Möglichkeiten, bringen nur eine digitale Version des Plusminus-Geldes hervor. Bitcoin will sogar explizit zurückkehren zur direkten bilateralen Beziehung der Tauschwirtschaft. Dabei soll nicht einmal Vertrauen erforderlich sein. Satoshi Nakamoto wollte mit seinen Bitcoins den Dritten explizit ausschließen²¹.

Die Teilhabe einer Gemeinschaft an einem gemeinsamen Gut ist dem Wesen nach besser mit einer Dividende, einem Teilungsgeld, zu bewerkstelligen.²²

Da es unmöglich ist, sich eine neue Geldart auszu-denken und dann die Gesellschaft daran anzupassen, muss man davon ausgehen, dass erst ein neuer Blick auf den Gesellschaftsvertrag erforderlich ist. Gibt es etwas am Zusammenleben zu verändern? Was hieße das für das Wirtschaften? Wie könnte man Plusminus-Geld oder Teilungsgeld dazu einsetzen?

Die fortschreitende Missverteilung des materiellen Wohlstandes, trotz steigender Durchschnitte, lassen einen Änderungsbedarf nötig erscheinen. Auch das Wegfallen von Erwerbsarbeitsplätzen und die schlechte Vergütung von Leistungen, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig sind, kann als Indikator für Änderungsbedarf gesehen werden. Nicht zuletzt kommen die bedrohlichen Wirkungen unserer Lebensstile auf unsere Lebensgrundlage auf die Waagschale.

Es könnte z.B. eine Einigung darüber erzielt werden, dass es als eine gesellschaftliche Aufgabe angesehen werden soll, alle Bürger über ein Geld, das eine Anweisung auf das ist, was andere arbeiten, mit dem zu versorgen, was jeder immer wieder braucht, um ein Auskommen zu haben, im Vertrauen darauf, dass er oder sie auf dessen Basis seine/ihre Fähigkeiten wiederum für andere einsetzen wird.

Allerdings ist der Entschluss dazu und die Implementation eines Teilungsgeldes nicht ausreichend. Rudolf Steiner schreibt 1906:

„Wenn ein Mensch für einen anderen arbeitet, dann muss er in diesem anderen den Grund zu seiner Arbeit finden; und wenn jemand für die Gesamtheit arbeiten soll, dann muss er den Wert, die Wesenheit und Bedeutung dieser Gesamtheit empfinden und fühlen. Das kann er nur dann, wenn die Gesamtheit noch etwas ganz anderes ist als eine mehr oder weniger unbestimmte Summe von einzelnen Menschen. Sie

19 Simon Newcomb: Principles of political economy. New York 1886
20 Leih-, Schenk- und Bürgengemeinschaften – eine Vorform der Crowd-Finanzierung.

21 „Was benötigt wird, ist ein elektronisches Zahlungssystem, das auf einem kryptografischen Beweis statt auf Vertrauen basiert, wodurch zwei bereitwillige Parteien direkt miteinander arbeiten können, ohne dass eine vertrauenswürdige dritte Partei benötigt wird“.

22 Es ist klar, dass eine Dividende zur Abwicklung auch in Einzelkonten aufgelöst werden kann.

*muss von einem wirklichen Geiste erfüllt sein, an dem ein jeder Anteil nimmt. Sie muss so sein, dass ein jeder sich sagt: sie ist richtig, und ich will, dass sie so ist.*²³

Die Einrichtung eines „Geldes“, das – neben der Währung – die Funktion hat, im obigen Sinne Teilhabe anzuweisen, hätte keine Anklänge mehr an eine Tauschwirtschaft. ■

Hans-Florian Hoyer

Jahrgang 1948, arbeitete ab 1994 in der GLS Gemeinschaftsbank in Bochum. Davor war er sieben Jahre als freier Mitarbeiter dort tätig und leitete das Freie Bildungswerk Bochum. Zuvor war sein Lebensmittelpunkt Stuttgart, wo er nach dem Architekturstudium als freier Mitarbeiter in einem Softwarehaus programmierte und als Assistent am Institut für Grundlagen der Planung bei Professor Horst Rittel (Planungstechniken, -logiken, -ethiken) in der Lehre arbeitete.

In einer Auszeit von einem Jahr konnte er sich 1982/83 dem Studium der Grundschriften Rudolf Steiners im Anthroposophischen Studienseminar widmen und ist seitdem inspiriert von der horizontweiternden Kraft der Anthroposophie, insbesondere wenn es um die Frage geht, wie Menschen auf diesem Planeten ihr Zusammenleben gemeinsam sinnvoll gestalten können. Dabei hängt er der Theorie an, dass nur grundlegende Änderungen der gewachsenen Gesellschaftsformen in Zukunft Bestand haben werden. Dazu gehört auch die Motivation, über das Win-Win zweier Akteure hinaus, danach zu fragen, ob und wie die betreffende Gemeinschaft (Firma, Gesellschaft, ...) auch auf die Gewinnerseite kommt.

Quelle der Kurzbiografie: <http://www.3win-institut.de/3win/beirat>

Spiritueller Realismus

Das Erbe der philosophischen Postmoderne nähert sich einer neuen Metaphysik

Roland Benedikter

Die beginnende Spiritualisierung des geistigen Erbes der Postmoderne ist ein prägendes ideengeschichtliches Grundmotiv der Gegenwart. Viele von uns haben es noch kaum bemerkt, doch keimt es seit einigen Jahren immer stärker. Und es beginnt unser individuelles Leben ebenso wie unser gesellschaftliches Selbstverständnis immer nachhaltiger zu beeinflussen. Was ist damit gemeint?

In den Tiefendimensionen unserer Kultur zeichnet sich derzeit eine folgenreiche Verschiebung ab: weg vom bisherigen romantischen Materialismus der Postmoderne hin zu einem neuen Ausgleich zwischen Rationalität und erfahrbarer Spiritualität. Damit verschiebt sich das Verständnis von Welt von einem subjektiven Bewusstseinskonstrukt hin zu einem neuen geistigen Realismus. Dieser geistige Realismus ist insofern „neu“, als er nicht mehr einfach naiv „glaubt“, sondern die kritische Aufmerksamkeit für das eigene Bewusstsein, die uns die Postmoderne so verdienstvoll eingepreßt hat, auch im Hinblick auf die geistige Erfahrung praktiziert.

Wissenschaftlich etwas präziser ausgedrückt: Unsere gesamte Kulturstimmung verschiebt sich hin zu einem neuen „Geist-Realismus“, dessen großes inneres Ringen im Versuch besteht, Phänomenologie der spirituellen Erfahrung und „dekonstruktive“ Subjektkritik in sich zu integrieren.

In diesem Ringen liegt die Ambivalenz, der Abgrund und die Chance des gegenwärtigen Kulturaugblicks. In ihm liegt, wenn auch noch weitgehend unterbewusst, seine verborgene Würde, seine verborgene Verzweiflung und seine verborgene Hoffnung. Das ist, was bei genauer kulturwissenschaftlicher und ideengeschichtlicher Betrachtung viele prägenden Phänomene der Gegenwart in weitgehend übereinstimmender Weise zeigen. Gemeint sind damit insbesondere: die Phänomene im Inneren des Zeitgeistes und die Phänomene in der Entwicklung des zeitgenössischen Denkens.

23 Rudolf Steiner: Theosophie und Soziale Frage. In: Lucifer-Gnosis Nr 32, 1906. GA 34

Im Innern des Zeitgeistes

Der Zeitgeist empfindet in seinen tiefenpsychologischen Schichten immer stärker, dass ein innerer Ausgleich nötig ist. Eine weltethische Grundorientierung, ein Werte-System und ein Sinn des Lebens sind ohne ernstzunehmende trans-subjektive Erfahrung letztlich nicht möglich. Der Zeitgeist empfindet aber zugleich ganz zu Recht, dass eine solche trans-subjektive Erfahrung ohne kritische Aufmerksamkeit für das eigene Bewusstsein und dessen unabwiesbare Bedingtheit durch Sprache, Geschlecht, Erziehung und Sozialisation zunehmend unzeitgemäß wird. Sie und die Erkenntnisse, die aus ihr erwachsen, sind ohne Reflexion auf den Ort, an dem sie stattfinden, und auf die Gewordenheit und soziale Konstruiertheit des eigenen Ich nicht mehr zu halten, und auch nicht mehr glaubwürdig zu vertreten.

Als Folge davon ist die Empfindung, die in unserer Kultur um sich greift: Aus einer vor-„postmodernen“, vor-kritischen Spiritualität kann nichts Reales mehr erwachsen.

Umgekehrt aber empfindet der Zeitgeist genauso, dass auch das kritisch-subjektive, individuell-freie und radikal auf sich selbst begründete Bewusstsein, welches die postmoderne Kultur mittlerweile mehr oder weniger vollständig herausgebildet hat, leer bleibt ohne die empirische Erfahrung eines in ihm selbst neu zu entdeckenden Objektiven. Es droht zur Monade zu werden, die letztlich ihre einzige Gewissheit nur im Faktum ihrer Abgetrenntheit von jeder objektiven Weltsphäre und ihres Mangels an Ganzheit findet. Das „postmoderne“ Bewusstsein in seiner universalen Selbst-Referenz alleine ist also auch nicht mehr ausreichend, um die Wirklichkeit zu erreichen.

Der Zeitgeist empfindet deshalb zunehmend: Nur ausbalancierte Subjektkritik in ihrer Kombination mit der Erfahrung von etwas Wesentlichem, von etwas, das sich nicht im eigenen Subjekt erschöpft: von etwas „individuellem Allgemeinen“ (Kant) im eigenen kritischen Bewusstsein, kann die Anforderungen an Urteil und Handeln des souveränen Individuums noch erreichen – in einer Zeit, die zwischen Globalisierung, biotechnologischer „Neuerfindung des Menschen durch den Menschen“ und „Transhumanismus“ vor einer großen Frage zu stehen beginnt: der epochalen Frage nach der Zukunft zwar nicht „des Menschen“ (der von aufstrebenden Staaten wie China als westliche Erfindung denunziert wird), wohl aber des Menschseins und der Möglichkeit einer nicht zuletzt aus seiner Selbst-Konzeption heraus entstehenden ersten Welt-Gesellschaft. Letztere zeigt sich heute zwar erst indirekt in grenzübergreifenden Krisensymptomen, die die bereits bestehende wechselseitige Abhängigkeit verdeutlichen, wie etwa dem Coronavirus 2020 oder dem Ringen mit wachsender Mobilität und Migrationskrise. Die Frage ist, wie diese gegenseitige Abhängigkeit nicht nur passiv erlitten, sondern aktiv und zum gemeinsamen Wohl gestaltet werden kann.

Im Innern des Denkens

Gesucht wird also nach einer Integration zwischen „postmodernem“ Aufmerksamwerden auf die unhintergehbare Realität des eigenen Bewusstseins, gepaart mit einer neuen Aufmerksamkeit auf die Phänomenologie eines geistig Objektiven im eigenen Denken – wie es die Religionen behaupten, darunter das Christentum mit dem „Logos“-Begriff. Bereits das Spätwerk zahlreicher Vertreterinnen und Vertreter der „Postmoderne“ der 1970er bis Anfang der 2000er Jahre: von Jacques Derrida, Jean-François Lyotard, Gilles Deleuze, Paul Feyerabend, Susan Sontag oder Michel Foucault bis zuletzt hin zu Jürgen Habermas spiegelt sich dieses Bedürfnis in geradezu revolutionärem Aufruhr wider. Auch wenn diese Spätwerke bisher akademisch noch nicht entsprechend gewürdigt wurden: In allen diesen Denkern keimte am Ende ihres Lebens die Sehnsucht nach dem Ausgleich zwischen kritischem Nominalismus und neuem geistigem Realismus. Das zeigte sich zum Beispiel an Jacques Derridas Rede vom „absoluten Geheimnis“, als dessen „Wahrer und Hüter“ er sich und sein Werk, kurz vor dem Tod stehend, in der Tradition jüdisch-arabischer Spiritualität letztgültig begriff. Es zeigte sich, als der krebserkrankte Jean-François Lyotard die „Ekstase der schwarzen Leere“ und die „unhörbare Präsenz“ als Inbegriff einer empirischen, negativ-spirituellen Selbstüberschreitung des Subjekts beschwor; an Gilles Deleuzes Emphase subjektiv-objektiver „Begriffspersonen“ und der „geistigen Freundschaft“ als Zentren zeitgenössischen Philosophierens; an Michel Foucaults späterer Wende zu den Griechen, zur „Sorge um sich“, zur „Ästhetik der Existenz“ und zur großen meta-spirituellen Sehnsucht seines Spätwerks: „Wenn nur das Denken ganz sich selbst denken könnte“.

Gerade in letzterer Aussage liegt, in einem einzigen Satz zusammengefasst, das konstitutive spirituelle Doppelmotiv der gesamten späten Postmoderne vor – die bis in die heutige Zeit inspirieren kann, weil die Gegenwart zumindest in den liberal-aufgeklärten Schichten offener Gesellschaften des Westens die (unsichere, auch begrifflich bis hin zur „Post-Postmoderne“ verworrene) Fortsetzung dieses Denkens ist. Es besteht in der Sehnsucht nach einem Denken auf zwei Ebenen zugleich: auf der Ebene des subjektkritischen Bewusstseins der Dekonstruktion und auf derjenigen eines „Zeugen“ – also eines Denkens, das sich selbst noch beobachten können soll, während es geschieht.

In dieser „Verdoppelung“ des postmodernen Bewusstseins erscheint die spezifische, wenn auch von ihren Vertretern erst in den „ernsthaft-schönen Tagen vor dem Tod“ (Deleuze) ausdrücklich artikulierte Metaphysik der Postmoderne. In der Selbstbeobachtung des Denkens während seines Geschehens tritt die abendländische Aufklärung sich selbst und ihrer dialektisch-kritischen Rationalität gegenüber und fügt eine weitere Ebene hinzu: die Ebene der vorsprachlichen Selbstbeobachtung jener seelischen und geistigen Erscheinungen, die die Voraussetzung für jedes sprachlich-dekonstruktive Denken bilden.

Die Fähigkeit des postmodernen Subjekts, sich der eigenen Idee erlebend gegenüberzustellen, wurde von den frühen Vertreterinnen und Vertretern der Postmoderne interessanterweise stets rigoros abgelehnt. Doch genau darin kann – so die geheime Hoffnung der späten Postmodernen – ein Objektives im subjektiven Denken zu Anwendung und Bewusstsein kommen. Und genau damit kann also eine genuin postmoderne Metaphysik erscheinen, die kritisch, selbstkritisch und objektiv zugleich ist.

Weltpolitische Phänomene

Faktum ist, dass diese Perspektiven bei den späten Hauptvertretern des postmodernen Denkens nur Symptome sind für eine mögliche geistige Wendung, in der, weit folgenreicher, unsere gesamte europäisch-westliche Kultur begriffen ist. Diese Kultur ist nach dem Tod der wichtigsten philosophischen „Befreier“ der 1968er-Generation, aber auch nach dem Bruch, den der 11. September 2001 darstellt, aus ideengeschichtlicher Sicht mittlerweile in die Spätphase der „Postmoderne“ eingetreten.

Mit dem Tod von Paul Feyerabend 1994, Gilles Deleuze 1995, Jean-Francois Lyotard 1998, Jacques Derrida und Susan Sontag 2004 war im vergangenen Jahrzehnt ein allmählicher Niedergang der Postmoderne verbunden. Dies in durchaus doppeltem Sinn, in dessen Ambivalenz sich Hegels Motiv der „Aufhebung“ ein weiteres Mal wiederholt: Wir erleben heute den „Niedergang“ der Postmoderne einerseits im Sinn ihrer Herabkunft auf die Willensebene und ihres „natürlichen“ Eindringens in das Alltags-Leben – und andererseits als ihre Dekadenz und als den Beginn ihrer epigonalen Phase an den Universitäten. Wir erleben beides zugleich. Und gerade die Einheit beider Entwicklungen macht den ambivalent-lebendigen Charakter unseres Kulturaugenblicks aus. Feyerabend, Deleuze, Lyotard, Derrida und Sontag haben erst nach ihrem Tod vollends damit begonnen, „Millionen zu regieren, die nichts von ihnen wissen“, wie Albert Schweitzer einmal über die Wirkung Kants und Hegels sagte.

Zugleich wird nun aber auch deutlich, dass etwas zu Ende geht – und dass der Übergang in eine neue kulturelle Phase bevorsteht. Das haben nicht zuletzt die Terroranschläge vom 11. September gezeigt. Sie stellten einen Wendepunkt dar, weil von ihnen ausgehend eine neue Debatte über die Natur der Wirklichkeit und die Grenzen des postmodernen Konstruktivismus und Relativismus in Gang kam. Der entsprechende geistige Mechanismus hat sich seitdem vielfach wiederholt.

Umgang mit dem Leiden

Die seelisch-geistigen Wirkungen der Terroranschläge, insbesondere das große Leid, das sie verursachten, veranlassten viele unabhängige Beobachter und Intellektuelle, nach einem allgemeinen menschlichen Element im subjektiven Denken

zu suchen. Denn das Leid, das die Terroranschläge auslösten, so diese Kritiker, war keine subjektive oder kollektive Ansammlung von relativen Sprachspielen. Sondern es war subjektiv-objektiv wirklich – und es führte zu objektiven Wirklichkeits-Erfahrungen seelischer und spiritueller Natur.

Damit zeigt sich, dass die berechnete Feststellung der Postmoderne, Wirklichkeit sei wesentlich ein subjektives Bewusstseins-Konstrukt, das durch Gesellschaft und Sozialisation bedingt sei, nun um die Wiederentdeckung des Objektiven in der eigenen Erfahrung ergänzt werden muss. Denn sonst bleibt nur die Leere eines Bewusstseins, das sich all seiner Bedingtheiten bewusst geworden ist und sich ihrer durch „Dekonstruktion“ entledigt hat, das aber dann als frei schwebendes ganz mit sich allein ist – reine Aufmerksamkeit ohne Anbindung an irgendetwas. Auch nicht an die Wirklichkeit objektiven Leidens.

Eine neue Phase der europäisch-westlichen Kultur ist mit den Terroranschlägen des 11. September 2001 also in gewisser Weise eingeleitet worden. Allerdings waren die Terroranschläge keineswegs die Verursacher dieser neuen Phase. Sie hatten insofern auch nichts „Gutes“. Wer dies glauben würde, verfiere einer schweren Verirrung. Sie haben nur den Anlass dafür hergegeben, dass in der öffentlichen Kulturdiskussion eine unterschwellig längst begonnene Veränderung in der geistigen Stimmung der Zeit symptomatisch aufgegriffen und thematisiert werden konnte.

Diese Thematisierung geschah gegen die Vorurteile der radikal-säkularen Postmodernen, die nichts Objektives anerkennen wollen, zugleich aber auch ausdrücklich gegen den Willen ihrer atavistischen und menschenverachtenden Urheber, der islamistischen Terroristen, die eine „Revolution nach hinten“, in eine längst überholte Vormoderne, anstrebten. Was ihnen, wenn unsere Demokratie, wie zu hoffen steht, wehrhaft bleibt, nicht gelingen wird, und nicht gelingen darf, wenn wir nicht in längst überholte Zeiten zurückfallen wollen.

Ausblick

Die großartigen Errungenschaften des dekonstruktiven Denkens der 1970er bis 2000er Jahre, die letztlich in der Auflösung von Illusionen und – zentral – im Aufmerksamwerden des Denkens auf sich selbst und seine realen Bedingtheiten bestehen, sind unhintergebar. Hinter sie können und dürfen wir nicht zurückfallen, wenn wir das heute keimende Spiritualitätsmotiv nicht erneut jenen tiefgreifenden Gefahren der Aberration, der Re-Mythisierung oder gar der politischen Perversion aussetzen wollen, denen es im 20. Jahrhundert verfallen ist. Populisten und andere Vereinnahmer und Vereinfacher schlafen nicht. Zugleich aber werden diese „dekonstruktiven“ Errungenschaften um die Neuentdeckung eines Objektiven im subjektiven Denken zu ergänzen sein, wenn die große Frage nach der Zukunft des Menschen im Spannungsfeld

zwischen neuen Technologien und Globalisierung nicht unbeantwortbar bleiben soll.

Was bedeutet das letztlich? Es bedeutet: Die Erneuerung von Spiritualität, die heute aus der Empfindung des Zeitgeistes und aus der Weiterentwicklung des Erbes des postmodernen Denkens selbst heraus notwendig wird, könnte zumindest dem Potential nach in den kommenden Jahren die Entstehung einer ersten Welt-Kultur maßgeblich prägen. Der Ausgleich zwischen dekonstruktiver Subjektkritik und neuem, empirischem Bewusstseins-Objektivismus wird kommen, ob Populisten auf der einen oder Radikal-„Alternative“ auf der anderen Seite sich nun dagegen wehren oder nicht.

Die Frage ist nicht, ob Spiritualität eine neue Rolle in der Gesellschaftsentwicklung spielen wird. Das wird sie in jedem Fall tun, und sie tut es bereits schon heute. Dabei steht sie seit 1989/91 und erst recht seit dem Aufstieg der weltweiten Populisten und Autoritarismen vorläufig noch sehr stark unter dem Signum der rückwärtsgewandten, re-kollektivierenden und re-mythologisierenden „globalen Renaissance der Religionen“, die in weltweiter Dimension an die Stelle der Ideologien getreten ist.

Die wirkliche Frage ist in dieser Lage nur, wie die Spiritualisierung des Erbes der europäischen Postmoderne kommen wird: als Wiederkehr einer kollektiven Glaubenslehre, die ihre Errungenschaften zunichte macht, oder als neuer Ausgleich zwischen subjektkritischer Rationalität und neuem spirituellem Realismus durch „Bewusstseins-Verdoppelung“? Wir alle werden das in den kommenden Jahren mit zu entscheiden haben. Darin liegt aus ideengeschichtlicher und kulturwissenschaftlicher Sicht ein wichtiger Aspekt des geistigen Geburts-Ereignisses jenes krisenhaften Übergangs-Moments einer Gegenwart, die sich darin „re-globalisiert“. Mit einer möglicherweise umfassenden Vielfalt sozialer und politischer Folgen. ■

Roland Benedikter

ist Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse in residence am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław/Breslau. Kontakt: rolandbenedikter@yahoo.de.

Relativismus, Pluralismus und das „Zeitalter nach der Wahrheit“¹

Antti Hautamäki

Die Verstärkung des gesellschaftlichen Pluralismus hat den Relativismus in den Mittelpunkt der philosophischen Debatte gerückt. Die Beziehung zwischen Pluralismus und Relativismus ist allerdings komplex. Pluralismus bedeutet, dass in der Gesellschaft unterschiedliche Vorstellungen von Werten und Wahrheit vorhanden sind. Ein derartiger Pluralismus ist eine Tatsache in der modernen Gesellschaft und als solche unproblematisch. Philosophisch jedoch ist der Pluralismus ein herausforderndes Phänomen. Können all die vielen unterschiedlichen Auffassungen und Konzepte gleich wahr oder gleich gut sein? Wer beispielsweise den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel leugnet, hätte dann ebenso recht wie die überwiegende Mehrheit der Wissenschaftler (vgl. IPCC-Berichte).

Es wurde gesagt, dass wir in einer Zeit leben, in der Meinungen mehr wiegen als gesichertes Wissen, einer „post-truth era“ („Zeitalter nach der Wahrheit“). Meinungsführer genießen mehr Vertrauen als Wissenschaftler oder Regierungsvertreter. Oft werden für diese Situation die sozialen Netzwerke (Facebook, Twitter usw.) verantwortlich gemacht. Die Situation ist jedoch viel komplizierter.

Es ist wahr, dass Social Media es einfach machen, Gerüchte, Lügen oder extreme Ansichten zu verbreiten. Dadurch gedeihen Vorurteile und es ist kein Wunder, dass sich gleiche Gesinnungen gegenseitig verstärken (vgl. Sundstein, 2001; Weinberger, 2011). Tiefer betrachtet zeigt sich jedoch auch: Je weitläufiger die Interaktionen zwischen Menschen und je offener damit die Gesellschaften sind, desto pluralistischer sind sie. In Gesellschaften, die die Meinungsfreiheit der Menschen einschränken und nur eine „offizielle Wahrheit“ zulassen, kann man sich einbilden, den Pluralismus abgeschafft zu haben. Faktisch verschwindet er aber nicht völlig, sondern wirkt unterschwellig weiter.

Viele Philosophen haben argumentiert, Relativismus und Postmodernismus negierten die Wahrheitsfrage, ja ermutigten sogar zu bewusster Lüge (vgl. Boghossian, 2006). Dieses Argument ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Im Allgemeinen haben philosophische Theorien einen nur indirekten Zusammenhang mit sozialen Phänomenen. Zweitens lehnen die meisten Relativisten den extremen Relativismus – die

¹ Übersetzung Soili Pietilä-Strawe

Auffassung, dass es keinen Unterschied zwischen Wahrheit und Unwahrheit gibt – ab.

An der Frage nach der Wahrheit scheiden sich Philosophen (siehe Baghramian, 2004; Wrenn, 2015). *Philosophische Realisten* glauben, dass es auf jede Erkenntnis- oder Bewertungsfrage eine eindeutig richtige Antwort gibt. Es kann sein, dass wir die Antwort nicht kennen, aber es gibt sie trotzdem. *Philosophische Pluralisten* sehen, dass wir in vielen Dingen berechtigter- und begründeter Weise unterschiedliche Meinungen haben können. Der *philosophische Relativismus* akzeptiert den Pluralismus, geht aber noch weiter und argumentiert, dass sogar sich widersprechende Ansichten zutreffen können (Coliva & Pedersen, 2017). Wie ist das möglich?

Die Frage nach den Rahmenbedingungen

Relativisten verteidigen die Geltung von Widersprüchen, indem sie Streitfragen in Verbindung mit verschiedenen Kulturen, Rahmenbedingungen, Paradigmen oder Schemata bringen (Baghramian, 2004; Hautamäki, 2020). Die Frage, ob X wahr, berechtigt oder wertvoll ist, kann nur unter Bezugnahme auf einen der folgenden Fälle beantwortet werden:

X ist wahr (oder zulässig oder wertvoll usw.) [unter der Rahmenbedingung C]

Dann kann X in einem anderen Bezugssystem falsch sein. Zum Beispiel:

1. Abtreibung ist zulässig [in einem werteliberalen, individualistischen Menschenbild]
2. Abtreibung ist nicht erlaubt [in einem fundamentalistisch verstandenen Christentum]

Die Rahmenbedingung ist in Klammern eingeschlossen [...], da der Rahmen in der Regel nicht in der Meinungsverschiedenheit erwähnt wird. Die Frameworks befinden sich auf der Meta-Ebene der umstrittenen Behauptung. Viele sind bereit, die Gültigkeit dieser Art von Wertrelativismus zu akzeptieren. Jedoch dann, wenn der Relativismus auch für Erkenntnisfragen gelten soll, ist er schwerer zu verdauen. Betrachten wir nun einen solchen epistemologischen, erkenntnistheoretischen Relativismus (siehe Baghramian, 2004; O'Grady, 2002), bei dem der Erkenntniswiderspruch zum Beispiel sein könnte:

3. Es ist wahr, dass die Sonne die Erde umkreist [im alten geozentrischen Weltbild]
4. Es ist wahr, dass die Sonne die Erde nicht umkreist [im heliozentrischen Weltbild].

Die Kritik am Relativismus konzentriert sich auf zwei Formen des Relativismus (Hautamäki, 2020). Nach dem *universellen Relativismus* ist „alles relativ“; hier ist Protagoras das Vorbild. Im *extremen Relativismus* sind alle Meinungen oder Rahmenbedingungen gleich gut – oder gleich schlecht.

Wenn man Anhänger des universellen Relativismus ist, gerät man natürlich schnell in logische Schwierigkeiten. Zum Beispiel wird die Verteidigung der eigenen Position gegenüber anderen nicht gelingen, wenn jeder seine eigenen Argumentationsregeln hat. Diese Kritik wurde bereits von Sokrates in Platons Dialog *Theaitetos* geäußert. Wenn man sich dagegen für extremen Relativismus ausspricht, fehlt für jede kritische Debatte der Boden. Wir befinden uns in einer Situation, in der lediglich festgestellt wird, dass die Parteien unterschiedliche Ansichten vertreten, diese jedoch nicht verglichen oder eingestuft werden können. In diesem Fall können soziale Meinungsverschiedenheiten nicht gelöst werden.

Kritik am Relativismus richtet sich jedoch häufig gegen Formen des Relativismus, die von keinem ernstzunehmenden Relativisten akzeptiert werden (siehe Kusch, 2019). In meinem Buch *Viewpoint Relativism* (2020) entwickle ich eine Theorie des „Standpunktrelativismus“, die diese problematischen Richtungen ablehnt. Der zentrale Begriff ist dort der des Standpunkts. Dieser besteht aus drei Komponenten: einem Subjekt, einem Objekt und einem Aspekt. Das Subjekt ist die Person, Gruppe oder Kultur, die den Standpunkt einnimmt, das Objekt ist jedes Ding, das betrachtet wird, und der Aspekt ist ein Merkmal oder eine Eigenschaft des Objekts für das Subjekt.

Der Aspekt nimmt in diesem Konzept eine zentrale Stellung ein. Um dies zu veranschaulichen, werde ich einige Beispiele geben. Das Funktionieren der Gesellschaft kann unter dem wirtschaftlichen Aspekt oder dem Aspekt der Gerechtigkeit betrachtet werden. Einwanderung kann aus der Perspektive der Flucht vor Krieg und Verfolgung oder aus der des Strebens nach einem höheren Lebensstandard gesehen werden, Demokratie aus der Perspektive von Repräsentation oder Teilhabe. Der Mensch kann als wirtschaftlicher und/oder kultureller Akteur angesehen werden. In all diesen Beispielen geht es darum, dass das betrachtete Objekt ein komplexes Phänomen mit vielen verschiedenen Aspekten ist. Wir wählen aus unserem Standpunkt den Aspekt aus, der das Objekt vertritt. Weil es viele Aspekte gibt, gibt es auch viele Perspektiven.

Die Schlüsselstellung des Aspekts

Mein grundlegendes Argument ist, dass wir Objekte immer in Bezug auf einen ausgewählten Aspekt betrachten. Ein derartiger perspektivischer Relativismus ruht auf sechs Grundthesen (siehe Hautamäki, 2020).

1. Es gibt keine perspektivenunabhängige Sichtweise auf die Welt.
2. Perspektiven sind subjektiv, können aber objektiviert werden.
3. Die gleichen Probleme können aus mehreren Blickwinkeln betrachtet werden.

4. Es gibt keine absolute, privilegierte oder universelle Sichtweise.
5. Perspektiven können entwickelt und verändert werden.
6. Zum Vergleichen von Perspektiven können verschiedene Kriterien verwendet werden.

Ich werde auf These 6 näher eingehen, da sie den extremen Relativismus ablehnt, dass alle Aspekte gleich gut sind. Das grundlegende Argument des extremen Relativismus lautet wie folgt: Da es keine neutralen Kriterien für die Priorisierung von Perspektiven oder Rahmenbedingungen gibt, sind alle Perspektiven gleich gut. Das Problem bei diesem Argument ist, dass sich der Mensch niemals in einer derart neutralen Position befindet. Der Mensch schätzt alle Dinge immer nach bestimmten Kriterien und ordnet darauf aufbauend seine Anschauungen. Sehr oft sind die sozialen und wirtschaftlichen Ziele und Auswirkungen der Maßstab. Wenn beispielsweise jemand der Ansicht ist, dass Frauen zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern sollen, hat dies weitreichende Auswirkungen auf die Sozialpolitik. Ein solcher Ansatz ist für die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen kontraproduktiv.

Die Wahrheit kann in Bezug auf den Gesichtspunkt definiert werden. Wenn zum Beispiel der Gesichtspunkt in Bezug auf die Medizin das Versorgungsniveau ist, kann die Behauptung „Krankenhaus X ist von hoher Qualität“ für einen Patienten wahr und für einen anderen falsch sein, immer abhängig vom Versorgungsniveau. Dies bedeutet, dass der Relativismus des Gesichtspunktes die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Unwahrheit nicht aufhebt. Natürlich ist die Wahrheit in Bezug auf die Perspektiven nicht absolut. Ein philosophischer Realismus, der die absolute Wahrheit verteidigt, kann dafür kritisiert werden, dass er die Möglichkeit einer neutralen Position annimmt. Die Vorstellung eines neutralen Beobachters bezieht sich normalerweise auf die Naturwissenschaften und die von ihnen aufgewiesenen objektiven Gesetze. Dies muss genauer betrachtet werden.

Naturwissenschaften sind nicht frei von Perspektiven oder Gesichtspunkten (siehe Giere, 2006; van Fraassen, 2008). Sie betrachten Phänomene, achten auf die kausale Ordnung und Wechselwirkung der Dinge. Diese Perspektive ist „nützlich“ in dem Sinne, dass sie natürliche Phänomene und Prozesse vorhersagen und Technologie aufbauen kann. Eine Ausweitung dieser Perspektive beispielsweise auf die Kultur- und Sozialforschung führt jedoch zu schlechten Ergebnissen. Dort muss man solche Perspektiven einnehmen, die sich auf Bedeutungen und Kommunikation konzentrieren (Gadamer, 2004). Wie Dreyfus und Taylor (2015) betonen, darf der Standpunkt der Naturwissenschaft nicht mit dem Wesen der Phänomene gleichgesetzt werden: Die Naturwissenschaft betrachtet die Natur aus einer bestimmten Perspektive, aber es gibt andere sinnvolle Perspektiven.

Der kritische Relativist akzeptiert, dass wir aus guten Gründen verschiedene Ansichten haben können. Der Realist hingegen würde sagen, dass in einer Meinungsverschiedenheit jemand Recht haben muss. Diese unterschiedlichen Sichtweisen stehen in direktem Zusammenhang mit der sozialen Situation. In der Tat bedeutet Relativismus nicht, dass alles geht (anything goes). Um dieses zu betonen, habe ich den kritischen Relativismus als Haltung definiert, welche die drei Schlüsselprinzipien der demokratischen Gesellschaft akzeptiert:

- Der *Grundsatz des Pluralismus* impliziert die Erkenntnis, dass es in der Gesellschaft sehr unterschiedliche Ansichten zu Fragen von grundlegender Bedeutung gibt.
- Das *Prinzip der Toleranz* bedeutet, dass wir unterschiedliche und der eigenen Ansicht sogar widersprechende Perspektiven tolerieren und diesen Ansichten zuhören müssen.
- Das *Prinzip der Kritik* betont die kritische Abwägung aller Aspekte.

Pluralismus und Dialog

Die große Gefahr der „post-truth era“ ist nicht der wachsende Pluralismus, sondern der Abbruch des Dialogs in der Gesellschaft. Kritischer Relativismus bietet eine gute Grundlage für den Aufbau eines Dialogs. Kern des Dialogs ist die Erkenntnis, dass wir alle eine eigene Sichtweise auf gemeinsame Themen haben.

Der Dialog hat zwei Ziele: Erstens: Zu helfen, Mitmenschen zu verstehen, und zweitens, Bedingungen für die Gestaltung gemeinsamer Ansichten zu schaffen. Gemeinsame Ansichten können gefunden werden, ohne dass wir unsere eigenen Perspektiven aufgeben müssen. Es gibt viele Dinge, die aus vielen Blickwinkeln akzeptabel sind. Wir nennen sie Invarianten in Bezug auf Perspektivenwechsel. Die Tatsache, dass die Kommunikation zwischen Menschen oft erfolgreich ist, zeigt, dass es relativ viele invariante Überzeugungen gibt. Es gibt aber auch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten beispielsweise darüber, wie die Gesellschaft entwickelt werden soll. Wir dürfen ihnen nicht nachgeben, sondern müssen den Dialog so lange fortsetzen, bis sich die Standpunkte einander annähern oder wir zumindest den Punkt verstehen, von dem aus andere die Dinge sehen.

Am schwierigsten sind Meinungsverschiedenheiten, die auf ideologischen oder emotionalen Perspektiven beruhen. Dann ist der Mensch seiner eigenen Perspektive so stark verpflichtet, dass er es als eine existenzielle Bedrohung empfindet, sie aufzugeben. Und doch ist auch ein solcher Perspektivenwechsel möglich. Menschen können voneinander lernen und ihre Sichtweise ändern, wenn neue Evidenzen, neue Erfahrungen und neue Methoden verfügbar werden (siehe Lehtonen, 2014). Grundsätzlich können alle Meinungsverschiedenheiten beigelegt

werden, wenn die Menschen offen für Neues sind und der Macht des Dialogs vertrauen (vgl. Habermas 1981).

In einer demokratischen Gesellschaft gibt es Raum für unterschiedliche Werte und Meinungen. Die Regeln der Demokratie tragen dazu bei, in einer pluralistischen Gesellschaft leben zu können. Pluralismus wird nur dann zu einem Problem, wenn er so interpretiert wird, dass das Streben nach Konsens unnötig sei. Dann wird der Dialog unmöglich und die Gesellschaft wird in verschiedene Filterblasen gespalten. Der kritische Relativismus hilft uns, den Pluralismus zu verstehen und gleichzeitig den Extremen entgegenzuwirken, die behaupten, die absolute Wahrheit zu besitzen. ■

Referenzen

- Baghramian, M. (2004). *Relativismus*. London: Routledge.
- Boghossian, P. (2006b). *Angst vor Wissen: Gegen Relativismus und Konstruktivismus*. Oxford: Oxford University Press.
- Coliva, A. & Pedersen, N.J.I.I. (Eds.) (2017). *Erkenntnistheoretischer Pluralismus*. Palgrave Macmillan.
- Dreyfus, H. & Taylor, C. (2015). *Realismus abrufen*. Cambridge, Mass., London, England: Harvard University Press.
- Gadamer, H-G. (2004). *Wahrheit und Methode*. 2nd Rev. Edition. Trans. J. Weinsheimer und D. G. Marshall. New York: Kreuzung.
- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main: Zuckerlager.
- Hautamäki, A. (2020). *Standpunkt-Relativismus, ein neuer Ansatz zum erkenntnistheoretischen Relativismus, der auf dem Konzept der Standpunkte basiert*. Synthesebibliothek 419. Springer.
- Kusch, M. (2019). *Relativistische Einstellungen, Tugenden und Laster. Ein Kommentar zu Maria Baghramians Artikel*. *Aristotelian Society, Supplementary Volume*, 93 (1), 271-291.
- Lehtonen, T. (2014). *Die perspektivische Herausforderung*. *Minerva - Ein Open Access Journal der Philosophie* 18, 86-110.
- O'Grady, P. (2002). *Relativismus*. Chesham: Acumen.
- Sundstein, C. (2001). *Republic.com*. Princeton: Princeton University Press.
- Van Fraassen, B. (2008). *Wissenschaftliche Repräsentation: Paradoxe der Perspektive*. Oxford: Oxford University Press.
- Weinberger, D. (2011). *Zu groß, um es zu wissen*. New York: Grundlegende Bücher.
- Wrenn, C. (2015). *Wahrheit*. Cambridge: Polity Press.

Antti Hautamäki,

geboren 8.9.1949, Studium der Philosophie an der Universität Jyväskylä, Abschluss mit Doktorarbeit über „Standpunkte und ihre logische Analyse“ (1986). Während des Studiums Engagement in der marxistischen Studentenbewegung.

Langjährige Tätigkeit bei der Firma Nokia und als Forschungsdirektor des finnischen Innovationsfonds SITRA, einer unabhängigen öffentlichen Stiftung. Emeritierter Professor an der Universität Jyväskylä (mit Schwerpunkt nachhaltige Innovation) und außerordentlicher Prof. an der Universität Helsinki. Autor zahlreicher Bücher und Artikel. Hautamäki lebt in Helsinki, verheiratet, 2 Kinder. E-Mail: antti.hautamaki@kolumbus.fi, Internet: www.sustainableinnovation.fi

Zeichen der Zeit

Trumps USA: Ende des amerikanischen Experiments

Ein Interview mit Roland Benedikter¹

Kein Tag ohne Bilder von Protesten in Washington, Minneapolis, Detroit & Co: Die Lage in den USA bleibt angespannt – und die Front gegen Donald Trumps politisch harten Kurs wird immer größer. Dabei geht es längst nicht mehr nur um die Tötung des Afroamerikaners George Floyd infolge eines Polizeieinsatzes, sondern um die Absage an den Alltagsrassismus und ein in seinen Grundfesten erschüttertes Amerika. Wie aber ist das von hier aus einzuschätzen? USA-Experte Roland Benedikter analysiert im Interview die politisch-soziale Situation im und vor dem „Weißen Haus“.

„Zett“: Die USA sind unter Präsident Donald Trump derzeit mit Protesten und Aufständen konfrontiert, wie man sie lange nicht gesehen hat. Das Land ist gespalten. Wie ist die Protestwelle tatsächlich einzuschätzen? Und wo denken wir hier aus europäischer Sicht „falsch“?

Roland Benedikter: Donald Trump hat den Mord an George Floyd mehrfach scharf verurteilt. Sein Problem ist, dass er einfach das System der Demokratie nicht wirklich versteht oder verstehen will – und deshalb durch sein Handeln Proteste schürt, die sonst vielleicht nicht so verlaufen wären. Es ist eine selbst hergestellte Revolte – unnötig und so wohl anfangs nicht geplant. Die Proteste wollen im Kern ja nur den Spruch verwirklichen, der am obersten Gerichtshof der USA eingemeißelt ist: „Gleiches Recht unter dem Gesetz“. Das entspricht der Verfassung. Trump hat unwillentlich, später vielleicht auch aus wahltaktischen Gründen in Blick auf die Präsidentschaftswahlen vom 3. November, daraus eine Art ideologischen Bürgerkrieg „oben gegen unten“ gemacht und sich als alleinigen Hüter von Recht und Ordnung inszeniert – und sogar die Religion hineingezogen, obwohl er selbst wenig religiös ist. Etwa, wenn er mit der Bibel in der Hand vor einer beschädigten Kirche posiert, statt mit der Verfassung. Damit hat er symbolisch die Gewaltentrennung aufgehoben, die Amerika gerade wegen der starken Religiosität großer Teile der Bevölkerung heilig ist. Das haben die meisten religiösen Würdenträger verurteilt, darunter der katholische Erzbischof von Washington

¹ Erstveröffentlichung in der Zeitschrift „Zett - Südtirols Sonntagszeitung“, abgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Autors. Das Interview führte „Zett“-Redakteur Johannes Vötter

DC, Wilton Gregory. Wir Europäer denken falsch, wenn wir glauben, dass die amerikanische Demokratie wie die europäische funktioniert. Es ist eine andere Konstruktion, in der viel mehr Elemente eine Rolle spielen.

Es gibt auch eine Gegenbewegung bzw. führende US-Amerikaner (Politiker, Polizeichefs...), die dem sturen „Mann im Weißen Haus“ durchaus die Stirn bieten. Wie stark ist diese „Front“ tatsächlich?

Ziemlich stark. Donald Trump hat es mit seinem „Entweder für oder gegen mich“ geschafft, seine eigenen Errungenschaften zu unterminieren – wie zum Beispiel die Unterstützung der Demokratiebewegung in Hongkong oder die Eindämmung von Chinas autoritärer Regierung, die der überwiegende Großteil der Amerikaner für richtig hält. Er hat wegen seiner Egozentrik und seinem Feinddenken aus einem Fall (der allerdings kein Einzelfall ist) ein Systembeben gemacht – und damit seine eigene Wiederwahl torpediert. Warum? Weil er immer, auch wenn er Sinnvolles tut, mehr oder weniger bedingungslos den „drei P“ des Populismus folgt: Personifikation (starker Mann), Popularität, Provokation. Das muss auf Dauer schiefgehen. Denn die Amerikaner als Nation tendieren grundsätzlich immer in die Mitte – im Prinzip auf allen Seiten. Das ist der historische Grundkonsens und letztlich auch der Grund dafür, dass es nur zwei regierungsfähige Parteien gibt.

Der Alltagsrassismus, gegen den sich die Proteste in den USA und zunehmend auch rund um den Globus richten, ist nicht nur ein rein US-amerikanisches Phänomen. Daher stellt sich die Frage: Was ist in Washington & Co so „anders“?

Die USA wurden mehrheitlich von Europäern gegründet. Aus der Verbindung von Amerika und Europa ist moderne Demokratie entstanden. Ein Teil von deren Nachfahren sieht das Grundsystem Amerikas nun durch den demographischen und ethnischen Wandel in Gefahr – etwa, wenn die asiatische Bevölkerung stark wächst, Spanisch für viele zur Landessprache anstelle von Englisch und die europäischstämmige Bevölkerung zur Minderheit zu geraten droht. Vieles von den Ängsten wird, faktisch und historisch falsch, unbewusst auf die traditionellen Sündenböcke: die ehemals als Sklaven importierten afroamerikanischen Mitbürger abgeladen. Das sind tief liegende Identifikations- und Vorurteilmuster. Zudem ist Amerika eine junge Nation, in der Ideale und Ideen viel unmittelbarer lebendig sind als in Europa. Darunter notgedrungen auch falsche Ideen, Vorstellungen und Einbildungen. Nicht zufällig ist bereits bei Lincoln und später immer wieder beschwörend von den „guten Engeln“ des amerikanischen Geistes die Rede – weil er auch die anderen kannte. Das amerikanische Gesellschaftsspektrum an Ideengruppen und sozialen Schichten ist deutlich vielgesichtiger als in Europa; und die USA sind eine höchst breit gefächerte und sehr stark ausdifferenzierte Konkurrenz, nicht eine Solidargesellschaft. Solidaritätsbildend wirkt hauptsächlich der gemeinsame, ethnienübergreifende Glaube der Bevölkerung an die richtigen Ideale des Landes. Genau deshalb ist der „Ideen-Kitt“

bzw. die vereinigende emotionale Zivilreligion: der gemeinsame Glaube an säkulare Ideale wie Freiheit und Gerechtigkeit, in Amerika unmittelbar viel wichtiger als in Europa, weil er Gesellschaft bildet. Genauer ausgedrückt: In den USA koexistiert beinharte wirtschaftliche Konkurrenz jeder gegen jeden mit zivilreligiösem Gemeinschaftsgefühl der „Auserwähltheit“: gemeinsam Teil des Landes der Tapferen und der Freien zu sein, des ersten echten „Menschheitsexperiments“ „von unten“, also von Menschen aus allen Teilen der Welt, in einer Demokratie mit unbegrenzter sozialer Mobilität. Wenn nun aber ein Präsident daherkommt, der seit drei Jahren Konkurrenz fördert, zugleich aber die gemeinsame säkulare Zivilreligion, wo er kann, unterminiert – und zwar zum Teil auch aus Ungeschicklichkeit –, dann muss das Grundgerüst der amerikanischen Gesellschaft bröckeln. Denn die USA können nur mit beiden gemeinsam existieren: Sozialdarwinismus und Zivilreligion. Das eine oder das andere allein zerstört das Land. Sozialdarwinismus allein führt in Klassenkämpfe. Zivilreligion allein führt in Nationalismus. Europa hat weder das eine noch das andere – weder eine solch starke wirtschaftliche Binnenkonkurrenz noch eine so starke Zivilreligion, das heißt so starke gemeinschaftsbildende säkulare Ideale, die jede und jeder in sich unmittelbar lebendig fühlt. Deshalb fühlt sich europäische Demokratie weniger dramatisch und weniger tragisch an. Weil es diese extreme Dialektik nicht hat, ist Europa aber auch weniger dynamisch.

Sie haben eingangs bereits auf den laufenden Präsidenten-Wahlkampf verwiesen, der nun eine ganz neue Schlagseite bekommen hat. Inwieweit spielt es denn Donald Trump – für eine mögliche Wiederwahl bzw. zweite Amtszeit als US-Präsident – in die Karten, wenn er den Harten gibt und das Militär einsetzt?

Bei einem kleinen Teil seiner eingeschworenen Wählerschaft mag ihm das nutzen. Bei der Mehrheit eher nicht. Stand heute werden viele seiner Stammwähler nicht aus Protest, aber aus tiefem Unbehagen zuhause bleiben und nicht wählen gehen. Sie spüren, dass Polarisierung hier zu weit getrieben wird und Amerika nicht gut tut, bei allem Kampf der Ideen. Das kann Trump die sicher geglaubte Wiederwahl kosten. Trump hat das nach und nach begriffen. Auch deshalb hat er versucht, die religiöse Karte zu spielen. Er will mit der Bibel in der Hand – wortlos dastehend – vermitteln, dass er eine Art „höhere Zivilreligion“ personifiziert, direkt von Gottes Gnaden. Dass er als gewählte Führungsperson der Vertreter eines übergeordneten Ideals von Recht und Ordnung „von oben“ ist. Das nimmt ihm die Mehrheit auch seiner eigenen Wähler so nicht ab. Das war bislang vielleicht sein größter Fehler und könnte ihn noch teuer zu stehen kommen. Denn Missbrauch von Religion mögen die Amerikaner, die sich zu 90 Prozent in verschiedenen Weisen als religiös erklären, ganz und gar nicht.

Ist denn hier wirklich die Rede von einem „Failed/Failing State“, wie es dieser Tage mehrere renommierte Kommentatoren und USA-Experten vor dem

Hintergrund der Unruhen und Kundgebungen vor dem Capitol formulieren?

Viele wichtige Persönlichkeiten – wie der ehemalige NATO-Kommandant und heutige Präsident der einflussreichen Denkfabrik Brookings Institution John Allen – sprechen in der Tat davon, dass dies der Anfang vom Ende des „US-amerikanischen Experiments“ sein könnte. Also: das Ende einer offenen, säkular-idealistischen, willenszentrierten und metaethischen, dabei von den „Gründervätern“ sorgfältig zwischen oben und unten ausbalancierten Gesellschaft, in der einerseits ein radikales Individualitäts- und Freiheitsprinzip gilt, andererseits aber jeder auf jeden angewiesen ist und niemand einfach tun kann, was er will, weil es klare Entscheidungsstrukturen gibt (föderale Präsidialrepublik). Die USA waren im Unterschied zur europäischen Sichtweise ja nie eine Demokratie im engen Sinn des Wortes, sondern immer eine Republik. Es zählen hier nicht Stimmenmehrheiten, sondern Repräsentanten-Mehrheiten und der Grundsatz „The Winner takes it all!“. Außerdem waren und sind die USA bis heute nicht vorrangig eine Nation, sondern eine Idee. Die Idee hält mindestens genauso zusammen wie das Staatswesen. Trump versucht den republikanischen Aspekt weiter zu verengen zu einer Art Personalrepublik, und zugleich den zivilreligiösen Aspekt darauf einzuschwören. Ich glaube nicht, dass das gelingen kann, weil Amerikas säkulare Zivilreligion letztlich stärker als Trump ist. Aber die Ereignisse werden unweigerlich Spuren in der amerikanischen Seele hinterlassen. Mit langfristigen Auswirkungen. Wie alle US-Präsidenten wird auch Donald Trumps Nachfolger vieles heilen müssen.

Zu guter Letzt noch ein ganz anderes Thema. Sprechen wir doch über den Denkansatz, der aus dem Trump-kritischen Lager kommt und den rund um den Globus auch viele Prominente unterstützen: In den sozialen Netzwerken werden zunehmend schwarze Bilder statt Heile-Welt-Profilbilder gepostet – und zwar aus Solidarität mit den afroamerikanischen Opfern der Trump-Politik. Ist das eine reine Alibi-Aktion oder gilt der Grundsatz „Wer schweigt, ist per se schon ein Rassist!“?

Nein, in einer Demokratie gibt es weder eine Redenoch Schweigepflicht. Grundsätzlich darf jede und jeder das äußern, was sie und er für richtig hält. Politische Korrektheit – also dass es in der Öffentlichkeit (unausgesprochen) nur noch eine einzige „richtige“ Haltung gibt: Ich muss jetzt schwarze Bilder posten, um Solidarität zu zeigen, und alle anderen sind Unmenschen, ist undemokratisch. Ausufernde politische Korrektheit, die freie Meinungsäußerung unterminiert, war ja gerade einer der Gründe für die Gegenreaktion vieler „Hausverstand“-Amerikaner, die auch aus Zorn darüber Trump wählten. Amerika braucht jetzt nicht politische Korrektheit, sondern die Besinnung auf seine demokratischen Grundideale, verkörpert in seiner Verfassung. Es braucht einen Verfassungspatriotismus. Dazu muss es allerdings vielleicht auch seinen Leitspruch „Ex pluribus unum“ (dt. „Aus vielen wird eines“) überdenken, der in einer pluralen Gesellschaft nicht mehr unbedingt zeitgemäß ist. Und sich

in der Folge möglicherweise eher Europas Leitbild „In varietate concordia“ (dt. „In Vielfalt geeint“) annähern. Zudem braucht Amerika echte Leadership und glaubwürdige Empathie seiner Führungspersonen, die zur gemeinschaftlichen Einheit führen, wie es in der amerikanischen Tradition liegt, und nicht die Unterschiede dadurch verstärken, dass sie „Stärke“ nach ihren persönlichen Vorstellungen erzwingen wollen. Donald Trump sollte einmal Alexis de Tocqueville lesen: „Über die Demokratie in Amerika“ – das mit Abstand beste Buch, das die amerikanische Herkunft und Seele erklärt. Amerika ohne Demokratie, geteilt in Aufgaben und Pflichten zwischen allen Systembeteiligten, ist nicht Amerika. Leider liest Trump nicht gern.

Interessanterweise hat Trump am Tag nach Fertigstellung dieses Gesprächs bei der Vorstellung der amerikanischen Arbeitslosenzahlen genau das gemacht, was Sie fordern: Er hat die Polizei plötzlich dazu ermahnt, die Verfassung zu respektieren und gleiches Recht für alle unter dem Gesetz anzuwenden.

Ja, er hat ein feines Gespür für Feldveränderungen. Er merkt meist rechtzeitig, wohin der Hase läuft und schließt sich dem dann an. So steht er immer auf der Seite der Sieger. Wir werden sehen, wie ernst er es meint. ■

Corona – die Urteilsbildung

Matthias Wiesmann

Zu welchem Zeitpunkt kann man die Gefährlichkeit einer Krankheit oder einer Epidemie einschätzen? Bei Covid19 waren die Urteile vielerorts schon gefällt, bevor sich die Infektionen so richtig ausbreiteten. Das scheint zum Krankheitsbild dieser Epidemie zu gehören.

Wie würde man einen Lehrer einschätzen, der von Schüleraufsätzen jeweils nur den ersten Abschnitt liest oder bei Mathematikproben nur die dritte Aufgabe prüft, um dann doch die ganzen Arbeiten zu beurteilen und zu benoten? Hersteller von Pflanzenschutzmitteln werden kritisiert, weil sie Wirkungen nur sehr partikulär ansehen und beurteilen und Kollateralschäden außer Acht lassen. Ökologisch-ganzheitliche Betrachtungsweisen werden gefordert. Mit ähnlichen Vorbehalten werden Schulmediziner konfrontiert. Die Medizin solle sich an einem ganzheitlichen Menschenbild orientieren.

Eigentlich ist die Feststellung plausibel: Zu angemessenen Erkenntnissen kommen, beziehungsweise urteilen, kann man nur, wenn man das ganze Phänomen vor sich hat und betrachten kann.

Dies gilt jedenfalls dann, wenn es um Erkenntnis geht. Wenn es darum geht, sich vor möglichen Schäden eines aufziehenden Unwetters zu schützen, kann man selbstverständlich nicht zuwarten, bis das Unwetter vorbeigezogen ist. Hier gilt das Vorsichtsprinzip. Über das Ausmaß der Vorsichtsmaßnahmen lässt sich streiten.

Interessant an den Corona-Debatten ist, dass sie zunächst fast immer im Urteils- und Erkenntnisbereich stattfinden, nicht im Bereich der getroffenen Maßnahmen. Für einen der Kritik-Meinungsführer, den Arzt Wolfgang Wodarg, war am 13. März, als die Epidemie bei uns noch kaum eingesetzt hatte, klar, dass es sich bei Corona (Covid19) um ein Virus handelt, das seiner Gefährlichkeit nach den jährlichen Grippeviren gleicht. Am 22. März knüpfte Kai Ehlers, ein geschätzter, kritischer Journalist an Wodarg an und schrieb: „All des ungeachtet wird von den Initiatoren der gegenwärtigen Quarantäne die Ausbreitung des aktuellen Corona-Virus zu schwindelerregenden Bedrohungsziffern hochgerechnet und mit tatsächlichen Pandemien aus der Geschichte, wie der Spanischen Grippe zwischen 1914 und 1918, in Zusammenhang gebracht.“ Und am 2. April schrieb ein von mir sehr geschätzter Freund und konsequenter Denker: „Als Epidemie ist Corona aber offensichtlich nicht das, was man einmal erwartet hat – und wofür man frühzeitige und kräftige Maßnahmen ergriff.“ Exakt in diesem Moment begann die Todesfallkurve die Bandbreite der zu dieser Jahreszeit erwartbaren Todesfälle deutlich zu übersteigen.

Es gehört zu den Phänomenen dieser Pandemie, dass Menschen mit gutem Urteilsvermögen den Eindruck haben, sie seien aufgrund der partiellen Wahrnehmung nur eines Teils urteilsfähig in Bezug auf den ganzen Epidemieverlauf – so wie der Lehrer, der nur den ersten Abschnitt des Aufsatzes liest und dann eine Note vergibt.

Das Fällen von Urteilen aufgrund partieller Erkenntnis prägt unseren Alltag. Es geht nicht anders. Wer über eine Straße gehen will, auf der ein Auto heranrast, geht besser keine Experimente ein, nur um die Annahme bewiesen zu haben, dass der Autofahrer nicht mehr bremsen kann.

Aber weshalb wirkt da, wo kein Handlungsdruck besteht (weil wir ja alle gewissermaßen weggesperrt und zur Untätigkeit verdammt sind) nicht mehr Erkenntnisgelassenheit?

Es besteht nämlich nicht nur ein Druck zum übereilten Urteil aufgrund nur partieller Wahrnehmungen. Es sollen darüber hinaus gleich noch Aussagen über verborgene Hintergründe gemacht werden. Denn: Nichts ist, wie es scheint. Mindestens Donald Trump ist sicher, dass das Corona-Virus von den Chinesen ausgeheckt worden ist. Wirkt das als Einladung, über alternative Hintergründe zu spekulieren?

Wenn diesem Epidemieverlauf, der sich im Grenzbereich von Naturgeschehen und gesellschaftlichen Prozessen abspielt, ein Zweck zugeschrieben wer-

den sollte, dann vielleicht der, die Urteilsfähigkeit von intelligenten Menschen zu verwirren.

Verschwörungstheorien

Zur Stigmatisierung

Während derzeit viel über Verschwörungstheorien und Verschwörungstheoretiker geschrieben wird, bleiben Begriff und Funktion von „Verschwörungstheorie“ selber unreflektiert. Dies ist unbedingt nötig, denn das Reden über Verschwörungstheoretiker ist ja bereits ein für Betroffene einschneidender sozialer Vorgang.

„Verschwörungstheorien“ gibt es nicht nur zu aktuellen Ereignissen, sondern auch zu historischen. Zwei Beispiele: *Daniele Ganser* beschäftigt sich mit 9/11, mit dem Einsturz mehrerer Gebäude des World Trade Center in Manhattan, insbesondere mit den Einsturzursachen bei einem Gebäude (WTC 7), das nicht von Flugzeugen getroffen worden ist. Mit vielen Bau- und Sprengexperten weist er darauf hin, dass der Einsturz dieses Gebäudes alle Merkmale einer Sprengung aufweise. Zwar nannte er meines Wissens nie eine von ihm vermutete Täterschaft. In der Presse „einigte“ man sich aber darauf, er „insinuieren“ – deshalb ist er, der bis dahin „Historiker“ oder „Friedensforscher“ genannt wurde, inzwischen zum „Verschwörungstheoretiker“ geworden.

Christoph Blocher beschäftigt sich gerne mit nationalen historischen Vorgängen. Zum 100. Jahrestag des Landesstreiks 1918 hielt er eine Rede, in der er Behörden und Soldaten dankte. Er sieht im Landesstreik primär einen „unschweizerisch-sowjetischen Umsturzversuch“. („Schweizerisch“ waren hingegen wohl der für den militärischen Einsatz gegen Streikende in Zürich Verantwortliche, Oberstdivisionär Emil Sonderegger, der sich später der faschistischen Organisation der Frontisten anschloss, und General Ulrich Wille, der offen mit dem Kaiserreich sympathisierte.) Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Corona-Situation von Millionen von Menschen, die durch behördliche Maßnahmen von jeder Verdienstquelle ausgeschlossen und ins Elend getrieben worden sind, braucht es wenig Phantasie, sich das Massenelend nach dem 1. Weltkrieg fast ohne soziale Sicherheitssysteme als Ursache für die landesweiten Demonstrationen vorzustellen. Wo das eigene Vorstellungsvermögen nicht hinreicht, hilft die historische Forschung, die Blochers Theorie widerspricht.

Damit sind zwei „Verschwörungstheoretiker“ erwähnt, von denen der eine mit einem sehr wirkungsvollen Stigma belegt worden ist. Er wird nie mehr zu einer öffentlichen Debatte (TV, Radio, Presse), die ernstgenommen werden will, eingeladen werden. Dem anderen schadet die Absurdität seiner Thesen in keiner Weise. Er bleibt im öffentlichen Diskurs.

Das Muster der Verschwörungstheorie ist keineswegs neu. Gerade die Art, wie Christoph Blocher argumentiert, war in den Jahrzehnten nach dem 2.

Weltkrieg sehr verbreitet. Man nannte diese Phase „Kalter Krieg“. Es gab weit herum angesehene Persönlichkeiten und Organisationen, die Verschwörungen nachspürten. Zu nennen ist da zum Beispiel der SAD (Schweizerischer Aufklärungsdienst), der in seinen regelmäßigen Bulletins zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft zu Verschwörern umdeutete. Einer der verwendeten Begriffe war „Frontorganisation“. So wurden beispielsweise die damaligen Ostermärsche gegen Atomwaffen in SAD-Augen zu sowjetischer Wühlarbeit. Auf gleichen Pfaden wandelte Ernst Cincera, der eine Art privaten Geheimdiensts aufbaute und unzählige Organisationen und Menschen denunzierte.

Derartige Denunziationen wirken mit zuspitzender Polarisierung, die keine Grautöne zulässt. Ähnlich wie im Umgang mit Israel: Weil mittlerweile Kritik an der Politik der israelischen Regierung fast grundsätzlich schon Antisemitismusverdächtig ist, halten sich viele Kommentatoren vorsichtshalber mit Äußerungen zum Thema zurück. Damit ist das Ziel der Polarisierung erreicht. Ähnlicher Polarisierung dürfte auch Kritik an Covid-19-Massnahmen unterliegen. [...]

Zum Links-Rechts-Schema

Die generelle Unsicherheit in Bezug auf das gesamte Covid-19-Geschehen ruft ganz besonders nach Referenzen, die man in der Vergangenheit als vertrauensbildend erlebt hat. Ein mögliches Referenzsystem ist das Links-Rechts-Schema. Nun ist es zwar so, dass sich die tendenziell oppositionelle, kritische Linke im Rahmen der Covid-19-Krise und den verordneten Maßnahmen äußerst gouvernemental verhält. Forderungen nach Lockerung von Maßnahmen werden Gewerbevertretern und der SVP überlassen. Voten in Richtung Beibehaltung von restriktiven Maßnahmen kommen gar von den Gewerkschaften. Hinzu kommt, dass „rechte“ Webseiten oft ein Sammelsurium von Positionen präsentieren, die mindestens aus Mainstream-Sicht, als absurd und wissenschaftlich unhaltbar angesehen werden müssen.

So erstaunt es nicht, wenn ein Freund, den ich zur überzeugten Linken zähle, auf einer Liste verschiedener wichtiger Beiträge zur Covid-19-Thematik u.a. auf Sucharit Bhakdi hinweist und bei diesem Autor einschränkend anmerkt: „Bhakdi ist zwar ein anerkannter Wissenschaftler, der servus-tv aber ein sehr rechtslastiger Sender.“ Ich denke, dass kritische Menschen, denen das Links-Rechts-Referenzsystem wichtig ist, sich je länger desto mehr daran gewöhnen müssen, dass sich „Wahrheit“ nicht an dieser Art von Koordinaten orientiert.

Das Bedürfnis erklären zu können

Verschwörungstheorien sind zunächst Versuche, Sachverhalte oder Ereignisse zu erklären. Das Bedürfnis zu erklären, steckt in jedem Menschen. Wenn infolge eines Erdbebens ein Bild von der Wand fällt, ist die Erklärung naheliegend. Wenn

es eines Abends ohne spürbare äußere Wirkung plötzlich herunterfällt oder sich bewegt, wie im bei Parapsychologen bekannten Beispiel der Anwaltskanzlei in Rosenheim, dann ist die Vermutung nahe liegend, dass da „etwas dahintersteckt“. Wie auch bei einem Vorgang, den ich erlebt habe: Während des Mittagessens im Rahmen eines Kurses hielt ich eine Glasschüssel mit einer mäßig warmen Speise in der Hand. Plötzlich „explodierte“ die Schüssel. Die Scherben „spritzten“ in alle Richtungen. Niemand wurde verletzt. Was an Speisen auf dem Tisch war, musste vorsichtshalber entsorgt werden. Weil in der Gruppe an diesem Tisch sowieso gerade Spannung herrschte, wurde ein Zusammenhang Spannung-Explosion intensiv erörtert.

Erklärungsbedarf besteht vor allem da, wo die Erklärung nicht auf der Hand liegt oder Menschen den kursierenden Erklärungsangeboten misstrauen. Man fragt nicht überall nach Erklärung, wo man etwas nicht selber versteht. Meist ist man zufrieden, wenn man annehmen kann, kundige Menschen hätten eine Erklärung bereit, dann zum Beispiel, wenn man danach fragen würde, weshalb ein Ei hart wird, wenn man es kocht oder weshalb sich eine Auto bewegt, auch wenn niemand schiebt oder zieht.

Verschwörungstheorien sind gewissermaßen „Infektionen des Kausal Denkens“. Die Naturwissenschaften der letzten 200 Jahre haben uns gelehrt, dass jede Erscheinung durch eine Ursache bewirkt ist. Mit dem Darwinismus und dem Prinzip des „survival of the fittest“ wurde das Kausalprinzip auf lebende Organismen übertragen. Die differenzierte Beschreibung von Farben und Formen wurde den Dichtern überlassen, die Wissenschaft beschränkte sich fürderhin auf kausale bzw. funktionale Beziehungen. Während Wissenschaft in der Regel differenziert ist und sich nicht auf Monokausalitäten beschränkt, sind populärwissenschaftliche Darstellungen mit oft deutlich monokausaler Tendenz sehr viel einfacher gestrickt.

Kein Wunder, dass selbst komplexe soziale Sachverhalte monokausal erklärt werden. In Verschwörungstheorien treten Monokausalitäten wie Karikaturen der praktizierten Wissenschaften in Erscheinung. Hinzu kommt ein Bedürfnis nach Benennung oder gar Personifizierung. Erst mit einer Personifizierung kommt das „befriedigende“ Setting einer Freund-Feind-Konstellation zu Geltung. „Das Kapital“ wird in der Illustration zum Zylinder tragenden Dickbauch mit Zigarre in der Fratze. Da wirkt es doch schon fast seriös, wenn man statt „Kapital“ schreiben kann „Blackrock“. Blackrock kam im Fall der Corona-Krise allerdings nicht in Frage, wurden deren Interessen ja auch massiv geschädigt. Die Funktion des Drahtziehers fällt in diesem Fall Bill Gates zu.

Auffallend im Rahmen der Covid-19-Krise ist, dass Erklärungen aufgetischt werden noch längst bevor überhaupt ein einigermaßen vollständiges Bild des Sachverhalts entstanden sein kann. So wurde die Krankheit umgehend zur normalen Grippe erklärt, was jede restriktive Intervention des Staates überflüssig oder gar verdächtig erscheinen ließ. – Die

Eile, mit welcher mit Erklärungen aufgewartet wird, ist ein Aspekt, der skeptisch stimmen muss.

Verschwörungstheorien sind deshalb oft bestechend, weil sie meist einen wahren Kern enthalten. Allerdings muss gerade die Einfachheit der Erklärungsmuster eine Warnung sein. ■

Quelle: <https://matthias-wiesmann.ch>

Matthias Wiesmann,

geboren 1945, hat in Bern und Freiburg i.Br. Sozialwissenschaften studiert. Zeitweilig in der Hochschulplanung des Kantons Aargau tätig, einige Jahre Assistent am Betriebswirtschaftlichen Institut der Universität Bern. Er ist Mitbegründer einer Reihe praktischer solidarwirtschaftlicher Initiativen in der Schweiz, darunter eines Großhandels mit Bioprodukten und der CoOpera Sammelstiftung PUK sowie der CoOpera Beteiligungs AG (<https://coopera.ch>). Tätig im Verwaltungsrat der Lehmann Holzofenbeck AG. Wiesmann ist auch als Referent, Dozent und Autor hervorgetreten. E-Mail: k.m.wiesmann@gmail.com

Corona: Das Virus und die Demokratie

Mehr Demokratie e.V.

Das Corona-Virus hat eine Krise mit Superlativen ausgelöst: Noch nie wurden in so kurzer Zeit so viele Grundrechte eingeschränkt, noch nie wurde so deutlich offenbar, was die Gesundheitssysteme hier und anderswo auf dieser Welt zu leisten vermögen, selten war die Unsicherheit, politische Entscheidungen zu fällen und zu begründen so spürbar wie in diesen Wochen. Zugleich verständigen sich die Menschen darauf, sich um der Schwächsten willen solidarisch zu verhalten und tragen angeordnete Maßnahmen mit.

Es bestehen aber auch Ängste, der Ausnahmezustand könnte zur Normalität werden, in aller Eile könnten Entscheidungen getroffen werden, die schlecht begründet und nicht mehr nachvollziehbar sind. Die Solidarität der Menschen untereinander fußt auf dem Vertrauen in die Politik. Dies darf nicht verspielt werden.

Deshalb fordert Mehr Demokratie e.V.:

1. Die Parlamente sind legitimiert, zu entscheiden. Das muss so bleiben!

Gesetzgebung und parlamentarische Kontrolle der Regierung müssen auch in Krisenzeiten beim Bundestag und den Landesparlamenten verbleiben. Es braucht kein Not-Parlament. Entscheidungen, die Grundrechte betreffen, können nur vom Parlament getroffen werden. Es ist zu hinterfragen, wenn in solcher Zahl und Intensität Grundrechte auf dem Verordnungsweg durch Ministerien eingeschränkt werden.

Die Ausarbeitung einer „Exit-Strategie“ und ihre Umsetzung bietet Gelegenheit, sorgfältiger die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen auf Erforderlichkeit zu prüfen. Das bedeutet, wenn Grundrechte mit einer Verordnung eingeschränkt werden, genau zu prüfen, ob es ein weniger einschneidendes Mittel gibt, das einen ebensolchen Gesundheitsschutz bietet. Hier muss sich zeigen, dass der Rechtsstaat beim Grundrechtsschutz funktioniert.

2. Verordnungen und Gesetze befristen

Jede Maßnahme – sei sie auch auf den ersten Blick noch so gering – muss befristet sein. Und jede Verlängerung ist erneut zu diskutieren und darf nicht einfach durchgewunken werden. Auch ein mehrfach verlängertes Ausnahmegesetz darf nicht in den gewöhnlichen Rechtsbestand übergehen.

3. Parlamentarische Diskussion öffentlich führen

Die aktuellen Maßnahmen sind drastisch; sie müssen öffentlich diskutiert werden. Das Prinzip der Öffentlichkeit bei parlamentarischen Entscheidungen muss gerade jetzt gewahrt bleiben. Fahren Parlament und Regierung auf Sicht, wollen Bürgerinnen und Bürger sie dabei sehen.

4. Beratungsgremien breit besetzen

Die Beratung der Politik muss interdisziplinär erfolgen. Die Pandemie ist vordergründig ein medizinisch-pflegerisches Problem. Aber eben nicht nur. Die Mitwirkung der Sozialwissenschaften, der Ethik, der Ökonomie, von Rechts- und Politikwissenschaft sind unverzichtbar. Schließlich sind „Nebenwirkungen“ der Corona-Krise mit zu bedenken: Soziale Isolation, Angstzustände und Depressionen, das Ansteigen häuslicher Gewalt, der Verlust von Pflege und Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung, die wirtschaftlichen und existentiellen Folgen.

5. Bürger einbinden

Einzubinden ist auch die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger durch einen repräsentativ zu besetzen den Bürgerbeirat.

6. Transparenz sichern

Jetzt heißt es, den Standard der Informationsfreiheit zu erfüllen: Strategiepapiere, Szenarien, Gutachten, Modellrechnungen von Ministerien und Instituten müssen automatisch veröffentlicht werden. Zudem sind die von den Regierungen eingesetzten Krisenstäbe und ihre Besetzung transparent zu machen.

7. Entscheidungen und deren Grundlagen müssen nachvollziehbar sein

Entscheidungen müssen nachvollziehbar und möglichst evidenzbasiert sein: Politische Entscheidungen müssen auf empirischer und wissenschaftlicher

Grundlage erfolgen. Wo Politik nicht auf ausreichend Daten zurückgreifen kann, sollte sie dafür sorgen, dass die Datengrundlagen vervollständigt werden (z.B. durch eine Baseline-Studie).

Zudem sollte das Spektrum der Interpretationen von Daten aufgezeigt werden, so dass gegebenenfalls auch plausible Gegenmeinungen Gehör finden. Das stärkt eher das Vertrauen, als sich unterstellen zu lassen, Datenlagen zu ignorieren. Aufzuzeigen ist, was genau mit welchen Maßnahmen erreicht werden soll.

8. Versammlungs- und Demonstrationsrecht erhalten

Das öffentliche Leben ist fast vollständig lahmgelegt. Damit sind die Versammlungsfreiheit, demokratische Teilhabemöglichkeiten und das Demonstrationsrecht stark eingeschränkt. Demokratie und Zivilgesellschaft dürfen durch das Corona-Virus keinen irreparablen Schaden nehmen. Die Zivilgesellschaft übt sich schon lange darin, sich digital zu artikulieren. Dies kann jedoch Meinungsäußerungen im öffentlichen Raum nicht ersetzen. Die Bundesländer sollten Versammlungen und Demonstrationen zulassen, wenn das Infektionsrisiko durch Schutzmaßnahmen so gering gehalten werden kann wie durch die Anweisungen für den öffentlichen Raum. Die Politik ist gut beraten, Themen, bei denen ein großer Diskussionsbedarf in der Zivilgesellschaft zu vermuten ist, nicht gerade jetzt durchzuziehen, zumal es derzeit kaum möglich ist, Bürger- oder Volksbegehren zu starten. Dies würde sonst das Vertrauen in die Schutzmaßnahmen erheblich beschädigen.

9. Freie Religionsausübung nicht pauschal unterbinden

Was für das Demonstrationsrecht gilt, gilt auch für Gottesdienste und Gebete. Kirchen, Moscheen und Synagogen können geeignete Räume sein, um Abstandsregeln besser einzuhalten als in Baumärkten. Hier sollte anlass- und ortsbezogen von den Verwaltungen abgewogen werden. Dies gilt auch für Bestattungen und das Abschiednehmen von Sterbenden.

10. Datenschutz beachten

Zur Eindämmung der Infektionen sind Tracking-Apps und andere technische Lösungen im Gespräch. Sollte der Gesetzgeber die Auswertung von Bewegungsdaten für notwendig und hilfreich befinden, sollte er deshalb eine – verhältnismäßige – Rechtsgrundlage schaffen. Sie müssen sich an den Grundsätzen der Freiwilligkeit, der Persönlichkeitsrechte, des Datenschutzes und der Datensparsamkeit orientieren.

11. Weltweit solidarisch sein

Die globale Ungleichheit wird in der Corona-Krise offenbar: Die Folgen sind für die Schwächsten am härtesten. Die internationale Gemeinschaft muss jetzt helfen. Das Corona-Virus lehrt uns: Wir gehören zu der einen Weltfamilie.

12. Den Umgang mit der Krise evaluieren

Unmittelbar nach der Krise sollte das Krisenmanagement von Politik und Verwaltung der verschiedenen politischen Ebenen evaluiert und Lehren für die Zukunft gezogen werden. Hierbei sollten die Bürgerinnen und Bürger über einen losbasierten Bürgerrat einbezogen werden. ■

<https://www.mehr-demokratie.de/news/voll/corona-das-virus-und-die-demokratie> | 16. April 2020

SEKEM-Initiative Ägypten zur Corona-Pandemie

Während sich die Welt in einer Krise befindet, reflektieren wir in SEKEM darüber, wie wir aktiv zu einer Bewältigung der Herausforderungen beitragen können. Denn: Die Corona-Krise betrifft nicht nur jeden Menschen mehr oder weniger gleichermaßen, sondern auch alle Bereiche, in denen SEKEM tätig ist und die das Leben prägen – die Wirtschaft, die Umwelt, das soziale Gefüge, sowie den kulturellen Bereich.

In erster Linie sind wir in diesen Tagen mit kraftspendenden Gedanken bei denen, die besonders stark von der Ausbreitung von Covid-19 betroffen sind, die an der Krankheit leiden oder deren Existenz gefährdet ist. Insbesondere, wenn wir an diese großen Herausforderungen denken, kommen wir nicht umhin, uns zu fragen, welche Lehren wir aus einer solchen Krise ziehen können. Dazu bewegen wir in der SEKEM Gemeinschaft in regelmäßigen Treffen mit allen unseren Mitarbeitenden viele Fragen und Gedanken.

Was können wir aus der Krise lernen?

In der Vergangenheit hat die Welt in der Überzeugung gelebt, dass eine florierende Wirtschaft grundlegend für das Fortkommen der Menschheit ist. Nun hat die Wirtschaft innerhalb kürzester Zeit enorme Einbußen erlitten, aber die Welt ist dadurch nicht zugrunde gegangen – kann das eine Lehre für uns sein, die uns ermutigt Wirtschaft neu zu denken?

Die Metropolen mit der größten Umweltverschmutzung scheinen besonders viele Erkrankte aufzuweisen, gleichzeitig erholt sich die Umwelt enorm schnell, etwa durch den stark rückläufigen Verkehr. Schafft es die Menschheit nur in einer Krise mit der Umwelt verantwortungsvoll umzugehen, wenn gleichzeitig die persönliche Freiheit eingeschränkt wird?

Wie geht es den anderen Lebewesen auf diesem Planeten und wie wird unser Verhältnis etwa zu den Tieren und der Natur durch die bedrohte menschliche Gesundheit beeinflusst?

Ist die Ausbreitung einer solchen Pandemie durch den Materialismus beeinflusst? Oder: Was kann

jeder einzelne von uns für seine individuelle Entwicklung aus dieser Krise lernen?

Trotz „Social Distancing“ erleben wir eine wachsende soziale Verantwortung – sind vielleicht doch die VerkäuferInnen, Pflegekräfte oder HandwerkerInnen diejenigen, die unsere Gesellschaft tragen und nicht nur Konzernchefs und Politiker? Und während das Leben auf das Notwendigste reduziert ist, zeigen sich Kunst und Kultur als wichtiger denn je. Menschen singen auf den Balkonen, Polizisten tanzen auf den Straßen und der Durst nach geistiger Nahrung wächst.

Situation in Ägypten

Laut offiziellen Zahlen sind in Ägypten aktuell knapp über 3000 Menschen an Covid-19 erkrankt und rund 200 an den Folgen verstorben. Damit steht das Land noch ganz am Anfang der exponentiellen Wachstumskurve. Schulen, Universitäten, Moschee, Kirchen sowie die archäologischen Stätten und Strände sind geschlossen und zwischen acht Uhr abends und sechs Uhr morgens gibt es eine Ausgangssperre. Um den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken, hat die ägyptische Regierung sechs Milliarden Euro bereitgestellt.

Um unsere Gemeinschaftsmitglieder zu schützen und zu einer Verlangsamung der Ausbreitung von Covid-19 beizutragen, haben auch wir in SEKEM verschiedenste Sicherheits- und Hygienemaßnahmen eingeführt. Wir geben Hygieneprodukte und Desinfektionsmittel aus und messen regelmäßig die Temperatur der Mitarbeitenden. Alle größeren Veranstaltungen wurden abgesagt und der Gästebetrieb ist eingestellt.

Kümmern und Sicherheit geben

Mit diesen Entwicklungen geht aber gleichzeitig einher, dass unsere Mitarbeitenden vermehrt den Wunsch nach Kunst und Kultur äußern. Nachdem wir die kulturellen Aktivitäten zunächst eingestellt hatten, finden sie jetzt wieder in angepasster Form wöchentlich statt. Wir verstehen diese Zeit insbesondere als eine Lernphase für das Umeinander-Kümmern, Füreinander-Sorgen und Sicherheit-Geben. Und die Auswirkungen dessen zeigen wunderbare Wirkung: Wir freuen uns, dass die Stimmung und der Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft momentan trotz allen Herausforderungen besonders positiv sind.

Gute Stimmung und unser Beitrag

In dieser Stimmung betrachten wir auch unsere Zukunftsvision für 2057. Wir beobachten, wie die Corona-Pandemie die Welt im Sozialen, in der Ökologie, in der Wirtschaft und im Kulturellen verändert hat und welche Auswirkungen dies auf unsere 18 Visionsziele haben kann. Wir überlegen auch, wie wir mit der Umsetzung dieser Ziele dazu beitragen können, dass wir und unsere Umwelt für künftige Herausforderungen besser gewappnet sind. Das sind die vier Ziele, die wir uns für diese Zeit vorgenommen haben:

Brandbrief

Uwe Burka

1. Der Ausbau eines integrativen Gesundheitskonzeptes innerhalb der SEKEM Gemeinschaft und die Einführung dieses Ansatzes in Ägypten soll zur Stärkung und Resilienz jedes einzelnen beitragen. Das schließt natürliche Produkte, gesunde Ernährung, ausreichend Bewegung und pflanzliche Arznei ebenso mit ein wie die geistige Entwicklung, Kunst und Kultur und soziale Beziehungen.

2. Die Einführung des Standards und Labels für eine „Wirtschaft der Liebe“. In Zeiten wo die gesamte Weltwirtschaft zum Erliegen kommt, wollen wir die Wirtschaft nicht nur aus der Perspektive der Leidtragenden betrachten. Ebenso wenig wollen wir uns auf eine rein unternehmerische Sicht beschränken und das erhöhte Verkaufspotential bestimmter Produkte und Bereiche ausnutzen, sondern die Chance ergreifen und mit unserem „Wirtschaft der Liebe“-Konzept zum Umdenken und einer innovativen Neugestaltung der Wirtschaft anregen.

3. Weiter und verstärkt zu einer 100% nachhaltigen Landwirtschaft in Ägypten beitragen. Eine schadstofffreie Natur, die gesunde und natürliche Lebensmittel produziert, ist nun wichtiger denn je. Dies zeigt beispielsweise der enorme Anstieg der Nachfrage nach Bio-Produkten in Ägypten und auf internationalen Märkten.

4. Das SEKEM-„Core Program“ und -„Space of Culture“ als Kunst- und Kultur-Initiativen in allen Tätigkeitsbereichen weiter ausbauen und in Ägypten verbreiten. Der wichtige Einfluss von geistiger Nahrung auf die Widerstandsfähigkeit und Gesundheit der Menschen zeigt sich in diesen Tagen besonders deutlich.

Wir wollen die Krise im SEKEM-Sinne in allen Bereichen als Chance nutzen, ohne dabei den Ernst der Lage zu vernachlässigen. Dadurch hoffen wir über alle unsere Kanäle und Netzwerke in Ägypten und international einen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen zu leisten. ■

Über SEKEM:

Mit der Vision nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Wirtschaft, Ökologie, Gesellschaft und Kultur zu fördern, gründete Dr. Ibrahim Abouleish 1977 die SEKEM Initiative in der ägyptischen Wüste. Die SEKEM Firmengruppe produziert, verarbeitet und vermarktet biologische und biodynamische Lebensmittel, Textilien und pflanzliche Arzneimittel in Ägypten und auf internationalen Märkten. Sie gilt als ägyptischer „Bio-Pionier“ und wurde 2003 mit dem „Alternativen Nobelpreis“ ausgezeichnet. Mit einem Teil ihrer Gewinne finanzieren die SEKEM-Firmen die Aktivitäten der SEKEM Stiftung für Entwicklung (SDF), die unter anderem Schulen und ein medizinisches Zentrum betreibt. 2012 wurde unter der Schirmherrschaft SEKEMs die Heliopolis Universität für nachhaltige Entwicklung eröffnet.

Quelle: Pressemitteilung vom 21. April 2020
www.sekem.com

Die ersten Wellen eines Tsunami haben uns erreicht. Die Flut wird nicht nur große Teile unserer Wirtschaft schwer schädigen oder gar vernichten, sondern auch unser egoistisches, illusionäres, auf Materialismus aufgebautes Weltbild weitgehend zerstören. Sind wir darauf vorbereitet? Wollen wir uns darauf vorbereiten? Wollen wir nun zukunftssichernde Lebens- und Wirtschaftsformen erlernen und aufbauen?

Schon vor der Corona-Krise standen wir am Abgrund: Die schnell wachsende Hyperverschuldung der Staaten und eines Großteils der Unternehmen und Bürger spiegelt ja nur die äußere Ausbeutung von Menschen, Tieren, Pflanzen, Humus, Wasser und Klima wider. Alles ist aus der Balance geraten. Nicht nur die Spekulanten und Politiker haben sich verzockt, sondern auch wir, da wir dieses Spiel zu lange zugelassen und auch mitgemacht haben.

Keiner sollte die Schuld für die Wirtschafts-Einbrüche nun, ablenkend, auf die Corona-Krise schieben. Es gibt viele andere Bereiche in Politik, Finanzwesen, Wirtschaft, Sozialem und Natur, die todkrank sind und ebenfalls den Tsunami hätten auslösen können. Lasst uns diese Krise aber als eine „Chance“ verstehen, die ganz neue Entwicklungsschritte möglich macht!

Wie können wir nun unsere Schulden an der Natur, den armen Ländern, den nächsten Generationen (und wer möchte, auch an Gott) abbauen? Wie können wir nun eine menschenwürdige Welt mit einer nachhaltigen Wirtschaftskultur aufbauen? Wie können wir wieder „ja“ zum Leben, „ja“ zur Menschheitsentwicklung sagen? [...]

Hier nun die wichtigsten Aufgaben, die es in persönlichen und gesellschaftlichen Bereichen anzupacken gilt:

- Transformation von der „endlichen“ materiellen Wachstumsdoktrin, hin zu einer sozial-kulturellen Wirtschaftskultur. Unsere geistigen und sozialen Wachstumspotentiale sind „unendlich“!
- Das Geld und die Wirtschaft haben der Entwicklung der Menschen zu dienen und nicht umgekehrt!
- Die Lebensgrundlagen, wie Land, Nahrung, Wohnen, Energie, Gesundheit, Bildung, Verkehr und Informationen müssen von der Spekulation befreit und in den Souverän der Menschen einer Region gelegt werden. Zu dieser Entwicklung können wir in unserer eigenen Region sehr beitragen!
- Wir können Verantwortungsgemeinschaften aufbauen. Besonders zwischen Landwirten/Gärtnern und Konsumenten ist dies extrem wichtig! Händler sollten sich zu „Vermittlern“ entwickeln. Wir können den Landwirten und Gärtnern z.B. unser Geld leihen oder schon für 30 Jahre im voraus unsere Lebensmittel bezahlen. Dies gibt beiden Seiten Sicherheit.
- Unternehmen gehören zu den Grundlagen einer Wirtschaft. Sie sollten keine „Handels- bzw.

Spekulationsobjekte“ sein! Sie können in „Verantwortungseigentum“ übergehen. Siehe z.B. <https://purpose-economy.org/de/>

■ Sozial-ökologisch ausgerichtete Menschen und Unternehmen sind extrem wichtig für eine neue Welt! Dennoch sollten uns deren Erfolge nicht zu der Illusion verführen, dass dadurch schon das neoliberale „Wachstums-System“ überwunden werden kann. Es braucht weitere fundamentale Änderungen und Vernetzungen.

■ Die Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken über Kredite gehört schnellstens gestoppt, wie dies auch die „Vollgeld“-Bewegung fordert.

■ Geld ist ein „Recht für Alle“, eine „Möglichkeit“, aber kein Handelsgut.

■ Wir können von dem heutigen neoliberalen „Schuldgeldsystem“ übergehen zu einem Schenkgeldsystem“. Zwischen Bodensee und Freiburg soll dazu nun ein Verrechnungs-System pionierhaft parallel entstehen. Verschiedene Ansatzpunkte gibt es dazu. Deren Vertreter können/wollen hier ganz praxisnah zusammenarbeiten.

■ Von den konventionellen Banken und Versicherungen sollten wir weitgehend unser Geld abziehen, da sie vorwiegend gegen Menschen und Natur nur für ihren Profit arbeiten.

■ Auf drei Ebenen können wir gesundend mit dem Geld umgehen: Beim Kaufen sollten wir fair auch die ökologischen und sozialen Notwendigkeiten mitbezahlen. Beim Verleihen sollten wir nur sozial-ökologisch gesunde Projekte fördern. Und schenken können wir unser Geld überall dahin, wo eine wirkliche Entwicklung stattfindet. Schenkgeld ist das Produktivste, was wir für die Zukunft einsetzen können.

■ Die Spekulationen müssen massiv eingeschränkt werden! Über die Hälfte unserer Ausgaben geht direkt oder indirekt an die nichtproduktiven Spekulanten. Ein geändertes Kaufverhalten und Steuer-Maßnahmen könnten dies ändern.

■ Profite gehören in den Aufbau einer kreativen Bildungs- und Sozialkultur. Z.B. sollten Schüler viel auf Bauernhöfen lernen, damit sie wieder mit „Lebensrealitäten“ verbunden werden.

■ Weitgehender Verzicht auf Internet-Handelsplattformen, wie Amazon, ist nötig. Sie machen eindeutig die Regionalwirtschaft kaputt und ziehen das Geld in die Spekulationsblase.

■ Uns selbst und die Gesellschaft neu ordnen, indem wir nun einen gesunden sozialen Organismus aufbauen: Freiheit im Geistes-, Schul-, Kunst- und Forschungsleben. Gleichheit im Rechts-, Sozial- und Politikbereich. Brüderlichkeit (Geschwisterlichkeit) im Wirtschaftsleben.

■ Wir brauchen Kulturoasen, in denen neue Lebens- und Arbeitsformen entwickelt und gelehrt werden.

■ Soziale, ökologische und kulturelle Entwicklungen und Werte können nun auch in einer erweiterten „Buchführung“ mit aufgenommen werden.

■ Das Vernetzen von Initiativen und Projekten wird oft zu mechanisch-quantitativ gemacht. Es braucht mehr übergeordnete menschlich-geistige Verbindungen, die lebendige Projekte (Organe) zu einem „Organismus“ zusammenweben.

■ Unser altes intellektuelles und materialistisches Denken kann uns nicht weiterbringen. Wir können

uns ein „lebendiges Denken“ erarbeiten, mit dem wir nicht nur uns selbst beim Denken beobachten, sondern auch „intuitiv“ ganz neue Gedanken aus der geistigen Welt holen können. Dieses „körperfreie Denken“ brauchen wir dringend für einen Wandel.

■ Wir sind nun aufgefordert, die „Geschichte“ der menschlichen Entwicklung mitzugestalten, mitzuschreiben. [...]

Nutzt diese Krise überparteilich, das gesamte System für Mensch und Natur neu auszurichten! [...]

■ Beschäftigt Euch mit der „Dreigliederung“ und „ordnet“ die Gesellschaft nach den drei Prinzipien „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ neu: Gebt den Schulen, Hochschulen, Kultureinrichtungen und Forschungsinstituten ihre „Freiheit“. Lasst die Produzenten, Dienstleister, Händler und Konsumenten in Assoziationen sich „geschwisterlich“ selbst organisieren und regulieren. Setzt Euch endlich für die „Gleichheit“ der Menschen ein und stoppt die einseitige Unterstützung der Reichen und Spekulanten.

■ Schützt die Kinder vor intellektueller, kommerzieller, digitaler, medikaler, psychologischer und pornographischer Verschmutzung!

■ Sorgt für wirklich unabhängige Untersuchungen zu der Gefährlichkeit von Agrargiften, Impfstoffen, gen-manipulierten Pflanzen und Tieren, Strahlenbelastungen durch Mobilfunk, Radar, WLAN usw. [...]

■ Führt sofort hohe Spekulationssteuern ein, auch beim Handel mit Land, Immobilien und Unternehmen. Alle Einkommens- und Lohnsteuern sowie Sozialabgaben können so zukünftig entfallen.

■ Nehmt den Banken sofort das Privileg der Geldschöpfung und der Zinseszinsberechnung. Sie dürfen sich als Dienstleister für die Realwirtschaft weiter betätigen.

■ Schafft ein neues, an die Realität gebundenes, Geldsystem.

■ Sorgt für ein objektives Informationssystem, befreit von Politik-, Macht- und Wirtschaftsinteressen.

■ Sucht die politische, wirtschaftliche und militärische Entspannung mit allen Ländern. [...]

■ Sorgt intensiv für die Heilung und den Wiederaufbau unserer natürlichen Lebensgrundlagen: Boden, Wasser, Pflanzen, Tiere, Klima und besonders für den Wiederaufbau des Humus in unseren Böden, welchen wir schon zur Hälfte durch die Industrielandwirtschaft vernichtet haben.

■ Stoppt die Ausbeutung der armen Länder und hilft ihnen neue zukunftssichernde Strukturen aufzubauen, so dass die entwurzelten und weltweit umherirrenden Menschen in ihre Heimat zurückkehren können.

Lasst uns diese Krisen-Zeit als Chance verstehen! Wer hilft mit bei der Erarbeitung einer neuen Lebens- und Wirtschaftskultur? ■

Uwe Burka, La Vulpillière 10, CH 1070
Puidoux, uweburka@posteo.org

Krise als Chance?

Peter Wassmer

Ein „Brandbrief“ von Uwe Burka (Schweiz)¹ und eine Anfrage von Klaus-Peter Forbrich (Tübingen) haben mich dazu bewogen, mich an die Freundinnen und Freunde der sozialen Dreigliederung mit der Frage zu wenden: Wie nutzen wir die „Krise als Chance“? Was müssen und können wir jetzt leisten in dieser Umbruchzeit? In den letzten 60 Jahren haben Menschen das Thema „soziale Dreigliederung“ in verschiedensten Zusammenhängen gründlich theoretisch bearbeitet. Auf dieser Grundlage entstanden auch praktische Umsetzungen unterschiedlichster Art. Sie sind Beispiele im realen Leben, die als Keime/Samen ganz wichtig sind!

Bei all dem müssen wir feststellen, dass wir dem „großen gesellschaftlichen Durchbruch“ kaum näher gekommen sind. Wir reden von „verpassten“ Chancen: 1919, 1989, 2008. Müssen wir dieser Liste noch das Jahr 2020 hinzufügen? Ein Einwand ist berechtigt und bedenkenswert: Geht es überhaupt um einen „gesellschaftlichen Durchbruch“? Ist ein solcher nicht eine Illusion? Sollen wir uns, statt solche Träume zu hegen, darauf konzentrieren, erst einmal Bewusstsein zu schaffen – bei deutlich mehr als den legendären „4 mal 12 Menschen“, von denen Rudolf Steiner einmal sprach?

Ich gerate da in einen Widerspruch, den ich bisher nicht auflösen konnte. Wie geht es Euch mit dieser Frage? Fehlt es nur an „michaelischem“ Mut, jetzt aktiv zu werden, die aktuelle Chance zu nutzen? Fehlt es nur an Phantasie herauszufinden, wie? Ist die Krise nicht auch ein Aufweck-Impuls für uns? Sind die Chancen jetzt gegeben oder wird nach der Corona-Rezession die Gesellschaft wieder nach den alten Mustern in kranker Weise weiterwursteln?

Ich freue mich über Feedback!

Peter Wassmer
Waldshut / Freiburg
+49 152 5405 6432
peter.wassmer@posteo.de ■

Krise als Chance – Krise als Gefahr

Eine Antwort an Peter Wassmer

Matthias Wiesmann

Peter Wassmer habe ich kennengelernt als sehr tatkräftigen und umsichtigen Organisator von Dreigliederungstagungen, insbesondere des Netzwerks Dreigliederung. Auslöser seiner Mail „Krise als Chance“ ist Uwe Burkas „Brand-Brief“, der einer-

seits eine seitenlange Aufzählung von Notständen, andererseits eine Aufzählung von Maßnahmen enthält („Stell Dir vor, dass Du in der Krise bald ein Ministerium übernehmen müsstest, vielleicht sogar das Kanzleramt. Was würdest Du tun? Hier findest Du ein paar Anregungen dazu.“) Dass hier und jetzt eine große Mission zu erfüllen ist, daran lässt der Brief keinen Zweifel. Wer kann helfen? Wir! („Geht ins Gespräch mit den Nachbarn und Freunden. Sie sind nun wieder offen für neue Ideen und tieferen Kontakt!“ und „Unsere Politiker und konventionellen Medien ... stecken (noch?) im Corona-Schlamm fest und suchen anscheinend nicht nach neuen Horizonten. Da müssen wir ihnen helfen ...“)

Den Aufzählungen von Uwe habe ich nichts beizufügen (auch nichts zu streichen). Dem Hinweis und der Aufforderung in Bezug auf Nachbarn und Freunde („Sie sind nun wieder offen für neue Ideen ...“) möchte ich lediglich die Frage zur Seite stellen: Sind WIR offen für die Wahrnehmung der sozialen Realität und der erstaunlichen Kreativität sehr vieler Menschen in der aktuellen Situation? Denn: Das Soziale ist per definitionem nie ein Einweg-Arrangement.

Lieber Peter, ist die Krise eine Chance? – das ist eine sehr gute Frage: Ich danke Dir, dass Du sie gestellt hast. Viele, denen eine soziale Erneuerung ein Herzensanliegen ist, sind derzeit hin- und hergerissen. Mindestens zu Beginn war viel von Fake und Hysterie die Rede. Immer noch von Fake zu reden, wenn Intensivstationen von todkranken Menschen überfüllt sind, wäre zynisch. Wer sich zu den kritischen Geistern zählt, versucht dennoch herauszufinden, welche Irrtümer den Urteilen und Entscheidungen der maßgeblichen Stellen zugrunde liegen. Oder er versucht gar herauszufinden, wer das Ganze inszeniert hat. Es verbietet sich ja, wie es scheint, die Realität als Realität ernst zu nehmen. Doch genau diese Haltung dem aktuellen Geschehen gegenüber kann man andererseits als Bestandteil einer großen Verführung ansehen, als eine Ablenkung von dem, was vorgeht, von der Not (Krise als Gefahr!), aber auch von der riesigen Solidarität, die durch alle gesellschaftlichen Bereiche strömt. Ist diese Solidarität auch Fake?

Andere sehen den Moment gekommen, den Stier bei den Hörnern zu packen. In Normalzeiten ist es – wie man feststellen musste – fast unmöglich etwas zu verändern. Die Extremsituation schafft eine neue Dynamik, lockert Strukturen oder Prozesse. Wenn nicht jetzt aktiv werden, wann denn sonst? Hat nicht auch Rudolf Steiner 1919 genau in einer solchen Extremsituation in die politischen Prozesse eingegriffen?

Allerdings haben wir es allzu oft mit der folgenden Situation zu tun: Der zu Taten bereite Dreigliederer steht neben der sozialen Realität, blickt voller Kritik auf diese, entwirft kleinere, größere oder gar globale Veränderungen und ruft dazu auf, sich zusammenzutun, um diese Veränderungen umzusetzen. Seine Rede ist von Dramatik geprägt. Sein Blick wird gänzlich absorbiert von dem, was zu ändern ist. Ansatzpunkte für Zukünftiges im Bestehenden sieht

¹ Der „Brandbrief“ ist zu beziehen über Uwe Burka, La Vulpillière 10, CH 1070 Puidoux, uweburka@posteo.org. Auszug s. S. 41ff. in diesem Heft.

er nicht. Deshalb ist bei ihm auch nie von Anknüpfen die Rede. Er kommt von außen an die bestehende soziale Realität heran und will einer anderen Realität zum Durchbruch verhelfen. Weil er nicht in die bestehende Realität eintaucht, kommt er nicht in Kontakt mit Menschen in den bestehenden Strukturen, die bereits „anders“ denken und sich da und dort auch anders – zum Beispiel sehr assoziativ – verhalten. Er verzichtet auf deren Erfahrung und deren Kreativitäts- und Mobilisierungspotential. Er ist nur mit seiner eigenen Truppe unterwegs, die er außerhalb zusammentrommeln konnte. Für die Menschen in den bestehenden Strukturen muss diese Truppe fremd bleiben, so wie Missionare anderen Völkern immer fremd geblieben sind (mein Großvater und zwei Onkel waren Missionare). Ihre Sprache bleibt fremd, unverständlich. Oder sie kommt so an, wie es mir Freunde ausdrückten, die mit Anthroposophie noch nie etwas zu tun gehabt hatten und sich – weil ich dort mitwirkte – für eine Dreigliederungstagung angemeldet hatten. Sie verließen die Tagung vorzeitig und sprachen die Empfindung aus: Es kommt uns alles vor wie in der Kirche. Sie, für die Ökonomie der Brüderlichkeit alltägliche Selbstverständlichkeit war, konnten mit der Rede über Ökonomie der Brüderlichkeit nicht viel anfangen. (André Bleicher würde vielleicht daran erinnern, dass wir anschlussfähig sein sollten.)

In dieser aktuellen Situation machte ich mich daran, Beispiele „assoziativen Verhaltens“ zu sammeln. Es sind erst wenige, denn jetzt, Ende März 2020, haben wir erst zwei Extremwochen hinter uns. Ich schreibe sie hier trotzdem nieder.² [...] Die Krise ist zweifellos eine. Ich meine die Krise mit all ihren Erscheinungsformen und Folgen, nicht das eigene Bild einer Krise. Mit anderen Worten: Allem voran ist Wahrnehmung gefragt. Nur auf dieser Grundlage sollte gehandelt werden. Wer losgelöst von der Wahrnehmung nach Lösungen ruft, läuft Gefahr, in vollem Tempo an der Realität vorbeizurasen.

Lieber Peter, ich habe Dich als Mann des Tuns, nicht als Mann der Worte, kennen gelernt. Ich habe volles Vertrauen, dass Du an Deiner Stelle das Gute tun wirst. Debatten über das Richtige dienen in der aktuellen Situation allzu schnell der Verwirrung. Sie halten ab von Wahrnehmung und Tun. Sie können auch später noch geführt werden. Lassen wir sie im Moment beiseite und denken wir daran, dass es in Zukunft vielleicht weniger darum gehen muss, die „richtigen“ Gedanken zu fassen, als die Wahrnehmungsfähigkeit im Sozialen zu entwickeln. ■

Matthias Wiesmann
Frauenfeld / Schweiz
E-Mail k.m.wiesmann@gmail.com
Internet: www.matthias-wiesmann.ch

² Sie erschienen unter dem Titel „Assoziatives zu Corona-Zeiten“ auf der Website.

Initiativen und Termine

Anders Wirtschaften jetzt!

Aufruf von Initiativen für einen ökonomischen Wandel zu einem zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaften

Corona- und Klimakrise machen die Absurdität des jetzigen Systems für viele offensichtlich. Diese Situation ist eine historische Chance für eine grundlegende Neuausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ermöglicht neu zu fragen, wie wir leben wollen. Gute Antworten sind da.

Wir – Menschen, die seit langem in unterschiedlichen alternativökonomischen Bewegungen aktiv sind, wie z.B. in den Bereichen Commons, Solidarische Ökonomie, Degrowth, Gemeinwohl-Ökonomie, Tauschlogikfreiheit, kollaborative und kokreative Ökonomie – haben uns im Netzwerk Ökonomischer Wandel zusammengeschlossen, um in Vielfalt zu vertreten, was uns eint: eine zukunftsfähige Alternative zur gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Auch wenn sich unsere Perspektiven und Vorschläge im Detail unterscheiden, überwiegen grundlegende Gemeinsamkeiten. Zusammen führen sie zum Ziel: einer solidarischen, ökologischen und demokratischen Wirtschaftsweise. Wir sehen nicht Geld, Kapital und Wachstum, sondern Mensch und Natur im Zentrum des ökonomischen Handelns.

Das jetzige Wirtschaftssystem spaltet die Gesellschaft, schafft extreme Ungleichheit und gefährdet so die Demokratie. Es trennt uns von der Natur und zerstört unsere Lebensgrundlagen – und damit seine eigene Basis. Es entfremdet uns sowohl von anderen Menschen als auch von unseren eigenen Bedürfnissen. Es lenkt zu viel unserer Lebensenergie in sinnlose Arbeit, während gleichzeitig viele sinnvolle Tätigkeiten unerledigt oder ungeschenken bleiben. Wir kündigen der Konkurrenz und dem Zwang, immer weiter wachsen zu müssen. Wir streben nach einem guten Leben für alle.

Eine wirksame Alternative nutzt drei Wege:

- das Ausweiten von Commons
- die Gemeinwohlorientierung der Märkte
- die Demokratisierung des Staates

Diese drei Wege stehen nicht gegeneinander, gemeinsam führen sie zum Ziel.

Commons auszuweiten bedeutet:

- jenseits von Markt und Staat selbstorganisiert und sinnstiftend tätig sein
- in Peer-to-Peer-Prozessen herstellen, was wir zum Leben brauchen
- so besitzen, dass alle gut sein können (Besitz statt Eigentum)

Märkte am Gemeinwohl auszurichten bedeutet:

- Profit- und Konkurrenzlogik sowie den Erwerbszwang zurückdrängen, das Schädigen von Mensch und Mitwelt ahnden und das Sorgen für Mensch und Mitwelt belohnen, z. B. mit einer Gemeinwohl-Bilanz
- Vielfalt, überschaubare Größen und demokratische Strukturen von Unternehmungen fördern

Den Staat zu demokratisieren bedeutet

- eine Daseinsfürsorge bereitstellen, welche die Teilhabe aller ermöglicht, vor Erwerbszwang schützt und Ausschlüsse vermeidet
- Spielregeln setzen, die Commons stärken und Märkte auf das Gemeinwohl ausrichten
- alle Lebensbereiche demokratisieren und uns so den Staat aneignen

Das gute Leben für alle

Wenn wir so wirtschaften, können wir die ökologische Sensibilität des Planeten respektieren und das gute Leben für alle sichern. Zwänge fallen weg und mit ihnen die Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut, Abstieg und Ausgrenzung. Wir genießen materielle Grundgeborgenheit in lebensfreundlichen Nachbarschaften. Wir gewinnen Zeit für Bildung, Muße und Spiel, ohne das Notwendige zu vernachlässigen. Wir schaffen Raum für die großen Fragen des Lebens und den inneren Wandel. – An der Basis eines solchen Wirtschaftens steht ein verändertes Miteinander. Denn eines ist klar: Es tragen immer andere zu unserem Leben bei und wir zum Leben anderer. Wir wirtschaften nie allein. Dieses existenzielle Verbundensein wollen wir anerkennen und solidarisch gestalten. Weder die unsichtbare Hand des Marktes noch die Technik oder Algorithmen werden es richten. Sondern wir Menschen mit unserer Kreativität und Kooperationsfähigkeit. – Nur eine Wirtschaftsweise, die nicht auf Kosten anderer geht, ist eine freie Wirtschaft. Nur ein Wohlstand, der intakte Ökosysteme, sozialen Zusammenhalt und wirkliche Demokratie einschließt, erlaubt wirkliche Freiheit. Nur gegenseitig können wir uns ermöglichen, uns in Freiheit in dieser Welt zu verwirklichen.

Wir erleben eine historische Chance. Lösungswege sind da. Begehen wir sie gemeinsam, um diesen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zu erwirken. NOW! ■

www. Netzwerk-Oekonomischer-Wandel.org
 Silke Helfrich, Commons | Matthias Schmelzer, Degrowth/Postwachstum | Christian Felber, Gemeinwohl-Ökonomie | Thomas Dönnebrink, Kollaborative/Kokreative Ökonomie | Dagmar Embshoff, Solidarische Ökonomie | Friederike Habermann, Tauschlogikfreies Wirtschaften

Höchste Zeit für eine ernsthafte politische Debatte über die Einführung des Grundeinkommens!

Die sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklungen haben das Grundeinkommen schon längst auf die Tagesordnung gesetzt, angesichts der Corona-Krise wird es noch deutlicher:

Alle bisherigen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen haben nicht dazu geführt, dass ein Einkommen für alle gesichert ist, weder in der Krise noch außerhalb.

Wir brauchen deshalb (nicht nur) in Deutschland endlich eine ernsthafte politische Debatte über das Grundeinkommen – ein bedingungslos gewährtes Einkommen, das allen Menschen die Existenz sichert und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Wir, die Unterzeichnenden, haben unterschiedliche Begründungen für das Grundeinkommen, auch unterschiedliche Vorstellungen über die konkreten Ziele und die konkrete Ausgestaltung des Grundeinkommens sowie über weitere politische Veränderungen.

Wir sind aber der Auffassung, dass es höchste Zeit ist, die Debatte über die Einführung eines Grundeinkommens in breiter Öffentlichkeit und in allen politischen Zusammenhängen zu führen.

Dazu rufen wir auf.

Mai 2020, 160 Unterstützer*innen, Stand 18.05.2020, u.a.: Jörg Ackermann, Netzwerkrat, Netzwerk Grundeinkommen | Prof. Dr. Hans-Jürgen Arlt, Ex-Pressesprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kommunikationswissenschaftler | Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Universität Bremen | Ronald Blaschke, Netzwerkrat, Netzwerk Grundeinkommen, Mitbegründer des Netzwerks Grundeinkommen und des Netzwerks Unconditional Basic Income Europe | Matthias Blöcher, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands | Prof. Dr. Klaus Dörre, Friedrich-Schiller-Universität Jena | Kai Ehlers, Forum integrierte Gesellschaft | Adrienne Goehler, Publizistin, Kuratorin, Senatorin für Wissenschaft, Forschung, Kultur a.D. | Daniel Häni, Unternehmer | Silke Helfrich, Freie Autorin und Forscherin, Mitbegründerin Commons Institut | Commons Strategies Group | Katja Kipping, MdB | Sylvia Kotting-Uhl, MdB, Vorsitzende Umweltausschuss Deutscher Bundestag | Philip Kovce, Ökonom und Philosoph | Chris Kühn, MdB, Bündnis 90|Die Grünen | Ulrich Morgenthaler, Leitung Forum 3 Stuttgart | Prof. Dr. Bernhard Neumärker, Götz Werner Professur für Wirtschaftspolitik und Ordnungstheorie an der Uni Freiburg | Prof. Dr. Claus Offe, Humboldt-Universität zu Berlin, Hertie School | Prof. Dr. Michael Opielka, Ernst-Abbe-Hochschule Jena | Dagmar Paternoga, Attac Deutschland AG „genug für alle“ | Petra Pau, MdB, DIE LINKE | Werner Rätz, Attac

Deutschland AG „genug für alle“ | Enno Schmidt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Götz Werner Professur für Wirtschaftspolitik und Ordnungstheorie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg | Prof. Dr. Christoph Strawe, Sozialwissenschaftler | Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB, Volkswirt | Prof. Dr. Georg Vobruba, Universität Leipzig | Arfst Wagner, Menschenrechtler | Renate Wapenhensch, Bundesfrauensekretärin IG BAU | Christa Wichterich, Soziologin, Publizistin | Susanne Wiest, Petentin der aktuellen Bundestagspetition 108191 „Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens“ | Kurt Wilhelmi, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, OMNIBUS, Initiative ökologischer Geldkreislauf | Andrea Ypsilanti, Soziologin, Autorin, Sprecherin Institut Solidarische Moderne, SPD Mitglied | Enrico Zemke, Verdi, Gewerkschaftssekretär für IT-Branche in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Netzwerktreffen 2020

Freies Geistesleben?

Umkämpftes Terrain: Die Selbsterweckung des Geisteslebens im Spannungsfeld zwischen staatlicher Vormundschaft und ökonomischer Usurpation

Fr. 27. bis So 29. November 2020
Vorgesehener Ort: Forum 3,
Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Sehr herzlich laden wir Sie/Euch zum Jahrestreffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung ein. Es soll dieses Jahr in Stuttgart stattfinden – und zwar im Forum 3, das gerade im vergangenen Jahr seinen 50. Geburtstag gefeiert hat.

Wir setzen darauf, dass Saalveranstaltungen zum anvisierten Zeitpunkt wieder möglich sind. Im Mittelpunkt steht diesmal das Freie Geistesleben und seine Zukunft.

An dieser Stelle bieten wir einen Überblick über bisherige Überlegungen zum Ablauf. Die Endfassung des Programms kommt dann im Septemberheft.

Mit herzlichen Grüßen
 für die Vorbereitungsgruppe
 Stefan Padberg, Christoph Strawe

Anmeldungen und Anfragen bitte per E-Mail an netzwerk@sozialimpulse.de

Ablaufskizze des Netzwerktreffens 2020

Freitag, 27. November 2020: Einführung

- 19:00 – 20:00
 Begrüßung (Christoph Strawe), Einführung ins Thema (Stefan Padberg), Vorstellungsrunde
- 20:00 – 21:30 Das doppelte Gesicht des Geisteslebens als Produzent von Unfreiheit, Geistesleben als Bedingung der Freiheit (Vortrag André Bleicher, Aussprache)

Samstag, 28. November 2020

Block I: Geistesleben und Staat

- 09:00 – 10:30:
- Bestandsaufnahme in der neuen Unübersichtlichkeit: Staat auf dem Rückzug! Freies Geistesleben auf dem Vormarsch? (Albert Schmelzer) 45'
 - Spotlight: Corona und Verhältnis von Wissenschaft und Politik (Stefan Padberg) 20'
 - Diskussion 25'

10:30 Pause

11:00 – 12:30:

- FridaysForFuture: Kalkulierte Regelverletzung im Bildungssektor und die Blamage des Staates (Demokratische Stimme der Jugend) 30'
- Gesundheitssystem und Staat, Wirtschaft und Freiräume (Stefan Padberg) 30'
- Diskussion 30'

12:30 Mittagspause

Block II: Selbstbestimmung des Geisteslebens

- 15:00 – 16:30:
- 50 Jahre Forum 3 Stuttgart, Wege und Irrwege (Ingrid Lotze, Ulrich Morgenthaler) 45'
 - Fragen, Gespräch 15'
 - Cusanus Hochschule – von der allzu schnellen Zersplitterung eines Impulses (Fabian Warislohner/ angefragt) 30'

17:00 – 18:30

- Probleme bei der Einrichtung eines selbstverwalteten Studiengangs ‚Philosophie und Weltgestaltung‘ (Gruppe selbstbestimmt Studieren, Fedelma Wiebelitz, Gina Witzig, Elisabeth Rybak) 35'
- Neue Wege in der Selbstverwaltung (Wolfgang Rau) 30'
- Diskussion (18:30 Abendpause) 25'

Block III: Geistesleben und Ökonomie

20:00 – 21:30h

- Finanzierung des Geisteslebens, Verhältnis Geistesleben und Wirtschaftsleben (Gerald Häfner) 45'
- Organische nicht-technokratische Ansätze der Finanzierung des Geisteslebens (Gespäch) 30'
- ‚Vincennes, l'université perdue‘, Dokumentarfilm (Einleitung A. Bleicher)

Sonntag, 29. November 2020

9:00 – 10:30h

- Intellectual property, Open source, Werbefinanzierung (Stefan Padberg) 30'
- Diskussion 60'

11:00 – 13:00:

Abschlussplenum und Schlusswort (Gerald Häfner)

Die Vorratskammer im Forum Kreuzberg – ein Weg zur Gemeinwohlökonomie

Michael Wilhelmi

Einige Mitglieder des Forum Kreuzberg wollten sich gemeinsam Lebensmittel nach Hause bestellen, da meinte Emanuel Schmock, lass uns das doch gleich professionell machen: Seit März 2019 arbeitet jetzt die Vorratskammer Forum Kreuzberg UG auf knapp 50 qm mit inzwischen ca. 800 Produkten und etwa 120 Mitgliedern. Jedes Mitglied zahlt 10 €, Familien 20 € monatlich für Einrichtung und Unterhalt.

Der Einkauf wird selbst eingescannt, Obst und Gemüse abgewogen und mit EC-Karte bezahlt. Jedes Mitglied hat einen Chip für den Zugang zum Laden und kann somit zu jeder Tages- und Nachtzeit einkaufen! Zweimal in der Woche wird Ware geliefert und einsortiert. Von den Unternehmern, die das Ganze organisieren, bekommen nur die Einsortierer ein Honorar, darüber hinaus gibt es keine Personalkosten und keine Gewinne!

In diesem Modell bestimmt allein der Kunde, kein Händler, kein Produzent mit „Warendruck“, was gekauft wird. Wenn Gemüse oder Obst angeschlagen ist, wird es ausgebucht, mitgenommen und verbraucht, also entsteht kaum Verschleiß! Darüber hinaus ist der Laden zum neuen Treffpunkt der Bewohner geworden, wo sich immer wieder Gespräche ergeben. Durch Corona hat der Umsatz, wie überall, zugenommen. Schon haben sich andere Gruppen für diese Pionierpflanze einer künftigen Gemeinwohlökonomie interessiert. ■

Porträt, Literatur

Plurale Ökonomie

Zum wissenschaftlichen Wirken
von Rudolf zur Lippe (1937 – 2019)

Helmut Woll

Rudolf zur Lippe (1937–2019) war von 1974 bis 2002 Professor für Sozialphilosophie und Ästhetik an der Universität Oldenburg. Außerdem lehrte er ‚Philosophie der Lebensformen‘ an der Universität Witten/Herdecke. Sein erstes Studium, Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, schloss er 1960 mit dem Diplom ab. Sein zweites Studium, Mittlere und Neuere Geschichte, 1965 mit dem Dr. phil. 1969 begann er bei Theodor W. Adorno seine philosophisch orientierte Geschichte des Leibes in der Moderne, die 1973 in die Habilitation zu Sozialphilosophie und Ästhetik an der Universität Frankfurt mündete. 1979 publizierte er die vielbeachtete Schrift ‚Am eigenen Leibe – Ökonomie des Lebens‘.

Er war Herausgeber der Zeitschrift ‚POIESIS – praktisch-theoretische Wege ästhetischer Selbsterziehung‘. 1989 initiierte er die Karl-Jaspers-Vorlesungen zu Fragen der Zeit mit interkulturellen Gastprofessoren und Kolloquien. Als erster Gastprofessor wurde 1990/91 Ivan Illich berufen. Es folgten u.a. Professor Uberoi, Humberto Maturana oder die Schweizer Philosophin Jeanne Hersch sowie Jürgen Habermas, Carl Friedrich von Weizsäcker, Hans-Georg Gadamer und Lew Kopelew. Es fanden Seminare und Kolloquien mit Bildhauern, Musikern und Psychologen statt. Neben Heidelberg und Basel konnte sich Oldenburg als Karl-Jaspers-Stadt profilieren – auch durch das Karl-Jaspers-Haus, in welchem Lehre und Forschungen stattfinden.

Zur Lippe plädierte für eine philosophische Interpretation der Ökonomie und hat damit eine neue Perspektive in die moderne Ökonomie eingebracht. Diese Diskussion hat Rudolf zur Lippe in seinem philosophischen Essay ‚Freiheit, die wir meinen‘ (1991) begonnen. Er kritisiert, dass die moderne Ökonomie nicht auf der Erkenntnisfreiheit beruht, sondern ihre zentralen Begriffe wie Bedürfnis, Konkurrenz, Produktion, Eigentum, Wachstum nur unzureichend und interessengebunden bestimmen und nach dem Sinn des Ganzen zu wenig frage. Zwar sei der Konsument in seiner Kaufentscheidung frei, doch nach der Substanz der Freiheit wird nicht gefragt. Freiheit wird zur Beliebigkeit. Jede Kaufentscheidung ist per Definition rational. Die Grenzen

der Bedürfnisse sind die knappen Ressourcen und nicht das Prinzip Verantwortung (Jonas). Zur Lippe entwickelt den Begriff des Bedürfnisses im aufklärerischen Sinne. Der Mensch hat danach ein Verlangen nach Freiheit und Vernunft, er spürt ein Streben nach Transzendenz, nach einem höchsten Gut (Kant). „So gehören in dem Begriff Bedürfnisse die Notdurft des Hungers und der Anspruch, am Weltganzen teilzuhaben, immerhin zusammen, noch bevor sie, wie bei Hegel, als wirksame Vermittlung des einen durch das andere begriffen werden.“ (zur Lippe 1991/S. 49)

Zur Lippe versucht, die zweckrationalen ökonomischen Begriffe in vernünftige Ideen einzubetten und zu erweitern. So soll z.B. der Begriff des Marktes nicht einfach als Konkurrenz begriffen werden, sondern in seiner ursprünglichen Idee des Wettstreites. „Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass Wettstreit nur eine untergeordnete Rolle in den beherrschenden Mechanismen von Konkurrenz spielt. Dies gilt auf zwei Ebenen, sowohl für die Konkurrenten, die am Markt auftreten, wie für die innere Organisation der konkurrierenden Unternehmen. Antriebskräfte, Initiativen und Entfaltung der Lebensgeister werden also aus systematischen Gründen in der herrschenden Form westlicher Marktwirtschaft unterentwickelt gehalten.“ (zur Lippe 1991/S. 59)

2012 hat er seine philosophische Sicht der Ökonomie in seinem Buch ‚Plurale Ökonomie. Streitschrift für Maß und Fülle‘ präzisiert. In dieser Schrift beruft er sich auf die Studien von Ivan Illich, Leopold Kohr und Ernst F. Schumacher zur Subsistenzwirtschaft, zum richtigen Maß und zur Fantasie. „Unsere Gesellschaften wie unsere Ökonomie kranken daran, dass die Menschen ihre Potentiale nicht oder nur sehr einseitig entwickeln und fruchtbar machen können, weil es nur die konventionell definierten Erwerbsarbeitsstellen oder die Arbeitslosigkeit gibt.“ (zur Lippe 2012/S. 13) Er setzt auf Maß, Angemessenheit und Fülle. „Fülle ist schon ein utopischer, vielleicht aber ein visionärer Begriff. Sie lässt sich überhaupt nicht messen und ereignet sich uns darum im Kleinsten wie im Großen. In den Ereignissen der Fülle begegnet uns Ewigkeit im Endlichen und wird zum Fest.“ (zur Lippe 2012/S. 12)

Was heißt nun ‚Plurale Ökonomie‘? Damit ist nicht einfach nur eine pluralistische Ökonomie gemeint, dass viele Ansätze neben der neoklassischen Ökonomie vertreten werden, sondern dass vor allem die Ökonomie aus philosophischer Sicht interpretiert wird. Damit ist auch gemeint, dass neben dem konventionell-kapitalistischen Sektor die Hausarbeit, Schattenwirtschaft und alternative Wirtschaftsformen anerkannt und ausgebaut werden. „Plurale Ökonomie verlangt als erstes, genau diese Funktion und ihre lebens- und überlebensnotwendigen Beiträge zum Gesamt unserer Wirtschaftsformen gesellschaftlich anzuerkennen – praktisch wie theoretisch... Mit diesem Begriff gehen wir über die bloße Anerkennung des pluralistischen Nebeneinander von industriell-kapitalistischem Sektor und anderen Wirtschaftsformen hinaus zu einem weitergehenden Entwurf.“ (zur Lippe 2012/S.30)

Zur Lippe geht davon aus, dass der Arbeitsbegriff der Industriegesellschaft nicht mehr zeitgemäß ist und durch den Begriff der ‚Lebenstätigkeit‘ (Goethe) ersetzt werden muss. „Doch es gab anders gerichtete Vorstellungen gerade auch in dieser Zeit, in der die bürgerliche Wirtschaftsform der Arbeitsteilung, des Marktes, der Arbeitszerlegung und die Maximen des Kapitals in ‚die große Industrie‘ übergingen. Unter diesen Vorstellungen seien die Goethes ausgewählt, um ein anderes anthropologisches Konzept als das der historischen Form von ‚Arbeit‘ für die Gegenwart aufzunehmen. Besonders vor dem Hintergrund seiner außerordentlich einschneidenden und umfassenden Kritik aller Strategien, die er als ‚veloziferisch‘ erkannte, ist sein Gegenbegriff zur Arbeit in beschleunigter Verausgabung der Leistungskraft ein hervorragender Wegweiser (zur Lippe 2012/S.142). In diesem Zusammenhang erwähnt zur Lippe einige handwerkliche und bäuerliche Betriebe, die nicht auf entfremdeter Arbeit begründet sind, sondern auf sinnstiftender Lebenstätigkeit. „Solche Erfahrungen sind ebenso die Grundlage erfolgreichen Wirtschaftens, wie sie erforderlich sind, um Grundmuster einer Kultur auszubilden und umzubilden. Das sogenannte ‚kulturelle Erbe‘ muss gerade so umgeschichtet werden wie ein Komposthaufen.“ (zur Lippe 2012/S. 165)

Zur Lippe will den Begriff des Gemeingutes neben dem traditionellen Begriff des Privateigentums etablieren. „Wenigen fällt noch, wie eine rührende Anekdote, ein, dass es offenbar einmal in den Dörfern Europas eine Weide gab oder einen Wald, die nicht Eigentum der einen oder anderen waren, sondern allen gemeinsam. Vielleicht begleitet noch die Vorstellung des von ihnen genutzten Landes die Erinnerung an einen Ausgleich von ‚Rechten und Pflichten‘.“ (zur Lippe 2012/S. 123) Er plädiert nicht für mehr staatliches Denken im Gegensatz zum marktliberalen Denken, sondern für die Gemeingüter Bildung, Wasser oder Wissen, die in eigener Verantwortung der Produzenten und Konsumenten organisiert und gestaltet werden. „Der Begriff Gemeingut steht auf allen Ebenen für die Verbindung von Nutznießung und Betroffenheit, von Rechten und Pflichten, von Mitsprache und Mitleiden. Das ist der Kontext, in dem Verantwortung ihren Sinn erfüllen kann, so wie wir Verantwortung übernehmen müssen für unsere Welt.“ (zur Lippe 2012/S. 139)

Rudolf zur Lippe hat seine ‚Plurale Ökonomie‘ 2012 veröffentlicht. Seither hat sich in der ökologischen Frage einiges getan. Die Frage des Klimawandels trat ergänzend ins öffentliche Bewusstsein und hat die Thematik beschleunigt und wesentlich konkretisiert. Ernährungs-, Verkehrs-, Klima- und Landwende werden ständig thematisiert und organisiert – Themen, die bei Rudolf zur Lippe angedacht sind. Aber sein Augenmerk galt nicht einer technokratischen Wende als vielmehr einer philosophischen Lebensweise im Dienste einer Ästhetik, die sich auf die ästhetischen Briefe von Friedrich Schiller berief. Der Begriff der Schönheit war für ihn zentral. „Auch die geschichtliche wie lebensgeschichtliche Existenz der Menschen muss sich zwischen den Notwendigkeiten des Überlebens und der Freiheit der Entfaltung des

Lebens vollziehen. Unsere konventionellen Vorstellungen von Ökonomie als Wirtschaften nach den Prinzipien des Mangels und deren konkrete Umkehrung in das Desiderat unendlichen Überflusses kehren Notwendigkeit und Freiheit gegeneinander. Ökonomie muss die Kunst werden von Fron und Expansion, die noch immer ungeahnte Fülle und Vielfalt menschlicher Beziehungen in der Gesellschaft und zwischen uns und der Welt immer neu einzulösen.“ (zur Lippe 2012/S. 194)

Die ‚Plurale Ökonomie‘ muss aber auch die Verschärfungen und Verwerfungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zur Kenntnis nehmen, zudem bleiben die Vor- und Nachteile der Digitalisierung unerwähnt. Nichtsdestotrotz bleibt als Vermächtnis der unermüdlichen Arbeit von Rudolf zur Lippe sein theoretisches und praktisches Eintreten für eine neue, philosophisch begründete Ökonomie auf der Tagesordnung. ■

Literatur

Lippe, Rudolf zur: Was heißt Ökonomie? In: Mehrwert 19, Beiträge zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1979, S. 169-181

Lippe, Rudolf zur: Freiheit, die wir meinen, Hamburg 1991

Lippe, Rudolf zur: Plurale Ökonomie, Zeitschrift für Maß, Reichtum und Fülle, Freiburg/München 2012

Helmut Woll

*14. Mai 1950 in Illingen. Studium der Wirtschaftspädagogik, Ökonomie und Soziologie in Saarbrücken und Bremen, wo er 1978 promovierte. Woll lehrte seither an einer Reihe von Universitäten, war 3 Jahre Mitglied des Gründungsausschusses der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Witten/Herdecke, Leiter eines Forschungsprojekts Ökonomieausbildung und Vorstandsmitglied des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Freiburg. 1987 Habilitation an der Universität Oldenburg, wo er seitdem als Privatdozent tätig ist. Forschungsschwerpunkte: Konzentrationstheorie, Menschenbild in der Ökonomie und Wirtschaftspädagogik.

Gemeinsames Aufbrechen

Florian Kaufmann: Gemeinsames Aufbrechen. Kollektive Buchläden in der BRD¹

ISBN 978-3-945959-46-6; 2020, 228 Seiten. 24,00 €

Florian Hoyer

Florian Kaufmann beschreibt eine interessante Entwicklung der letzten fünfzig Jahre. Sie begann mit selbstorganisierten Büchertischen der politischen Bewegung der 86-er Jahre und führte in einem ersten Schritt zum Regal in einem Ladenlokal, wo die Literatur zu finden war, die der normale Sortimenter nicht im Schaufenster hatte („Von Marx zum Maulwurf“). Selbstverständlich schien den Akteuren gewesen zu sein, dass die äußere Form der Buchhandlung mit dem in den Büchern formulierten Anspruch an das neue Wirtschaften übereinstimmen sollte. Die Buchhandlungen wandelten sich dann zu Stadtteil-Buchhandlungen und waren in der Regel resilienter aufgestellt, als die Konkurrenz mit den Bestseller-Listen.

Die Suche nach angemessenen Organisationsformen führte unweigerlich zu der Idee der Genossenschaft, die im Aufstieg des Kapitalismus als Gegenbewegung von unten entstand und die sich mit ihm quasi von selbst in beeindruckender Geschwindigkeit globalisiert hatte. Selbsthilfe, Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung, Stimmgleichheit – das waren die allgemeinen humanistischen Prinzipien, die seinerzeit eine Ausbreitung in Länder mit unterschiedlichen Religionen, Regierungsformen und Wirtschaftssystemen ermöglichten.

Das Ringen um eine äußere, mit den Ideen kongruente Gestaltung wurde mit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes 2006 einfacher. Es wurde möglich, mit weniger Gründungsmitgliedern und weniger Prüfungs-Overhead Genossenschaften zu bilden. Auch der Zweck erfuhr eine Erweiterung. Es war nicht nur der Erwerb und die Wirtschaft der Mitglieder als Zweck des Geschäftsbetriebes zulässig, sondern auch deren soziale und kulturelle Belange.

Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Gesetzesinitiative der Grünen² für eine eigene Rechtsform von „demokratischen Betriebskooperativen“ Anfang der 90er Jahre, die an Schwarz-Gelb gescheitert war. Mit einem modifizierten Anliegen scheint mir heute „Purpose“, die Initiative für Verantwortungseigentum, unterwegs zu sein. ■

¹ http://www.agspak-buecher.de/epages/15458842.sf/de_DE/?ObjectPath=/Shops/15458842/Products/%22M%20343%22

² <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/11/072/1107201.pdf>

Eine Perspektive für das 21. Jahrhundert...

Karl-Dieter Bodack

Eine Perspektive für das 21. Jahrhundert – so lautet zutreffend der Untertitel des Buches „Selbststeuerung und Führung“ von den Autoren Wolfgang Nährig, Ulrich Pütz und Norbert Roeskens (+), wunderbar illustriert von Stephan Stüttgen! Es ist ein Schulungs- und Übungsbuch für alle, die irgendwo irgendwelche Aufgaben wahrnehmen, in denen sie Andere „führen“ sollen. „Führung“? Ist sie im Zeitalter der „Bewusstseinsseele“ überhaupt noch zeitgemäß? Auch in Einrichtungen, die sich dem „freien Geistesleben“ zuordnen? Die Inhalte des Buches beantworten diese Frage mit einem überzeugenden Ja, indem sie ganz reale tägliche Situationen erkenntnistächtig durchdringen und Verhaltensweisen entwickeln, die „Führung“ erfolgreich werden lassen.

Die Übungsschritte verlangen praxisorientierte Selbstentwicklung auf der Basis des dreiegliederten Menschenbilds, das Grundlage der europäischen Kultur ist und von Rudolf Steiner, Lex Bos, Joseph Beuys und Georg Wilhelm Schmidt ins aktuelle Geschehen transformiert wurde.

Im Ergebnis entsteht durch die im Buch veranlagte Schulung und Führungspraxis ganz real eine „Dreigliederung des sozialen Organismus“ – einfach indem die drei Seelendimensionen Wahrnehmen und Denken, Empfinden und Fühlen sowie Wollen und Handeln angesprochen und entwickelt werden – zugunsten einer Zusammenarbeit, die sowohl die Entwicklung jedes Einzelnen wie auch das Ergebnis gemeinsamer Arbeit fördert. Ein dringend notwendiges Werk in Anbetracht schwieriger Zeitgenossenschaft! ■

Wolfgang Nährig, Ulrich Pütz und Norbert Roeskens (+): Selbststeuerung und Führung, eine Perspektive für das 21. Jahrhundert, Selbstverlag trialog GmbH., Möchengladbach, 2019, www.trialog.gmbh.de. 101 Seiten, € 25,-.

Prof. Dipl.-Ing. Karl-Dieter Bodack, M.S.
Starenweg 11a . 82194 Gröbenzell
kdbodack@icloud.com, 08142-53477

Michaela Glöckler,
Andreas Neider, Hartmut Ramm

Corona – eine Krise und ihre Bewältigung

**Verständnishilfen und
medizinisch-therapeutische Anregungen
aus der Anthroposophie**

Akanthos Akademie Edition Zeitfragen 2020,
Paperback, 172 Seiten, 16,95 €, ISBN-13:
9783751917919

Dieses Buch möchte ein wirklichkeitsgemäßes Denken über die Ursachen der Pandemie anregen und ein therapeutisch wirksames Handeln zur Überwindung der Krankheit fördern. Dabei dienen die Verständnishilfen aus der anthroposophischen Geisteswissenschaft und Medizin zu den Hintergründen epidemischer Erkrankungen sowie der gesunde Menschenverstand als Leitfaden.

Die Texte regen zu einer differenzierten Urteilsbildung an und wirken damit der sich verbreitenden ideologischen Polarisierung entgegen. Unter den behandelten Fragen sind z.B. die folgenden zu finden: Warum ist COVID-19 gefährlicher als eine „normale“ Virusgrippe? Welches ist die „richtige Vorgehensweise“, um der Pandemie zu begegnen? Menschenbild und Denkweise in der Medizin – braucht es auch eine „Gedankenwende“? Wie weiter nach Corona? Warum sind kursierende Verschwörungstheorien über den Ausbruch der Pandemie nicht hilfreich? Was hat es mit der Gates-Stiftung auf sich? Welche Rolle spielen derzeit Medien und Internet?

Die Verfasser*innen möchten „anregen, aus den Symptomen, die die Krise zu Tage fördert, möglichst viel Erhellendes abzulesen für die nächsten Schritte unseres Handelns und unseres gesellschaftlichen Engagements. Denn darüber geben wir uns keinerlei Illusion hin – die härtesten Zeiten stehen uns noch bevor: Wie geschieht die Rückkehr in die Normalität? Kann das Positive, das durch die Krise auch geweckt wurde, nachhaltig werden und sich weiterentwickeln? [...]

Diese Krise spricht in ihrer ganzen Dimension so zentrale Bereiche unseres Menschseins an, dass ein wirklichkeitsgemäßes Denken über ihre eigentlichen Ursachen unabdingbar ist, um zu einem therapeutisch wirksamen Handeln zur Überwindung dieser Krise zu kommen. Mit der hier vorgelegten Symptomatologie der Corona-Krise aus medizinischer, gesellschaftlich-sozialer und kosmologischer Sicht möchten wir zugleich einen Beitrag leisten zu einer lebensgemäßen, ökologischen Denkweise. In der Form der Anthroposophie Rudolf Steiners (1861 - 1925) hat diese Denkweise auch in globaler Hinsicht schon viele positive Kulturalternativen hervor gebracht. Wir hoffen, dass sie auch für die Corona-Krise Anregungen geben und Perspektiven aufzeigen kann.“ (Aus dem Vorwort der Autor*innen.)



Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

in Verbindung mit der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Demokratie im Krisenmodus

Ursachen und Auswege

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart
Fr/Sa 9./10. Oktober 2020

Öffentliches Werkstattgespräch,
Freitag, Oktober, Beginn: 19.00 Uhr.
**Krise der Demokratie – Ursachen und
Auswege.** Vortrag von Gerald Häfner
mit anschließender Plenumsdiskussion.
Moderation: Ulrich Morgenthaler.

Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung
(Richtsatz EUR 10)

Die Demokratie steckt in der Krise. Ein Gefühl der Unzufriedenheit macht sich in weiten Teilen der Gesellschaft breit und rechte Populisten versuchen daraus Kapital zu schlagen. Autoritäre Tendenzen greifen in vielen Ländern um sich, man denke nur an Orban und Kaczynski in der EU, an Trump in den USA. In einer wachsenden Zahl von Ländern – von Syrien bis China – werden die elementarsten Menschenrechte mit Füßen getreten. Das Corona-Problem ruft nicht nur Solidarität, sondern auch Polarisierung hervor, welche die demokratische Konsensbildung erschwert. Streitgespräch, Diskurs und Debatte – Essentials der Demokratie – bleiben immer häufiger auf der Strecke.

Es ist Zeit für eine neue Debatte über Demokratieentwicklung: Wie kann das Verhältnis von Demokratie und Menschenrechten so justiert werden, dass Freiheit und Gleichheit in die richtige Balance kommen? Ist die rein repräsentative Demokratie noch zeitgemäß und wie kann sie durch direkte Partizipation und rätedemokratische Elemente ergänzt werden? Welche Rolle kann das Konzept von Bürgerräten spielen, deren Teilnehmer ausgelost werden und Lösungen erarbeiten, mit denen sie den Dialog mit der Politik aufnehmen? Welche Bedeutung haben Medien und Digitalisierung bei der Weiterentwicklung der Demokratie?

Solche Fragen sollen bei dieser Veranstaltung bearbeitet werden.

Forschungskolloquium

Samstag, 10. Oktober

I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Zur Lage von
Demokratie und Menschenrechten
in der aktuellen Krise**
(Einleitung Gerald Häfner)

II. 11.00 – 12.30: **Rätegedanke,
repräsentative und direkte Demokratie**
(Einleitung Prof. Dr. André Bleicher)

III. 14.00 – 15.30: **Neue Formen der
Partizipation** (Einleitung: Ulrike von Wiesenau)

IV. 16.00 – 17.15: **Öffentliche Meinung und
Digitalisierung** (Dipl.-Ing. Stefan Padberg)

17.30 – 18.30: **Abschlussplenum:
Soziale Dreigliederung: Vollendung
der Demokratie durch die Anerken-
nung des mündigen Menschen**

Teilnahmebedingungen

Die Werkstatt am Freitagabend ist öffentlich, eine besondere Anmeldung ist nicht erforderlich. Das Forschungskolloquium ist ein Gespräch zwischen Menschen, die sich bereits mit dem Thema auseinandergesetzt haben. „Neulinge“ sind als interessierte Gäste und Zuhörer willkommen und herzlich eingeladen. Wir erbiten zur Kostendeckung der Veranstaltung Spenden, die Sie nach eigenem Vermögen und Ermessen ansetzen können.

Kontakt und Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen
e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
Tel. (0711) 23 68 950
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de

